

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, der 102. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt allen, die gekommen sind, uns zuzuhören, den Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne, soweit sie nicht noch im Stau stehen. Das Gleiche gilt für die Abgeordneten, die noch zahlreich zu uns stoßen müssen.

Für die heutige Sitzung haben sich 18 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden dem Protokoll beigefügt.

Wir treten in die Beratung unserer heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 - Neudruck

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2003 bis 2007

Vorlage 13/2360

Und:

Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4528 - Neudruck

Und:

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, der Verordnungen über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4566

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4502 und 13/4582

erste Lesung
Einbringung und Beratung

Bezüglich des Haushaltsbegleitgesetzes weise ich darauf hin, dass die Unterrichtung durch die Landesregierung erst im Dezember 2003 als Drucksache vorliegen wird.

Der Finanzminister hat mir mit Schreiben vom 11. November, das den Fraktionen vorliegt, Folgendes mitgeteilt - da der Umdruck noch nicht auf allen Plätzen liegt, muss ich dieses Schreiben kurz vorlesen, damit Sie wissen, worum es geht -:

"Sehr geehrter Herr Präsident, der Ihnen bereits zugeleitete Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2004/2005 sieht in Artikel 1 eine Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen vor. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zu diesem Gesetz haben die Regierungsfractionen am 11.11.2003 im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags einen Änderungsantrag gestellt, der die in Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 2004/2005 vorgesehene Absenkung der Sonderzahlung für Versorgungsempfänger ab dem Jahre 2004 um 10 Prozentpunkte im Wesentlichen aufnimmt. Der Antrag ist vom Haushalts- und Finanzausschuss in der o. a. Sitzung mit den Stimmen der Regierungsfractionen beschlossen worden.

Bezug nehmend auf § 90 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen ziehe ich daher den bisherigen Art. 1

des Haushaltsbegleitgesetzes 2004/2005 zurück.

Aufgrund der durch diese Streichung bedingten umfangreichen redaktionellen Änderungen innerhalb des Gesetzentwurfs übersende ich Ihnen den Gesetzentwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2004/2005 nochmals in überarbeiteter Fassung.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Dieckmann"

Meine Damen und Herren, wegen der beschriebenen redaktionellen Änderungen ist ein Neu-
druck des Gesetzentwurfs veranlasst. Dieser geht allen Kolleginnen und Kollegen noch heute zu.

Meine Damen und Herren, ich verweise noch auf Folgendes: Der Ältestenrat hat sich darüber verständigt, dass heute sowohl die Einbringung als auch die Beratung des Haushaltsgesetzes, der Begleitgesetze und des Gemeindefinanzierungsgesetzes erfolgen sollen.

Nach der Einbringung der Haushaltsvorlagen erfolgt deshalb unmittelbar anschließend - wie auch in der Tagesordnung ausgedrückt - die Beratung, und zwar zuerst die der Haushaltsgesetze 2004/2005 einschließlich der damit verbundenen Vorlagen in Verbindung mit der mittelfristigen Finanzplanung. Anschließend erfolgt in einem zweiten Teil die Beratung der Gemeindefinanzierungsgesetze 2004 und 2005. - So weit die Hinweise zum Ablauf.

Ich erteile nunmehr als erstem Redner der Landesregierung zur **Einbringung** des Haushaltes Herrn Finanzminister Dieckmann das Wort. Bitte schön.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Land befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Mehr und mehr setzt sich auch in der bundesdeutschen Gesellschaft die Einsicht durch, dass Reformen notwendig sind. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben uns in ihrem Herbstgutachten noch einmal deutlich gemacht, wie notwendig Reformen sind. Deshalb gilt auch für die Landesregierung kein "Weiter so wie bisher" - im Gegensatz zu manchem aus der Opposition in diesem Hause, der in den lieb gewordenen Rollenbildern stehen geblieben ist.

Die Landesregierung hat am 23. September 2003 den Entwurf des Haushaltsplanes für die Jahre 2004 und 2005 beschlossen, den ich heute in den

Landtag einbringe. Dazu formuliere ich vorab zehn Kernaussagen:

Erstens. Alle öffentlichen Haushalte befinden sich in einer Schieflage. Nordrhein-Westfalen ist keine Insel.

Zweitens. Ein Doppelhaushalt bewährt sich gerade in schwieriger Zeit.

Drittens. Wir beteiligen alle gesellschaftlichen Gruppen angemessen an der größten Konsolidierungsanstrengung in der Geschichte unseres Landes.

Viertens. So schmerzlich die Kürzungen im Einzelnen sind: Wir konsolidieren von einem hohen Niveau aus.

Fünftens. Nur Einsparungen heute bieten die Chance für zukunftssichere Strukturen morgen.

Sechstens. Konsolidierung ist unabdingbar im Interesse der Generationengerechtigkeit.

Siebtens. Es geht nicht ohne Kreditaufnahme. Aber wir müssen die Belastung künftiger Generationen in einem vernünftigen Rahmen halten.

(Manfred Palmen [CDU]: 6,6 Milliarden €!)

Achtens. Es gibt keinen Streit über den Sparkurs in der Koalition. Die Landesregierung hat ihre Handlungsfähigkeit bewiesen.

Neuntens. Wir setzen einen wichtigen Schwerpunkt: Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung werden ausgebaut.

Zehntens. Auch beim Haushalt gilt die Regel: Das Bessere ist der Feind des Guten. Verbesserungsvorschläge sind willkommen, aber die Summe der Ausgaben darf nicht erhöht werden.

Meine Damen und Herren, wir alle sind Zeugen einer massiven Schieflage der öffentlichen Haushalte. Man kann getrost von der schwierigsten Haushaltskrise seit den 50er-Jahren sprechen. Wir stehen nicht alleine da. Alle öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen haben massive Probleme, und zwar sowohl auf der Seite der Ausgaben, inzwischen aber auch dauerhaft auf der Seite der Einnahmen. Das ist in Nordrhein-Westfalen nicht anders als in Hessen oder im Saarland.

Seit nunmehr drei Jahren befindet sich die Konjunktur in unserem Land, in ganz Deutschland, in einer Phase der Stagnation. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht gegeben. Keiner erinnert sich an so etwas. Keiner hat es sich vorstellen können. Im Gegenteil: Noch vor nicht allzu langer Zeit hat man ein stetiges

Wirtschaftswachstum als nahezu selbstverständlich, fast naturgesetzlich vorausgesetzt.

Die Änderungen der wirtschaftlichen Vorzeichen wirken sich naturgemäß und notwendigerweise auf die öffentlichen Haushalte aus. Früher konnte sich Politik weitgehend darauf beschränken, Zuwächse zu verteilen. In den 70er-Jahren ging es gelegentlich sogar um Zuwächse im zweistelligen Bereich. Diese Zeiten sind vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die aktuelle Steuerschätzung im November hat es belegt: Auch im Jahr 2005 werden unsere Einnahmen noch nicht wieder das Niveau des Jahres 2000 erreicht haben. Gleichzeitig werden aber viele, wenn nicht sogar die meisten unserer Ausgaben gestiegen sein, und zwar mit der Zwangsläufigkeit, die wir kennen, insbesondere bei den Personalausgaben und dort bei den Pensionszahlungen.

Politik gestalten, politisch gestalten heißt heute deshalb mehr denn je, knappe Mittel möglichst effizient zu verteilen, möglichst effizient einzusetzen. Dieser Herausforderung hat sich die Landesregierung gestellt.

Erstmalig legen wir einen Doppelhaushalt vor. Er hat gerade in der jetzigen schwierigen Zeit erhebliche Vorzüge. Er gibt nicht nur den Ressorts, sondern letztlich allen Beteiligten, allen Partnerinnen und Partnern von Landespolitik mehr Planungssicherheit. Er erlaubt es, Konsolidierungslinien über mehrere Jahre hinweg besser darzustellen. Und er schafft eine höhere Kostentransparenz insbesondere für Maßnahmen, deren Belastungsbetrag erst im zweiten Jahr voll wirksam wird.

Meine Damen und Herren, die prekäre Haushaltslage macht Konsolidierung zum obersten Gebot. In allererster Linie geht es darum, die Ausgaben und Aufgaben den Einnahmen anzupassen und nicht umgekehrt. Zu diesem Zweck enthält der Doppelhaushalt die größte Konsolidierungsanstrengung in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen. Wir mussten für das Jahr 2004 im Kernhaushalt Verbesserungen in Höhe von rund 2,2 Milliarden € erzielen; für das Jahr 2005 sind es sogar 3,0 Milliarden €. Das ist ein doppelter Kraftakt.

Die Ausgabenkürzungen, die damit verbunden sind, haben schon im Vorfeld der heute beginnenden parlamentarischen Beratungen zu teils heftigen Protesten der Betroffenen geführt. Dazu und auch an die Adresse der Betroffenen möchte ich an dieser Stelle sagen: Natürlich sind die finanziellen Einschnitte spürbar. In manchen Berei-

chen werden sie von den Betroffenen sogar als schmerzlich empfunden.

Das kann ich nachvollziehen, und ich nehme die Proteste sehr ernst. Dennoch: Wir haben keine andere Wahl. Wir müssen unsere Ausgaben und Aufgaben reduzieren, damit die finanzielle Situation unseres Landes auch in Zukunft beherrschbar bleibt und die Handlungsfähigkeit des Landes gewahrt ist.

Damit die Einsparungen für die Betroffenen erträglich gestaltet sind und die Akzeptanz gesichert ist, haben wir uns bemüht, Lasten und Kürzungen ausgewogen auf möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen und Politikfelder zu verteilen. Verwaltung, aber auch Landwirtschaft, Beamtinnen und Beamte, produzierende Wirtschaft und Projektträger - sie alle müssen einen Beitrag leisten.

So schmerzlich dies im Einzelfall auch sein mag, dürfen wir eines nicht aus den Augen verlieren: Dies geschieht von einem recht hohen Niveau aus. Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Trotz aller Herausforderungen, die sich mit dem Strukturwandel ergeben, und trotz der systematischen Schlechtmacherei, die wir aus den Reihen der Opposition gewohnt sind: Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Es ist nach wie vor Wirtschafts- und Innovationszentrum in Deutschland.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist der Standort von Hochtechnologie, es ist Zentrum vieler Innovationen, und wir verfügen über das dichteste Forschungsnetz der Welt. Unser Land hat deshalb die Kraft, wir haben die Kraft, auch die finanzpolitischen Probleme zu bewältigen.

(Manfred Palmen [CDU]: Da müssen wir aber anfangen!)

Wir haben in der Vergangenheit - auch mit Ihrer Mitwirkung, Herr Palmen - manche Fördertatbestände geschaffen, die es mit knapperen Mitteln nicht gegeben hätte. Dadurch ist die Förderlandschaft - übrigens nicht nur bei uns, sondern allerorten und auf allen Ebenen des öffentlichen Sektors - immer vielfältiger, immer üppiger geworden. Diese Tatbestände galt es nun in Anbetracht der schwierigen Haushaltslage zu sichten und den entstandenen Förderwald zu lichten. Wohlgemerkt: zu lichten; von Kahlschlag kann doch keine Rede sein.

Die Kürzungen, die die Landesregierung vorschlägt, haben einen positiven Effekt für künftige Haushalte: Sie zwingen dazu, noch effizienter zu arbeiten und Strukturen zu schaffen, die mit weni-

ger öffentlichem Geld auskommen und dadurch zukunftsfähig sind. Denn wir wollen unseren Kindern und Enkeln ein Land mit einer leistungsfähigen Infrastruktur und guten Förderangeboten überlassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb: Konsolidierung ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Nur wenn wir heute unsere Ausgaben massiv kürzen, werden wir es schaffen, die Neuverschuldung und damit die finanzielle Belastung künftiger Generationen in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Nach allem, was wir aus der Steuerschätzung wissen, können wir diese Belastung nicht völlig ausschließen, aber der Entwurf der Landesregierung stellt schon eine beachtliche Anstrengung dar. Wir wollen Ausgaben neu ordnen und die Kraft gewinnen für die Aufgaben der Zukunft: Bildung, Arbeitsplätze, Strukturwandel, um nur einige Beispiele zu nennen. Damit wir auch in Zukunft in der Lage sind zu gestalten, müssen wir jetzt handeln, müssen wir jetzt konsolidieren.

Ich habe mit Bedacht gesagt, die Verschuldung „in einem vertretbaren Rahmen“ zu halten. Wir können - das ist das Ergebnis sehr sorgfältiger Prüfungen - beim besten Willen in den vor uns liegenden zwei Jahren nicht noch weiter konsolidieren. Das jetzt vorgelegte Konsolidierungskonzept zu beschließen und dann umzusetzen, ist schon schwer genug.

Deshalb: Ohne zusätzliche Kreditaufnahme wird es in den nächsten zwei Jahren nicht gehen. Wir beschränken sie allerdings auf eine Größenordnung, die derjenigen entspricht, die dem Konjunkturverlauf angepasst ist. Zum einen gleichen wir die Steuerausfälle aus, die sich durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform ergeben, und zum anderen gleichen wir die Steuerausfälle im Jahr 2004 aus, so, wie sie uns jetzt prognostiziert worden sind. Hier müssen nach den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes jetzt die Gegenkräfte ansetzen und die so genannten automatischen Stabilisatoren wirken - auch wenn man einräumen muss, dass es mit deren Automatik gelegentlich hapert. Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür sind erfüllt.

Der Haushaltsentwurf für die Jahre 2004/2005 ist eine beachtliche Kraftanstrengung, eine wirkliche Teamleistung der Kabinettsmitglieder. Dafür möchte ich auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gab weder ernsthaften Streit zwischen Roten und Grünen noch gab es Streit zwischen Personal- und Förderressorts, der nicht geklärt werden konnte. Alle Beteiligten haben an einem Strang gezogen, um die schwierigen Aufgaben zu meistern. Es ist wahrscheinlich nur ein frommer Wunsch, vom Landtag zu erwarten, dass sich dies über die Parteigrenzen hinweg fortsetzen möge.

Meine Damen und Herren, gerade weil der Spielraum so eng ist, bringt der vorgelegte Entwurf auch aktive Landespolitik zum Ausdruck. Denn der Haushalt enthält nicht nur Kürzungen, sondern auch Zuwächse. Diese Zuwächse konzentrieren sich - so haben wir es im „Düsseldorfer Signal“ verabredet - auf Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung. Wir wollen Investitionen in die Bildung; wir brauchen sie, um den Wohlstand von Morgen zu sichern. Wir schaffen 1.000 neue Lehrerstellen. Zusammen mit der Anhebung der Pflichtstundenzahl für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet dies: Wir gleichen den Anstieg der Schülerzahlen aus und schaffen zudem neue zusätzliche Unterrichtsangebote. Dies tun wir im Gegenwert von insgesamt 5.000 Stellen. Auch wenn die Opposition es nicht wahrhaben will, liegt hier eine klare Schwerpunktsetzung zugunsten unserer Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Entwurf, der Ihnen vorliegt, ist der Entwurf der Landesregierung. Er ist jetzt in der Hand des Parlaments. Natürlich ist der Entwurf offen für Veränderungen, aber unter einer einschränkenden Bedingung: Für zusätzliche Ausgaben ist aus unserer Sicht kein Raum. Wer Kürzungen an welcher Stelle auch immer fordert, muss zugleich konkret sagen, an welcher Stelle diese Mehrausgaben eingespart werden.

Lassen Sie mich zu den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen einige ergänzende Bemerkungen machen. Die Bundesregierung hatte im Jahr 2003 noch mit 0,75 % Wachstum gerechnet. Auf dieser Prognose basierte auch die Mai-Steuerschätzung, die dem Haushaltsentwurf der Landesregierung zugrunde liegt. Inzwischen sind die Wachstumserwartungen für 2003 auf eine "schwarze Null" gesenkt worden. Die Konjunktur in Deutschland befindet sich damit seit drei Jahren in einer Stagnation. Für das laufende Jahr rechnet man auf Bundesebene mit einer Arbeitslosenquote von 10,5 %. Gleiches gilt für 2004.

In unserem Land, in Nordrhein-Westfalen, sieht es nicht rosiger aus. Hier ist das Bruttoinlandsprodukt in der ersten Hälfte dieses Jahres real um

0,4 % gesunken. Ursache hierfür ist das produzierende Gewerbe, das in der Wirtschaftsstruktur unseres Landes nach wie vor großes Gewicht hat. Immerhin - das ist ein gutes Zeichen - hat sich die Abwärtstendenz gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt.

Positiver als im Bundesdurchschnitt entwickelte sich bei uns im ersten Halbjahr 2003 vor allem der Dienstleistungsbereich. Daraus folgt eindeutig: Wir müssen den Strukturwandel weiter vorantreiben, damit das Wachstum der innovativen Bereiche die Wachstumsschwäche der traditionellen Industrien deutlich und dauerhaft überkompensiert.

Dabei kann es angesichts der Kassenlage allerdings nicht mehr vordringlich darum gehen, Subventionen zu verteilen. Wir setzen deshalb auch künftig stärker auf Moderation und Beratung und nicht mehr in erster Linie auf staatliche Förderung in finanzieller Form.

Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür - die heutige Tagespresse belegt das -, dass sich die Lage im nächsten Jahr bessert. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren im Herbstgutachten ein Wachstum von 1,7 %. Andere Stellen wie Morgan-Stanley oder die Dresdner Bank sprechen sogar von 2,0 bis 2,1 %. Die Bundesregierung erwartet 1,5 bis 2,0 %.

Nahezu alle wichtigen Frühindikatoren haben sich verbessert, zum Teil deutlich. Die Unternehmen sind zuversichtlicher; sie beurteilen ihre Lage und ihre Aussichten zunehmend positiver. Unsicherheit gibt es allenfalls darüber, ob außenwirtschaftliche Effekte diese positive Entwicklung umkehren und ob sich die Erholungstendenzen bei der Binnennachfrage tatsächlich stabilisieren und verstärken.

Auch wenn es deutliche Anzeichen einer Belebung der Konjunktur gibt, sind die Wirtschaftsdaten insgesamt noch zu gemischt, um daraus zu schließen, dass die Erholung bereits gesichert und auch nachhaltig ist. Um den beginnenden Aufschwung zu stärken, unterstützen wir daher die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, die dritte Stufe der Steuerreform vorzuziehen.

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt ist geprägt von der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation, die ich beschrieben habe. Unsere finanziellen Spielräume sind so eng wie nie zuvor. Die entscheidende Ursache dafür ist sicherlich die schwache Konjunktur.

Eine andere Ursache liegt in den Folgen der Steuerreform. Einiges daran war gewollt: Die rot-

grüne Steuerreform, deren dritte Stufe wir jetzt vorziehen wollen, war und ist das größte Steuerentlastungsprogramm der Nachkriegsgeschichte. Das wirkt sich natürlich auch auf die öffentlichen Haushalte aus.

Andere Folgen der Steuerreform waren weiß Gott nicht gewollt, sondern sind das Ergebnis kreativer Steuerjuristerei, die jede Möglichkeit zur - ich formuliere vorsichtig - "Gestaltung" der Unternehmenswelt ausgenutzt hat.

(Zurufe von der CDU)

Das ist legal, aber nicht hilfreich für ein funktionsfähiges Gemeinwesen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir sind uns einig, meine Damen und Herren, dass hier Korrekturen erforderlich sind. Bedauerlicherweise haben CDU, CSU und FDP bisher aber fast alles behindert, was diese Gestaltungsmöglichkeiten auf das Maß des Vernünftigen und Verknüpfbaren zurückführen würde.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Die SPD hat schon Sinnvolleres verhindert!)

Sie haben sich damit schuldig gemacht am Elend der öffentlichen Haushalte!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Manfred Palmen [CDU]: Das ist ja lächerlich!)

Meine Damen und Herren, die Steuereinnahmen des Landes steigen so langsam - ich habe davon gesprochen -, dass wir erst nach 2005 wieder den Stand von 2000 erreichen werden. Nun könnte man einwenden, gemessen an diesen Ausfällen sei die aktuelle Wachstumsrate eine teuer erkaufte "schwarze Null". Andererseits glaube ich sagen zu können: Ohne die Steuerreform und ohne die Entlastungen, die sie für Bürger und Unternehmen gebracht hat, wäre die Lage heute gewiss noch schlechter.

Die Aufstellung des Doppelhaushaltes war und ist sehr schwierig. Die Nettoneuverschuldung wird sich schon nach dem Regierungsentwurf im Jahr 2004 auf 4,8 Milliarden € belaufen; für das Jahr 2005 haben wir 3,6 Milliarden € veranschlagt.

4,8 Milliarden € sind eine gewaltige Summe. Ihr stehen Nettoinvestitionen in Höhe von 3,5 Milliarden € gegenüber. Allein das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform führt 2004 im Landeshaushalt zu Steuermindereinnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden €.

Höheres Wachstum und mehr Beschäftigung sind entscheidend vom Anstieg der privaten Investitio-

nen und der privaten Konsumnachfrage bestimmt. Das Vorziehen der Steuerreform ist deshalb ein geeignetes Mittel, das Wachstum zu fördern.

Gerade im Interesse der Konjunktur wäre es kontraproduktiv, die Mindereinnahmen durch zusätzliche Einsparungen auszugleichen. Das wäre das Prinzip "rechte Tasche, linke Tasche" - hier geben, dort nehmen. Dadurch würde das zarte Pflänzchen Aufschwung akut bedroht. Deshalb haben wir uns nach sorgfältiger Abwägung dazu entschlossen, eine Nettoneuverschuldung über die verfassungsrechtliche Regellobergrenze hinaus in Kauf zu nehmen, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwenden. Ich schlage dem Landtag vor, dies bei der abschließenden Beratung in angemessener Form so festzustellen.

Die Einnahmeerwartungen für den Doppelhaushalt haben wir auf den Zahlen der Mai-Steuerschätzung gegründet. Das hat naturgemäß reflexhaft die Kritik der Opposition gefunden. Ich frage mich: Welche Zahlen hätten wir, wenn wir von uns aus von der Schätzung abgewichen wären, nehmen können, um Ihre Kritik zu vermeiden; welche Zahlen wären dann die richtigen gewesen? Hätten wir im Vorgriff auf die November-Steuerschätzung eigene Berechnungen zugrunde gelegt, wären wir doch mit Sicherheit auch dafür angegriffen worden.

Nun haben wir konkrete Zahlen. Ich habe dies im Haushalts- und Finanzausschuss bereits berichtet. Das Ganze hält sich in der Konkretisierung und in der Regionalisierung auch im Rahmen dessen, was ich dem Ausschuss vorgetragen habe. Wir rechnen für das laufende Jahr gegenüber dem bisherigen Haushaltsansatz mit einem Minus von etwa 950 Millionen €. Dagegen fallen die Belastungen des Landes im Länderfinanzausgleich deutlich niedriger aus, als wir im Mai angenommen haben. Dies bedeutet für uns eine Entlastung von rund 700 Millionen €. Im Ergebnis beträgt die Lücke im Haushalt 2003 damit 250 Millionen €.

Für das Jahr 2004 erwarten wir Steuerausfälle in der Größenordnung von 900 Millionen €, die als Basiseffekt auch in den Haushaltsentwurf 2005 eingestellt werden müssen. Hier führt die Verschlechterung der Steuereinnahmen ebenfalls dazu, dass die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich sinken, und zwar um 300 Millionen € auf 150 Millionen €. Dieser Betrag entspricht den Zahlungsverpflichtungen, die wir für 2003 erwarten; er ist nach 2005 fortzuschreiben.

Das bedeutet, dass wir die Neuverschuldung aufgrund der Senkung des Steueransatzes und des

Ausgabenansatzes für den Länderfinanzausgleich im Haushaltsjahr 2004 gegenüber den bisherigen Planungen um weitere rund 500 Millionen € anheben müssen.

In dieser Zahl sind die Auswirkungen im kommunalen Steuerverbund bereits berücksichtigt. Die Landesregierung prüft jedoch zurzeit Möglichkeiten, diese Belastungen, aber auch die Auswirkungen der vorgezogenen dritten Stufe der Steuerreform auf die kommunale Beteiligung am Steuerverbund zu kreditieren.

Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Ihr Ergebnis kann in der 1. Ergänzungsvorlage berücksichtigt werden. Durch diese Ergänzungsvorlage werden die Einzelansätze der Fachressorts kaum berührt. Wesentliche Änderungen ergeben sich nur für den Einzelplan 20. Insofern kann die Etatberatung in den Fachausschüssen auch ab sofort und zügig beginnen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen: Wegen der Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundestag und Bundesrat und der Blockadehaltung der B-Länder liegt derzeit eine große Zahl von Gesetzen dem Vermittlungsausschuss vor. Vom Ausgang dieses Gesetzgebungsverfahrens hängt viel ab, auch für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen. Einzelheiten über die Auswirkungen wird die Landesregierung in einer zweiten Ergänzungsvorlage vorlegen.

Was die Einnahmeverbesserungen durch die Bundesgesetze angeht, so können und konnten wir nicht im Kaffeesatz lesen und die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses vorwegnehmen. Was beispielsweise mit der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale passiert, in welchem Umfang die Vorschläge der Minderpräsidenten Koch und Steinbrück zur Kürzung von Subventionen Gesetz werden, hängt maßgeblich von der Opposition auf Bundes- und Landesebene ab. Deren interner Meinungsbildungsprozess ist offenbar - vorsichtig formuliert - noch nicht abgeschlossen.

Um dieses Problem der Unsicherheit etwas zu mindern, haben wir bei der Aufstellung des Haushaltes den Entwurf des Bundeshaushalts zugrunde gelegt. Das heißt: Unser Entwurf enthält ebenfalls das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform und die Gesetzentwürfe zur Einnahmeverbesserung, wie sie im Bundeshaushalt enthalten sind. Nach dem Abschluss des Vermittlungsverfahrens - ich habe das bereits angesprochen - wird dem Landtag eine zweite Ergänzungsvorlage vorgelegt. Ich werde alles daran setzen, Ihnen diese Vorlage Anfang des kommenden Jahres vorzulegen, also rechtzeitig zur Wiederaufnahme

der parlamentarischen Beratungen. Auch hier gilt: Die Etatberatungen im Übrigen werden nicht behindert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun vertiefend einige Themen ansprechen, die ich für besonders erwähnenswert halte. Ich beginne mit den Einsparungen im öffentlichen Dienst:

Den Beamtinnen und Beamten des Landes wird für die nächsten drei Jahre sozial gestaffelt das Weihnachtsgeld gekürzt, das Urlaubsgeld wird ab 2004 gestrichen und die Arbeitszeit von 38,5 auf bis zu 41 Stunden pro Woche erhöht.

Führt man sich vor Augen, dass 41 % der Landesausgaben auf Personal - Aktive und Versorgungsempfänger - entfällt, so wird schnell klar, dass wir den öffentlichen Dienst bei unseren Konsolidierungsbemühungen nicht außen vor lassen konnten. Der Beitrag des öffentlichen Dienstes zum gesamten Konsolidierungsvolumen im Jahr 2003 beträgt rund 550 Millionen €. Das wirkt auch auf das Jahr 2004 fort. Hinzukommen weitere Einsparungen in Höhe von über 400 Millionen € im Jahr 2004.

Meine Damen und Herren, trotz aller massiven Proteste kommen wir - wie andere Bundesländer auch - um diese Einsparungen nicht herum. Der Beitrag ist notwendig, er ist ein spürbares Opfer, er ist aber kein Sonderopfer. In jedem normalen Wirtschaftsunternehmen müssten in einer solchen Situation unter Anwendung eines Sozialplans und möglicherweise durch Aussprechen betriebsbedingter Kündigungen kurzfristig einige Tausend Arbeitsplätze wegfallen.

Beamtinnen und Beamte sind in der in diesen schwierigen Zeiten günstigen Situation, dass sie vor solchen Sorgen um ihre berufliche Existenz geschützt sind. Aus diesem Schutz heraus erwachsen auch Pflichten.

Ich weiß, dass das nicht populär ist. Dennoch ist es jetzt an der Zeit, die Arbeitszeit so zu gestalten, dass die Pflichten und Aufgaben des Staates trotz der dramatischen wirtschaftlichen Krise heute und auch in den kommenden Jahren erfüllt werden können. Das erfordert die Verlängerung der Arbeitszeit, die Kürzungen des Weihnachts- und die Streichung des Urlaubsgelds für Beamte.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Deutschland in den unterschiedlichsten Unternehmen haben solche Zeiten des radikalen Umbaus und der Veränderungen in der Vergangenheit schon mitmachen müssen. Freilich haben manche gehofft, dass der öffentliche Dienst davon verschont bliebe. Das ist aber nicht möglich. Wir

werden jetzt beweisen müssen, dass wir im öffentlichen Dienst mit unseren Mitteln und unserem Vorteil der weitgehenden Arbeitsplatzsicherheit ebenso in der Lage sind wie alle anderen im Wirtschaftsleben, krisenhafte Situationen zu bewältigen, ohne sie nur auf unsere Kinder abzuschieben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich hoffe, dass die Opposition ihre Zustimmung durch Schweigen zum Ausdruck gebracht hat. Die letzten zehn Sätze waren nämlich ein Zitat aus dem Brief, den der hessische Ministerpräsident an seine Beamtinnen und Beamten geschickt hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist kein Sonderopfer, es wird auch in anderen Bereichen gespart. Das gilt insbesondere für die Bestandteile des Haushaltsbegleitgesetzes, das ich heute ebenfalls namens der Landesregierung in den Landtag einbringe. Das Wesentliche sei kurz genannt:

Im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder wird vorgeschlagen, den Landeszuschuss zu den Betriebskosten je Gruppe - er beträgt zurzeit etwa 15.200 € - im Jahr 2004 um 1.916 € und im Jahre 2005 um 2.838 € abzusenken. Dadurch werden im Jahr 2004 50,7 Millionen € eingespart, im Jahre 2005 sind es 75,1 Millionen €. Im Gegenzug räumen wir den Trägern der Einrichtungen mehr Flexibilität ein. Sie können zukünftig die Zuschüsse zu den Sachkostenpauschalen und gegebenenfalls vorhandene Rücklagen zur Deckung sämtlicher Sachkosten einsetzen.

Im Bereich des Ersatzschulfinanzgesetzes beabsichtigen wir den Eigenanteil um insgesamt drei Punkte zu erhöhen. Dies würde den Landeshaushalt in den Jahren 2004 bis 2006 nachhaltig entlasten. Aufgrund der Ergebnisse der Anhörung der Verbände hat die Landesregierung allerdings angeregt, für das Jahr 2004 keine Erhöhung vorzunehmen und für das Jahr 2005 den Eigenanteil einmal um 1,5 % heraufzusetzen. Dieses ist ein finanzpolitisch notwendiges Vorgehen. Ich halte es für maßvoll; es ist auch verfassungskonform.

Änderungen des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr sollen zu Einsparungen in Höhe von jährlich 30 Millionen € führen. Auch wenn das Gesetz geändert ist, haben wir im Schienenpersonennahverkehr ein Angebot auf sehr hohem Niveau mit gesetzlicher Garantie. Darüber hinaus ermöglicht es die Änderung des Gesetzes, das Nahverkehrsangebot dem Bedarf entsprechend anzupassen.

Erstmals enthält der Haushaltsentwurf 2004/2005 auch Einnahmen aus dem Wasserentnahmegelt. Meine Damen und Herren, in einer Haushaltssituation, die derart prekär ist, wie ich sie beschrieben habe, reichen Einsparungen allein nicht aus; wir müssen auch Wege finden, in vertretbarem Umfang Mehreinnahmen zu erzielen.

Der Blick über unsere Landesgrenzen zeigt: Ein Wasserentnahmegelt wird - wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung - in mehr als der Hälfte der Bundesländer vom Gesetz vorgesehen und durchweg erhoben. Nach den vorliegenden Berechnungen führt es mittelbar zu einer jährlichen Belastung auf der Ebene der Verbraucher von maximal 2,15 €. Dies ist vertretbar, zumal damit eine signifikante Entlastung des Haushaltes in Höhe von 142,5 Millionen € verbunden ist.

Die institutionellen Förderungen und die Personalkosten bezuschussenden Maßnahmen werden für das Jahr 2004 um 20 % und für 2005 um 40 % gekürzt.

Die Ressorts hatten dabei weitgehende Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der Gewichtung der Förderungen. Sie haben in eigener Verantwortung über die Setzung von Prioritäten entschieden. Sie haben auch darüber entschieden, ob Förderungen künftig ganz entfallen müssen, wenn nicht andere Finanzierungsquellen erschlossen werden können.

Bei der Beratung in den Fachausschüssen werden diese Entscheidungen sicherlich noch intensiv diskutiert. Das ist gut so. Aber auch an dieser Stelle sei es noch einmal gesagt: Zu der insgesamt notwendigen Kürzung gibt es finanzpolitisch keine Alternative. Im Konkreten kann man über alles reden, sofern die Volumina im Übrigen gewahrt sind. Auch hier gilt: Wo Prioritäten festgelegt werden, muss es auch Posterioritäten, muss es auch Nachrangigkeit geben.

Der Landesanteil zur Kofinanzierung von EU-Programmen wurde im Haushaltsentwurf 2005 leicht abgesenkt. Wir gehen allerdings davon aus, dass es über die Einwerbung von Mitteln von dritter Seite möglich sein wird, die Gelder, die von der EU zur Verfügung gestellt werden, vollständig abzurufen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen es, auch die übrigen Förderprogramme des Landes mussten ihren Beitrag leisten. Im Durchschnitt sind hier im konsumtiven Bereich Einsparungen vorgenommen worden von 60 % im Jahre 2004 bis nahezu 70 % im Jahre 2005, wohlgernekt gegenüber den gestaltbaren Teilen der Ausgaben, nicht gegenüber den jeweiligen Ansätzen insgesamt.

Ich habe es bereits hervorgehoben: Trotz aller Erfordernisse der Konsolidierung sieht der Haushaltsentwurf in einem Bereich Zuwächse vor, und zwar für Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung.

Das Kabinett hat beschlossen, 1.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung kommt im Schulbereich vollständig den Schülerinnen und Schülern zugute und nicht dem Landeshaushalt.

Die nunmehr organisierte Unterrichtsversorgung liegt über den Zusagen des Stufenplans "Verlässliche Schule", was angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt allerdings auch nötig ist. Im Stufenplan waren im März 2001 insgesamt 6.100 zusätzliche Lehrerstellen bis 2005 versprochen worden; 3.100 sind bereits realisiert; 1.000 weitere sind nun beschlossen; dies macht 4.100 und der Ertrag der Arbeitszeiterhöhung entspricht dem Gegenwert von 4.000 Stellen und fließt vollständig in den Unterricht. Insgesamt verbessert dies die Situation im Gegenwert von rund 8.000 Stellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die schulische Ganztagsbetreuung. Dadurch wollen wir vor allem Frauen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Die Zuweisungen und Zuschüsse für die offenen Ganztagschulen im Primarbereich belaufen sich im nächsten Jahr auf 62,8 Millionen €, für 2005 auf 75,5 Millionen €. Hinzu kommen jeweils 228,5 Millionen € aus dem Investitionsprogramm des Bundes "Zukunft, Bildung und Betreuung". Das Engagement des Bundes sei hier noch einmal dankbar erwähnt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Mittel für vorschulische Sprachförderkurse wurden für 2004 und 2005 um 50 % auf 7,5 Millionen € erhöht.

Ein weiterer Bereich, der vom Rotstift verschont bleibt, ist der kommunale Steuerverbund. Dadurch, dass wir die zweithöchste Ausgabe position des Landeshaushalts nicht in das harte Sparkonzept einbeziehen, respektieren wir die Finanzsituation der kommunalen Ebene, die ja ebenfalls von großen Schwierigkeiten gekennzeichnet ist. Wir bleiben bei dem seit vielen Jahren bestehenden Verbundsatz von 23 %. Er ist bundesweit Spitze.

Wir wollen einen weiteren entscheidenden Schritt zur Sanierung der Kommunalhaushalte mit der Gemeindefinanzreform tun. Die vom Bundestag beschlossene Gemeindefinanzreform wird das kommunale Steuersystem stabilisieren. Auch wenn nicht alle Erwartungen der kommunalen

Seite und des Landes Nordrhein-Westfalen erfüllt wurden, ist letztendlich ein Kompromiss gefunden worden, mit dem alle - ich denke, auch die Unternehmen - leben können. Wenn dann noch durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine spürbare Entlastung der kommunalen Sozialtats erreicht wird, wäre endlich ein zukunftsfähiges Fundament für die Kommunalfinanzen gesichert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich appelliere auch an dieser Stelle an Sie, Herrn Rüttgers, und die Oppositionsparteien in Berlin und Düsseldorf, diese sinnvollen und wichtigen Reformen nicht zu blockieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Hören Sie doch auf Ihre Parteimitglieder, die kommunalpolitisch engagiert sind – vorneweg auf Herrn Schramma und Herrn Wittke. Die sind näher an den Menschen. Lassen Sie die Gemeindefinanzreform nicht scheitern!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Alle tragen Verantwortung. Auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, tragen Verantwortung für die Leistungsfähigkeit des Systems der öffentlichen Finanzen – beim Bund, in den Ländern und in den Kommunen.

Hören Sie deshalb auch darüber hinaus auf die Menschen! Diese erwarten eine solide politische Auseinandersetzung – und nicht solche schön klingenden semantischen Übungen wie Ihren „Masterplan“, Herr Rüttgers. Um ein „Master“ zu werden, reicht es nicht, dass man einen „Plan“ hat, sondern man muss auch einen brauchbaren Plan haben.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wo ist denn Ihr Finanzierungskonzept? – Abgesehen von dem Abbau der Stellen bei den Ministerien habe ich da nichts gefunden. Da ist allerdings zu verzeichnen, dass Herr Rüttgers der Realität schon näher kommt. Wir alle erinnern uns, Herr Rüttgers hat vor einiger Zeit einen Teil seiner Gegenfinanzierung damit sicherstellen wollen, dass er 10.000 Stellen in den Ministerien streichen wollte. Ich habe das nicht glauben wollen. Wir haben nämlich in allen Ministerien nur 4.300 Stellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich freue mich daher, dass der „Master“ jetzt einigermaßen bescheiden geworden ist, wenn er jetzt

verlangt, dass jedes Jahr 1,5 % der Stellen in den Ministerien abgebaut werden.

Lieber Master Rüttgers, am Personalabbau in den Ministerien fehlt es nicht. Das ist auf dem Weg. Was hier fehlt, ist ein Bezug zur Realität. Was Ihnen in der Opposition auch fehlt, ist eine Koordination all derjenigen, die sich selber für masterfähig halten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist immer das Gleiche: Im ständigen Wochenrhythmus werden montags mehr Polizisten, dienstags mehr Lehrer, mittwochs mehr Kulturengagement usw. gefordert bis zur Forderung nach mehr Sportförderung am Bundesligasamstag. Bringen Sie diese Damen und Herren erst einmal in Übereinstimmung mit Ihren Sonntagsreden, die darin gipfeln, das Land solle weniger Geld ausgeben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Hören Sie auf die Menschen in unserem Land und beenden Sie die kleinen und großen parteitaktischen Spiele! Behindern Sie nicht durch formales Strapazieren der Geschäftsordnung eine sachgerechte Debatte. Es ist Zeit und Raum, alles zu diskutieren. Die Vorschläge der Landesregierung liegen seit zwei Monaten auf dem Tisch. Die Diskussion ist in vollem Gange. Sie sollten diese nicht unnötig verlängern.

Die Betroffenen haben einen Anspruch darauf, dass sie bald erfahren, was für sie gilt. Nehmen Sie nur die Projektförderung: Jedem verantwortlichen Träger ist es nicht nur lieb, sondern unerlässlich zu wissen, wie sich die Förderung entwickelt. Das gilt auch und gerade dann, wenn wir kürzen müssen. Deshalb: Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung – keine formalen Spielchen!

Meine Damen und Herren, mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 haben wir uns den gesamtwirtschaftlichen Realitäten gestellt und massiv konsolidiert. Wir sind dabei an die Grenzen dessen gegangen, was machbar ist. Gleichzeitig haben wir Schwerpunkte im zukunftssträchtigen Bereich Bildung gesetzt. Nichtsdestotrotz handelt es sich um einen Entwurf, das heißt, er ist offen für Änderungen. Eines sei ein letztes Mal deutlich gesagt: Zusätzliche Ausgabenwünsche können wir nicht erfüllen. Wer zusätzliche Ausgaben fordert, muss den entsprechenden konkreten Einsparvorschlag gleich mitliefern.

Ob auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition das können, werden wir in den kommenden Wochen sehen. Darauf bin ich sehr, sehr gespannt.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke Herrn Finanzminister Dieckmann. - Ich erteile nunmehr Herrn Innenminister Dr. Behrens das Wort zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident. Wenn ich richtig informiert bin, obliegt es mir, das Gemeindefinanzierungsgesetz und zusätzlich das Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, der Verordnungen über die Arbeitszeit und der Verordnung über die Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz in den Landtag einzubringen. Ich fange mit dem Letztgenannten an.

Meine Damen und Herren, ich habe vor ziemlich genau fünf Monaten an dieser Stelle das 10. Dienstrechtsänderungsgesetz in den Landtag eingebracht. Das 10. Dienstrechtsänderungsgesetz, das sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung befindet, habe ich seinerzeit als einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Verwaltungsmodernisierung im Sinne der Vorschläge, die Professor Bull uns vorgelegt hat, bezeichnet.

Für das Gesetz, das ich heute hier einbringe, will ich nach ähnlichen Formulierungen erst gar nicht suchen. Wir sind nämlich - Sie haben es vom Finanzministerkollegen gehört - aufgrund dramatischer Steuerausfälle zu weiteren umfangreichen Sparmaßnahmen gezwungen, die mit den eben erwähnten gesetzlichen und Verordnungsvorschriften umgesetzt werden sollen.

Ich will nicht verhehlen, meine Damen und Herren, dass im Beamtenbereich bereits in den vergangenen Jahren erhebliche Einsparungen gemacht wurden. Leider kommen wir nicht umhin, unseren Beamtinnen und Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen weitere Einschränkungen zuzumuten. Erhöhungen der Wochen- und der Lebensarbeitszeit, die wir den beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im vorigen Jahr trotz Diskussion darüber noch ersparen konnten, sind jetzt unumgänglich.

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch deutlich sagen, dass sich Nordrhein-Westfalen die 38,5-Stunden-Woche als einziges Bundesland neben Hessen noch geleistet hat. Im Übrigen denken auch die Bundesländer, die zurzeit noch die 40-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte haben, angesichts der schwierigen Haushaltssituation über Erhöhungen der Wochenarbeitszeit nach oder haben diese Überlegungen, wie z. B. Baden-Württemberg, bereits umgesetzt.

In Hessen wird über die 42-Stunden-Woche diskutiert.

Ich will kurz die Kernpunkte unseres Gesetzentwurfes nennen: Die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten wird grundsätzlich auf 41 Stunden erhöht. Ausnahmen sind für lebensältere Beamtinnen und Beamte vorgesehen. So beträgt die regelmäßige Wochenarbeitszeit vom 55. Lebensjahr an 40 Stunden und vom 60. Lebensjahr an 39 Stunden.

Für Lehrerinnen und Lehrer wird die Unterrichtsverpflichtung im Durchschnitt um eine Stunde erhöht.

Für die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden wird die Wochenarbeitszeit zurzeit nicht verändert. Diese Ausnahme beruht auf der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, der zufolge auch Bereitschaftsdienstzeiten grundsätzlich als Arbeitszeiten angesehen werden müssen. Nach Auswertung dieser Rechtsprechung auf Bund-/Länderebene werden wir die Arbeitszeitverordnung für die Feuerwehren den europäischen Vorgaben entsprechend zu ändern haben.

Die Lebensarbeitszeit für bestimmte Beamtengruppen soll erhöht werden. Das trifft Polizei- und Justizvollzugsbeamtinnen und -beamte, Professorinnen und Professoren und in geringerem Maße auch Lehrerinnen und Lehrer.

Ich kann natürlich, meine Damen und Herren, die Betroffenheit und teilweise Verärgerung, die bei den Beamtinnen und Beamten durch die damit auch einhergehenden finanziellen Einbußen und Eingriffe in die Lebensplanung entstanden sind oder entstehen werden, verstehen. Die betroffenen Gruppen haben uns ihre Verärgerung am 24. September hier vor der Tür deutlich gezeigt. Aber - auch das muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden - es gibt keine Alternative. Wir haben keine Spielräume mehr. Die vorgeschlagenen Regelungen sind hart, aber zumutbar - so glauben wir. Der Finanzminister hat die finanziellen Rahmenbedingungen und den Anteil, den die Ausgaben für das Personal daran haben, dargestellt.

Ich bin davon überzeugt, dass die Aufgabenerledigung vor allem in den wichtigen Bereichen Schule und Bildung sowie innere Sicherheit durch diese Neuregelungen nicht gefährdet sein wird. Vielmehr gewährleisten wir, dass diese Aufgaben künftig effektiver wahrgenommen werden können. Allein im Bereich der Polizei - um in meinem Ressort zu bleiben - hat die Verlängerung der Lebensarbeitszeit Einsparungen in Höhe von rund

haltsgesetzen 2004 und 2005 Drucksache 13/4500 - Neudruck - einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung Vorlage 13/2360, des Haushaltsbegleitgesetzes 2004/2005 Drucksache 13/4528 - Neudruck - und des Landesbeamtengesetzes nebst korrespondierenden Verordnungen Drucksache 13/4566.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Doppelhaushalt 2004/2005 ist heute, am Tage der Einbringung durch den Finanzminister, schon Makulatur. Er ist finanzpolitisch unseriös, er ist wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, und er ist sozialpolitisch unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Der Entwurf ist wahrscheinlich auch verfassungswidrig. Jedenfalls ist er ein Dokument der politischen Handlungsunfähigkeit der rot-grünen Landesregierung. Die Regierung Steinbrück ist offensichtlich nicht mehr in der Lage, das Land aus der schweren Krise herauszuführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das begründen:

Die erwarteten Einnahmen sind im Doppelhaushalt um rund 2,5 Milliarden € zu hoch veranschlagt.

Die Landesregierung geht im Entwurf des Landeshaushalts von einem Wirtschaftswachstum von 2 % im kommenden Jahr aus. Das tut sonst niemand mehr. Das tut noch nicht einmal die rot-grüne Bundesregierung, die sagt, man müsse in den öffentlichen Haushalten von 1,5 % ausgehen, was dann real für Nordrhein-Westfalen bedeutet, dass man seriöserweise von einem Wachstum von 1 % ausgehen müsste, und zwar bei optimistischer Betrachtungsweise.

Die Schuldenlast wird spätestens im kommenden Jahr auf über 100 Milliarden € steigen.

Die Neuverschuldung ist im Jahre 2004 mit 4,8 Milliarden € zu niedrig kalkuliert. Herr Dieckmann, Sie haben in Ihrer Rede zu diesem Sachverhalt formuliert:

„Wir beschränken die Nettokreditaufnahme allerdings auf eine Größenordnung, die derjenigen entspricht, die dem Konjunkturverlauf angepasst ist.“

Einmal unabhängig davon, dass das Beamtenlyrik in bester Ausprägung ist, gleichsam ein Satz Goe-

the in Beamtenform, sage ich Ihnen: Solche Sätze verschleiern die Realität. 4,8 Milliarden € neue Schulden bei gleichzeitig 4,8 Milliarden € Zinszahlungen: Jedes Unternehmen, das solche Kennzahlen hätte, müsste sofort zum Konkursrichter, und Vorstände, die nicht sofort dorthin laufen würden, würden strafrechtlich verfolgt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Investitionsstau bei den öffentlichen Einrichtungen ist inzwischen auf mehr als 20 Milliarden € angewachsen. Wenn man angesichts dieser Tatsache, Herr Dieckmann, in seiner Rede behauptet, man habe den Anspruch, unseren Kindern ein schönes Land mit einer guten Infrastruktur zu vererben, dann frage ich mich, wie man so weit von der Wirklichkeit des Landes entfernt sein kann!

(Beifall bei der CDU)

Die Investitionsquote sinkt von Jahr zu Jahr, jetzt auf 7,3 %, was im Klartext bedeutet: Von diesem Haushalt gehen keine Wachstumsimpulse aus.

Meine Damen und Herren, der Landesregierung fehlt die Kraft zu richtigen Strukturveränderungen. Neue Löcher, wie etwa die Steuerausfälle aus der letzten Steuerschätzung in Höhe von 1 Milliarde € im kommenden Jahr, werden zu 100 % kreditfinanziert, politische Projekte wie die vorgezogene Steuersenkung werden zu 100 % auf Pump beschlossen. Und begründet wird das Ganze damit, man wolle eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abwenden.

Auch das ist übrigens wahrscheinlich - mit großer Wahrscheinlichkeit sogar - verfassungswidrig, und zwar einfach deshalb, weil eine Störung, die durch hemmungslose Schuldenmacherei in den letzten Jahren entstanden ist, nicht durch neue höhere Schulden abgewendet werden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die geringen Sparbemühungen der Landesregierung finden vor allen Dingen bei den freiwilligen Leistungen statt, und das mit dem Rasenmäher. Ich kritisiere nicht, dass die Landesregierung spart. Ich kritisiere, dass sie dies ohne politische Schwerpunktsetzung tut. Sie spart, aber sie reformiert nicht, sie kürzt, aber sie investiert nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Doppelhaushalt 2004/2005 ist also ein Dokument des Scheiterns, des Scheiterns von Rot-Grün, aber auch ein Scheitern der Politik des Peer

Steinbrück. Herr Steinbrück, Sie sind der größte Schuldenmacher in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Wie originell!)

Das mag nicht originell sein, ist aber trotzdem wahr. Das, was man sagt, muss ja nicht immer originell sein. Es reicht schon, wenn man die Wahrheit sagt. Vielleicht sagen Sie das auch einmal Ihrem Finanzminister!

(Beifall bei der CDU)

Vor anderthalb Jahren konnte man in der "Süddeutschen Zeitung" etwas Interessantes lesen:

"Wohlstand auf Pump war nie und wird nicht beständig sein. Erst recht nicht, wenn das gepumpte Geld überwiegend dem Gegenwartsverbrauch dient und nicht produktiv angelegt wird. Was seit Jahren passiert, ist eine Lastenverschiebung auf den Rücken unserer Kinder und Enkel. Wir schieben ihnen Zinsen und Tilgung für eine Party zu, die wir feiern. Die Zukunftsinteressen sind schlechter organisiert als die Gegenwartsinteressen."

Das schrieb der damalige Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück.

Herr Steinbrück, ich frage Sie, wenn Sie das wirklich so gemeint haben: Warum machen Sie es denn jetzt genauso? Jetzt sind Sie doch noch Ministerpräsident. Sie könnten es doch anders machen, wenn Sie dazu die Kraft hätten.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe Ihnen die Antwort: Sie sind politisch zu schwach, um eine nachhaltige Politik in diesem Land durchzusetzen. Sie haben nicht die Kraft zu Strukturveränderungen. Ihre Partei steht nicht hinter Ihnen.

Wenn wir schon gerade dabei sind, Herr Schartau: Ich habe in der "Welt" gelesen, dass Sie gesagt haben: "Steinbrück wächst immer mehr in die Rolle des Ministerpräsidenten und wird auch als Mensch immer bekannter im Lande." Herr Steinbrück, ich rate Ihnen: Hüten Sie sich vor Ihrem Freund!

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Herr Steinbrück, Ihnen fehlt jegliches Konzept, um das Land aus der Krise herauszuführen. Das beweist dieser Doppelhaushalt. Sie laufen der Entwicklung immer hinterher. Das beweist die letzte Steuerschätzung. Sie sind ein Held des Rückzugs. Das haben der Koalitionsstreit und Ihre

Düsseldorfer Kapitulation bewiesen. Sie sind ein Beschreiber, kein Gestalter. Das geben Sie auch noch selber zu. Sie haben gesagt: "Auch wer nur die Welt beschreibt, wie sie ist, verändert sie bereits."

Herr Steinbrück, das ist mir zu anspruchslos. Wenn Sie es bei der bloßen Beschreibung der Lage bewenden lassen, dann wird nichts besser. Kennen Sie eigentlich nicht die berühmte elfte These von Marx, die sich auf Feuerbach bezieht? Die dürfte Sozialdemokraten eigentlich nicht fremd sein. Dort heißt es: "Die Philosophen haben die Welt nur interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern."

Daran ist so viel richtig: Die Politik darf den Anspruch nicht aufgeben, die Welt zu verändern. Wir müssen sie verbessern, damit sie lebenswert für uns, für unsere Kinder und Kindeskiner ist und da wird, wo sie es noch nicht ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich ernsthaft damit begnügen, das zu beschreiben, was ist, statt das wirklich zu machen, was sein soll, dann können Sie, Herr Steinbrück, das Land nicht voranbringen.

Vor ein paar Tagen wurden Sie mit dem Satz zitiert: "Diese ewigen Abendessen, diese ewigen Sitzungen in den Gremien gehen mir echt auf den Zeiger." Das kann ich noch verstehen. Aber wissen Sie, was den Menschen in diesem Land echt auf den Zeiger geht? Das ist, wenn Reden und Handeln nicht zusammenpassen. Wie hat doch Johannes Rau gesagt? "Man muss sagen, was man tut, und tun, was man sagt." Da hat er Recht, und Sie tun das nicht, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen ein paar Kostproben aus dem Schatzkästlein der Reden des heutigen Ministerpräsidenten geben. In den "Westfälischen Nachrichten" lese ich - Zitat -:

"Die schlechte demographische Entwicklung, das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Staatsverschuldung - die Gründe kennt jeder. Jetzt müssen wir uns der Realität endlich stellen."

Das ist richtig. Und ich lese, dass sich die Menschen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auf eine Phase der "sozialen Unsicherheit" einstellen müssten.

Das ist falsch. Es ist Aufgabe des Ministerpräsidenten und seiner Regierung, dafür zu sorgen,

dass die Menschen trotz aller Veränderungen, die es unzweifelhaft gibt, sicher in diesem Land leben können. Dafür sind Sie gewählt, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Ich frage Sie: Was tun Sie gegen die schlechte demographische Entwicklung? Sie kürzen in diesem Haushaltsplanentwurf die Mittel für die Familienbildungsstätten. Sie kürzen die Mittel für die Familienberatung. Sie kürzen die Mittel für die Kindergärten.

Ich frage Sie: Was tun Sie gegen das schwache Wirtschaftswachstum? Sie kürzen die Investitionen.

Was tun Sie gegen die hohe Staatsverschuldung? Sie erhöhen Sie. Glauben Sie wirklich, dass die Menschen solche Widersprüche nicht erkennen?

In der "Rheinischen Post" lese ich:

"Er"

- der Ministerpräsident -

"bescheinigte sich und seinen Parteifreunden in Gelsenkirchen auch, dass sie schwere inhaltliche Versäumnisse zu verantworten hätten, Beispiel Arbeitsmarktpolitik: 'Die letzten 25 Jahre Arbeitsmarktpolitik waren erfolglos. Die bloße Alimentation der Arbeitslosigkeit war kein Erfolgssystem'."

Was tun Sie denn? Ist das Ihre neue Arbeitsmarktpolitik, dass Sie unter Hinweis auf Hartz die Mittel für die regionale Arbeitsmarktpolitik in diesem Haushalt streichen und Arbeitsmarktpolitik nur noch bei den Arbeitsämtern zentral durchführen lassen wollen, was sowieso schon nicht klappt und was auch in Zukunft nicht klappen wird, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Sie versprechen den Menschen: Bildung hat Priorität. 6.100 zusätzliche Lehrer sollten eingestellt werden. Jetzt muss die Bildungsministerin eingestehen, dass dieses Versprechen nicht gehalten werden kann. Beim Programm "Geld statt Stellen" sollen zudem in den nächsten zwei Jahren Mittel in einer Größenordnung von rund 600 Lehrerstellen gestrichen werden. Die Folge: Die Klassen werden immer größer, vor allem in den Grund-, Haupt- und Sonderschulen,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

wie übrigens, Frau Löhrmann, auch die Verbände Anfang der Woche gesagt haben. Ich frage Sie: Ist das die Politik für die Zukunft unserer Kinder?

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung macht eine Kampagne für mehr Selbstständigkeit in den Schulen. Frau Löhrmann beschwert sich öffentlich, dass im Kultusministerium nichts vorangeht. Jetzt werden den vorhandenen freien Schulen, also den privaten Waldorfschulen, den Montessori-Schulen und den kirchlichen freien Schulen, auch noch die Mittel gekürzt - zuerst mehr, dann nach ersten Protesten weniger, aber das Signal ist doch klar: Der Bildungspolitik dieser Regierung kann man nicht trauen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es gibt weitere Beispiele für solche Widersprüche.

Der Ministerpräsident macht eine Ehrenamtstour. Seine Regierung kürzt gleichzeitig den 15.000 Sportvereinen die Übungsleiterpauschale.

Der Innenminister verspricht mehr innere Sicherheit. Und die Landesregierung schließt jede 10. Polizeiwache.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

In der "Financial Times" wird der Ministerpräsident mit dem Satz zitiert, dass CSU-Chef Edmund Stoiber zu Recht kritisiere, dass die Reform der Gewerbesteuer Unternehmen mit geringer Eigenkapitalbasis besonders belaste, wenn sogar die Kreditzinsen besteuert würden. Bei der Besteuerung ertragsunabhängiger Bilanzteile sollten Kreditzinsen daher ausgenommen werden. - Das meint Ministerpräsident Steinbrück.

Herr Steinbrück, letzte Woche haben Sie mich in einem öffentlichen Brief aufgefordert, der Gewerbesteuerreform der rot-grünen Bundesregierung zuzustimmen. Am Montag dieser Woche sind Sie gegen diese Reform. Was gilt denn nun eigentlich? Vielleicht sagen Sie Ihren beiden Ministern einmal, auf welchem Stand der Erkenntnis Sie gerade sind.

(Beifall bei der CDU)

All das zeigt, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Der Landesregierung fehlt ein Konzept für die Zukunft.

Sie sind jetzt ein Jahr im Amt. Ich will zugeben, Sie haben es sicherlich nicht leicht. Die Politik der letzten Jahre hat das Land schlecht vorbereitet auf die neuen Herausforderungen.

Es ist wahr: Es gibt sehr große neue Herausforderungen. Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, die Herausforderungen der Globalisierung, die Folgen der Bevölkerungsentwick-

lung - all das haben Sozialdemokraten, die Nordrhein-Westfalen regiert haben, in den letzten Jahren verdrängt.

(Zuruf von der SPD: Blödsinn!)

Die Mentalität Ihrer alten Politik war einseitig geprägt von den Kategorien der Beharrung, der Umverteilung und der Regulierung. Staatliche Obhut und patriarchale Fürsorge bestimmten die politische Kultur des Landes. Die Verteilung von Geld stand im Vordergrund, nicht gleichermaßen die Erwirtschaftung.

Eine Zeit lang hat die SPD unter Ihrem Vorgänger versucht, mit hektisch erdachten Leuchttürmen Akzente zu setzen. Das ist, wie wir wissen, misslungen. Das Trickfilmzentrum HDO in Oberhausen geht als Millionengrab für Steuergelder in die Landesgeschichte ein. Der Planet of Visions ist abgebrannt. Der Metrorapid ist vergessen. Die Projekt Ruhr GmbH wird wegen Erfolglosigkeit abgewickelt, ebenso die Medien GmbH. Die erfolglose Olympiabewerbung liegt bei den Akten. All das ist bekannt.

Aber, Herr Steinbrück, was haben Sie in dem einen Jahr, seitdem Sie Ministerpräsident sind, getan, um dem Land einen Neuanfang zu ermöglichen? In diesem Jahr hat es keine einzige neue Idee gegeben - nichts Neues im Westen! Das reicht nicht, um dem Land Zukunft zu geben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

In Ihrer Not erklären Sie das konzeptionslose Kürzen und Streichen jetzt zur Tugend der Sparsamkeit. Aber nur noch Sparen ohne neues Wachstum führt zu Verteilungskämpfen, die keine Gesellschaft auf Dauer aushält. Verzicht und Abbau sind keine nachhaltigen Lösungen.

Die Lösung liegt im dynamischen Durchbruch nach vorne, in der Weckung der Wachstumskräfte, im Aufbau von Vollbeschäftigung. Wohin will Nordrhein-Westfalen? Wie vermehrt es seinen Wohlstand? Wie kommt es in die globale Wissensgesellschaft? Wie verlassen wir das Mittelmaß und kommen wieder nach vorne?

In dem schon zitierten Aufsatz in der "Süddeutschen Zeitung" haben Sie gesagt:

"Haushaltssanierung funktioniert nicht, indem wir auf das verzichten, was wir übrig haben. Wir müssen von dem abgeben, was wir schmerzlich vermissen werden."

Entsagung, Abbau, Kürzung, Verzicht, den Gürtel enger schnallen - das sind die Leitworte der Steinbrückschen Austeritätspolitik.

Es ist eine von Grund auf falsche Politik. Richtig wäre, darüber nachzudenken, wie wir mehr Wohlstand erwirtschaften, damit wir nicht abgeben müssen, was wir schmerzlich vermissen.

Das Kriterium des Gelingens liegt doch nicht in den Schmerzen der von Kürzungen Betroffenen. Es liegt in der Aussicht auf Wachstum, Innovationen und Wohlstand, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Was wäre aus unserem Land geworden, wenn Ludwig Erhard in Zeiten der Not, des Mangels und leerer Schaufenster auf Verzicht und Abbau gesetzt hätte? Ludwig Erhard hat gesagt:

"Niemand kann mir ... nachsagen, dass ich je Vokabeln verwandt habe wie den Leibriemen enger schnallen, entsagen und entbehren müssen und anderes mehr. Solche Heilmittel sind mit meiner wirtschaftspolitischen Grundauffassung nicht in Einklang zu bringen. Man möge sich nur einmal klar machen, wie viel an Kraft, Energie und gutem Willen zerstört werden müsste, wenn sich die Wirtschaftspolitik von der Absicht leiten lassen wollte, das Volk wieder zu einer bereits überwundenen Bescheidenheit zurückzuführen."

Mit einer Politik des Wachstums und der Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren, ist das Land nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Beine gekommen. So kann das Land auch die heutige Krise meistern. Aber Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland, das sich zwar zwei Sozialminister leistet, aber keinen wirklichen Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der CDU - Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

Es wäre jetzt notwendig, Wachstumskräfte zu entfesseln. Es wäre jetzt notwendig, dafür zu sorgen, dass das Land das Wachstumsniveau der erfolgreichen Bundesländer erreicht. Das bedeutet, dass das Wachstum in den nächsten Jahren dauerhaft mindestens 0,5 % über dem Bundesdurchschnitt liegen muss statt wie bisher 0,5 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Eine solche Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung muss sich folgende Ziele setzen:

Erstens. Die Arbeitskosten müssen gesenkt werden. Dafür müssen wir auch alle mehr arbeiten. Dafür muss das 13. Schuljahr abgeschafft wer-

den, und zwar jetzt und nicht irgendwann später. Dafür müssen die Studien- und Ausbildungszeiten verkürzt werden. Dafür müssen Vorruhestandsregelungen abgeschafft werden. Dafür muss die Erwerbstätigkeit von Frauen u. a. durch Einführung eines flächendeckenden bedarfsgerechten Ganztagschulsystems gefördert werden.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dafür müssen die Steuern gesenkt werden, und zwar sowohl durch eine große Steuerreform und das Vorziehen von Steuersenkungen als auch durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und den Verzicht auf die Einführung der Wassersteuer.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das erfordert den Abbau von Subventionen, weil das finanziert werden muss.

(Edith Müller [GRÜNE]: Machen wir gerade!)

Ich möchte jetzt nicht die Debatte über Ihren Vorschlag zum Subventionsabbau aufnehmen, sondern Ihnen angesichts der neuesten Zeitungsartikel nur sagen: Vielleicht sollten Sie sich einmal mit den Berliner Ministerien zusammensetzen. Es ist schon peinlich, wenn die sagen, dass Ihre Zahlen nicht stimmen, und bemerkenswert, wenn so etwas von den Fachleuten verbreitet wird.

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass eine weitere Bemerkung zum Thema Subventionen machen, nämlich zu den Steinkohlesubventionen. Sie alle wissen, meine Damen und Herren: Es gibt keine Kohlefraktion mehr. Wir von der CDU machen nichts mit, was wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch falsch ist, bloß weil es um Kohle geht.

Gestern haben Sie, Herr Steinbrück, auf dem Steinkohletag, wenn ich es richtig verstanden habe, einen Blanko-Scheck unterschrieben: Der Bundeskanzler macht eine Zusage, und Sie applaudieren, ohne zu wissen, was das kostet. Heute bezahlt das Land mehr als 500 Millionen € Steinkohlesubventionen pro Jahr. Ich frage Sie - vielleicht sagen Sie es uns heute -: Was zahlt das Land in Zukunft, und zwar konkret in Euro und Cent?

In § 4 Abs. 14 des Haushaltsgesetzes Drucksache 13/4500 steht, dass das Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung ermächtigt wird - ich zitiere -

"auf der Grundlage einer mit der Bundesregierung abzuschließenden Anschlussregelung über die Finanzhilfen für die deutsche Steinkohle

ab 2006 Verpflichtungen für die Beteiligung des Landes an den Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie, an Zuschüssen zu Altlasten sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge Kapazitätsanpassungen im Rahmen von vertraglichen Vereinbarungen sowie Zuwendungsbescheiden des Bundes einzugehen".

Herr Steinbrück, damit das klar ist: Von uns bekommen Sie für so etwas keinen Blanko-Scheck. Es gehört zum Haushaltsrecht des Parlaments: Bevor ein Haushalt beschlossen wird, wollen wir in Euro und Cent wissen, wie viel Sie in Zukunft zusammen mit den anderen rot-grünen Regierungen in Berlin und anderswo - das Saarland hat ja gesagt, es beteilige sich nicht - an Subventionen für die Steinkohle zur Verfügung stellen wollen. Es passt nicht zusammen, sich als großer Subventionsabbauer feiern zu lassen und den Versuch zu machen, Profil zu gewinnen, und gleichzeitig in diesem Haushalt bei Forschung und Bildung zu sparen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine Politik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung verlangt zweitens, dass die Investitionen gesteigert werden. Das betrifft zum einen den Landeshaushalt. Personalkosten müssen gesenkt und die Investitionsquote muss erhöht werden.

Lieber Herr Dieckmann, wir haben immer gesagt, dass es um die 10.500 Stellen geht, die von Frau Höhn mit dem Satz identifiziert worden sind: Es gibt 10.500 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes zu viel. Die müssen abgebaut werden. Weil Sie u. a. hier versagen, haben wir diese Probleme in diesem Haushalt. Wir müssen bei den Landestheatern, den Ersatzschulen, den Übungsleiterpauschalen und bei allem anderen kürzen. Es wäre nicht so schlimm, wenn Sie beim Personalabbau nicht versagt hätten.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von den Grünen)

Die Investitionsquote muss zum anderen aber nicht nur beim Land, sondern auch bei den Kommunen erhöht werden, und zwar durch ein Notprogramm, mit dem die Gewerbesteuerumlage gesenkt, der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöht und staatliche Aufgaben zurückgenommen werden, die ohne Finanzmittel übertragen worden sind. Herr Innenminister, Sie können sich noch einmal 20 Minuten lang hier hinstellen und hoch komplizierte Berechnungen vortragen. Wenn man einen Strich unter Ihre Berechnungen macht, heißt Ihre Botschaft: 300 Millionen € weniger für die Kommunen. - Die

Rechnungen können Sie vergessen. Es gibt weniger, und das auf der schlimmen Basis des Vorjahres. Auch das ist ein Fehler im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zu einer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung gehört drittens eine Steigerung der Nachfrage durch den weiteren Ausbau des Einstiegslohnsektors. Die CDU will die Progressionszone, in der die Arbeitnehmer ermäßigte Sozialabgaben zahlen, von jetzt 800 € auf 1.200 € ausweiten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Bundespolitik!)

Wir haben vor einiger Zeit aufgrund eines entsprechenden Antrages der CDU-Fraktion über dieses Thema intensiv diskutiert. Später ist das Ganze gemeinsam - das will ich ausdrücklich sagen - im Vermittlungsausschuss beschlossen worden. Es war sehr erfolgreich: Allein in diesem Jahr gibt es rund 1 Million Minijobs. Das heißt konkret: Die Menschen können sich mehr leisten, und gleichzeitig wird Schwarzarbeit bekämpft. Das ist also eine sehr erfolgreiche Initiative.

Dazu gehört viertens unser Vorschlag für die Reform der Eigenheimzulage. Mit diesem Vorschlag stärken wir nicht nur die Baukonjunktur, sondern bekämpfen auch hier die Schwarzarbeit, weil nur noch das bezuschusst wird, was legal und gegen Rechnung gebaut worden ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Eigenheimzulage muss weg!)

Dazu gehört fünftens die Steigerung der Forschungsförderung. Es ist wahr: Unser Land hat die dichteste Hochschullandschaft in Deutschland, aber bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind wir unterdurchschnittlich, und die Kürzungen im Forschungshaushalt passen überhaupt nicht in diese Landschaft.

Dazu gehört sechstens, dass die Wirtschaftspolitik auf eine konsequent regionalisierte Wirtschaftsförderung neu ausgerichtet wird. Dabei geht es um einen integrierten Ansatz zur Bildung von Wachstumskernen in Zusammenarbeit von Land und Kommunen sowie um die Konzentration der Investitionen auf notwendige Infrastrukturmaßnahmen, die Erarbeitung regionalisierter Innovations- und Businesspläne, die Übernahme von Führungsverantwortung durch regional verwurzelte Akteure und um Anreize der Landespolitik für regionale Wachstumsinitiativen.

Die Kompetenzfelder des Landes sind Energie, Chemie, Maschinenbau, Logistik und Verkehr, In-

formation und Kommunikation, Medizintechnik, Bio- und Gentechnologie, neue Werkstoffe, Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik. Die CDU will eine Fokussierung der Strukturpolitik auf wenige Bereiche mit hohem Entwicklungspotenzial. Sie muss in der gezielten Nutzung des Vernetzungspotenzials von Unternehmen und Institutionen liegen, die ausgeprägt forschungs- und technologieorientiert sind und lange Wertschöpfungsketten besetzen.

Meine Damen und Herren, eine solche Wirtschaftspolitik führt zu mehr Wachstum und Innovation. Wachstum und Innovation führen zu mehr Arbeit. Neue Arbeit führt zu mehr Chancen für die Menschen, aber auch zu Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte. Eine solche Politik weckt die Kräfte, die in unserem Land stecken.

Jetzt müsste man sicherlich noch über die notwendige Bildungsreform und darüber reden, wie wir zu kleineren Klassen und Schulen kommen. Wir müssten über den Abbau von Bürokratie reden. Darüber wird die CDU in absehbarer Zeit mit der Landesregierung reden. Wir müssen über die Situation von Kindern in unserem Land und darüber reden, wie man sie verbessern kann. Darauf möchte ich heute verzichten. Wir werden auch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Gelegenheit dazu haben.

Eines,werte Kolleginnen und Kollegen, ist für uns klar: Ohne neues Wachstum, ohne neue Innovationen, ohne neue Arbeit wird dieses Land seine Krise nicht überwinden. Um dies zu erreichen, brauchen wir einen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen. Die alte Landesregierung hat dazu nicht mehr die Kraft. Das zeigt der heutige Haushaltsentwurf.

Eigentlich, Herr Dieckmann, müssten Sie diesen Entwurf zurücknehmen. Nicht einmal die Zahlen stimmen. Einen Haushalt, bei dem nicht einmal die Zahlen stimmen, kann man nicht beraten. Wozu sollte man in einer solchen Situation Änderungsanträge stellen?

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen im vergangenen Jahr ein Sparprogramm von 9 Milliarden € vorgelegt. Wir haben Ihnen gezeigt, wie Sparen, Reformieren und Investieren in einem zukunftsweisenden Konzept zusammenpassen. Sie haben damals unsere Vorschläge abgelehnt. Wir werden Ihnen auch diesmal wieder konkrete Zahlen vorlegen und konkrete Vorschläge machen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Luftnummern waren das! Wo sind die denn?)

- Herr Remmel, machen Sie den Mund nicht zu weit auf. Erstens gibt das eine Maulsperre. Und zweitens darf man das auch dann nicht machen, wenn man später einen Teil der Vorschläge - Beispiel: Rückbau der Steinkohlesubventionen - übernimmt, die man eigentlich abgelehnt hat. Man darf es auch dann nicht machen, wenn man Verwaltungsreformen nur hinbekommt, wenn man die Opposition ins Boot holt. Dann sollte man den Mund nicht so weit aufmachen. Denn nur dann bewegt sich etwas im Land, nicht dann, wenn Sie etwas ablehnen. Das ist nicht von hoher politischer Bedeutung. Das ist es, was in Wahrheit inzwischen passiert ist.

(Beifall bei der CDU - Johannes Remmel
[GRÜNE]: Es ist nichts Konkretes bei Ihnen gewesen!)

Wir werden Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, auch dieses Mal wieder konkrete Zahlen und Vorschläge vorlegen. Ich habe Ihnen heute dafür die Leitlinien genannt. Wir unterwerfen uns auch bei diesem Haushalt nicht dem Diktat des Mangels. Wir orientieren uns an Ludwig Erhards Ziel des Aufbruchs, und das heißt: Es ist Zeit für einen Wechsel, damit das Land wieder Zukunft hat.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rüttgers. - Für die SPD erteile ich Herrn Moron das Wort.

(Zuruf von der CDU: Uns bleibt auch nichts erspart!)

Edgar Moron (SPD): Jedem das Seine!

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie Sie es empfunden haben, aber ich habe die Rede des Oppositionsführers Herrn Rüttgers als ziemlich lustlos empfunden.

(Beifall bei der SPD)

Sie war nicht sonderlich anspruchsvoll. Das muss man vor dem Hintergrund bedenken, dass wir im Augenblick dabei sind, eine der schwierigsten Haushaltslagen zu meistern, vor der das Land Nordrhein-Westfalen in seiner Geschichte je stand. Wir diskutieren in allen Teilen der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland sehr streitig über das Abarbeiten eines immensen Reformstaus. Man kann heute nicht einmal eine Sendung im Fernsehen verfolgen, ohne dass über gesellschaftliche Probleme streitig diskutiert wird. Genau vor diesem Hintergrund redet hier ein Oppositionsführer wie ein toter Mann im Schwimmbe-

cken, der versucht, durch Sich-nicht-Bewegen ans rettende Ufer getrieben zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, Sie sind so etwas von konturenlos in dieser Diskussion, dass es schon schwierig wird, sich an Ihnen abzuarbeiten. Sie haben letztlich bei all den Problemen, die wir hier heute zu bereden haben, keine Hinweise darauf gegeben, wohin die CDU will.

(Beifall bei der SPD)

Die Sprüche der letzten Jahre haben Sie wiederholt. Den Herrn Ministerpräsidenten haben Sie ein bisschen anzugreifen und zu beleidigen versucht. Besonders übel sind Sie mit dem Landesvorsitzenden der SPD, Herrn Schartau, umgegangen. Ihm haben sie eine üble Einstellung gegenüber dem Ministerpräsidenten unterstellt. Diese Bemerkung ist eine Unverschämtheit gewesen.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann
[SPD]: Skandal!)

Ansonsten - jeder konnte es nachvollziehen -: Was haben Sie zum Landeshaushalt 2004 und 2005 gesagt? - Dass Sie als Opposition sagen, das alles sei Murks, ist nichts Neues. Das tun Sie jedes Jahr. Das ist logisch und Ihre Aufgabe als Opposition. Aber was können die Bürgerinnen und Bürger konkret von Ihnen erwarten?

(Zuruf von der SPD: Luftblasen!)

Da sage ich Ihnen: Nichts! Das ist hohl. Da ist nichts da. - Ich glaube nicht, Herr Dr. Rüttgers, dass Sie mit dieser Politik des Nicht-Aneckens, des personifizierten Opportunismus an das gewünschte Ziel kommen. Sie werden es nicht erreichen, weil die gegenwärtige Zeit mehr erfordert: Mut zu Entscheidungen, Mut zu Reformen und Mut zu streitigen Diskussionen - auch hier an diesem Platz. Aber worüber sollen wir uns mit Ihnen streiten? - Sie hatten nichts zu bieten.

Im Übrigen hätte es mich gefreut, Herr Dr. Rüttgers, wenn Sie den Mut und die Kraft aufgebracht hätten, sich zu der Position Ihres Parteifreundes und Kollegen aus dem Saarland, Ministerpräsident Peter Müller, zu bekennen, der sich klar und deutlich zu 16 Millionen Fördertonnen Steinkohle jährlich bekannt hat. Kein Wort kam dazu!

(Beifall bei der SPD)

Sie fragen nur, wie groß der Anteil des Landes an der Finanzierung ist. Das werden wir gemeinsam aushandeln.

Aber bei der Frage 13 oder 16 Millionen Tonnen sahen wir bei Ihnen nur Wegtauchen; Sie wollen nach Möglichkeit nirgends anecken. Meine Damen und Herren, das ist keine Politik, mit der man sich ernsthaft auseinander setzen kann.

(Lothar Hegemann [CDU]: Kommen Sie zu Ihrer Rede!)

Jeder in dieser Gesellschaft - und letztlich ist dies über die Parteigrenzen hinweg mit Ausnahme einiger Politiker hier von der CDU in Nordrhein-Westfalen Konsens - ist sich darüber im Klaren, dass Deutschland Reformen braucht. Wir kommen an Reformen nicht vorbei. Wir brauchen diese Reformen jetzt und nicht irgendwann.

Es ist erfreulich, dass es bei der CDU einiges an Bewegung gibt. Wir haben hier einmal eine Aktuelle Stunde über Kopfprämien durchgeführt. Das war endlich einmal ein Vorschlag - auch wenn er in Ihren eigenen Reihen und überhaupt sehr umstritten ist -, über den man sich streiten kann. Es gibt auch noch einen Vorschlag von Herrn Merz zur Steuerreform. Gut, es existieren jetzt ein paar Meinungen, ein paar Vorschläge in der CDU. Wir würden nur gerne wissen, wie die offizielle Meinung der CDU dazu ist. Worüber reden wir? Worüber können wir mit Ihnen verhandeln? Wer ist bei der CDU eigentlich satisfaktionsfähig? Mit wem kann man sprechen und Vereinbarungen treffen? Dazu kann ich nur sagen: Bei der CDU ist überhaupt nicht zu erkennen, wer der Ansprechpartner ist: Frau Merkel, Herr Stoiber, Herr Koch oder Herr Merz. Wir wissen es gar nicht. Im Augenblick spielt jeder sein Spiel.

Im Übrigen wäre es ein großer Gewinn, wenn die Union endlich ihre Blockadementalität im Bundesrat aufgeben würde und

(Beifall von Heinz Wirtz [SPD])

wenn sich Frau Merkel an die politischen Notwendigkeiten erinnern würde, vor denen wir alle gemeinsam stehen. Das jüngste Beispiel haben wir vergangenen Freitag im Bundesrat erlebt. Wer das Vorziehen der Steuerreform zum parteitaktischen Spielball macht, handelt völlig unverantwortlich und schadet unserem Land, und zwar überall, von Schleswig-Holstein bis nach Passau.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben erste Anzeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung, für eine Erholung. Dieses Pflänzchen, das da wächst, ist noch nicht sehr groß. Aber um es wachsen zu lassen, brauchen wir die dritte Stufe der Steuerreform, und zwar vorgezogen auf den 1. Januar 2004. Denn das erhöht die Binnennachfrage. Es ist falsch, wenn

die Union jetzt diese Entscheidung aus rein parteigegensätzlichen Gründen blockiert. Herr Dr. Rüttgers, Sie sollten sich auch dafür einsetzen, dass die Union diese Politik auf Bundesebene nicht weiter verfolgt.

Was ist das für eine Strategie, die Frau Merkel den CDU/CSU geführten Bundesländern im Bundesrat aufgezwungen hat? Eine Zeitung hat die Strategie so beschrieben: Wir lehnen erst ab, um dann zu verhandeln und anschließend zuzustimmen. - Machen Sie es doch nicht so kompliziert und so lang! Geben Sie doch ein Signal des Aufbruchs! Versuchen Sie es schneller zu machen! Versuchen Sie doch, das Klima zu erzeugen, dass wir gemeinsam nach vorne wollen und nicht aus parteipolitischen Gründen zu behindern, aufzuhalten, zu erschweren!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dazu kommen dann noch die taktischen Spiele im Vermittlungsausschuss mit den Hartz-Gesetzen auf Kosten der Arbeitslosen. Das ist keine Verantwortungsstrategie, das ist verantwortungslos. Denn nicht der Zögernde gewinnt die Zukunft. Wir brauchen ein Klima des Aufbruchs, wie ich es eben gefordert habe.

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

Dabei brauchen auch wir, lieber Herr Hardt, mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander. Wir müssen nicht so oft taktisch argumentieren, wie das bei Ihnen passiert, auch bei Herrn Rüttgers - in der Hoffnung, man könnte dem politischen Gegner irgendwie an den Wagen fahren und hätte einen taktischen Vorteil. Dieses Land will nach vorne, und es hat ein Riesenpotenzial, nach vorne zu kommen. Aber hier müssen die beiden großen Parteien und auch die anderen zusammenhalten und etwas auf die Beine stellen und sich nicht gegenseitig das Leben schwer machen. Das wünschen sich die Leute in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir beraten heute den Landeshaushalt 2004 und 2005. Es ist ein schwieriger Haushalt. Wir müssen den Mut haben - ich habe es heute früh wieder draußen bei einer Demonstration erlebt; wir hatten sogar zwei vor der Tür -, den Bürgerinnen und Bürgern unbequeme Wahrheiten zu sagen. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass man mit ihnen nicht taktisch umgeht, sondern ihnen sagt, was der Staat noch kann und was nicht. Wir können uns nicht mehr alles leisten, was wir uns in der Vergangenheit haben leisten können und woran wir uns alle gewöhnt haben.

Genauso klar sage ich aber auch: Wer Verzicht fordert, muss auch neue Sicherheiten geben, muss den Leuten klarmachen, das, was man durch den Verzicht zu erreichen versucht, ist das Fundament, auf dem eine sozial sichere, eine Wohlstandsgesellschaft in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen ruhen kann. Das müssen wir den Leuten klarmachen, wir dürfen sie nicht verunsichern. Wir dürfen ihnen nicht mit dieser opportunistischen Haltung der CDU vormachen, man könne sich an all diesen Einschnitten und Kürzungen vorbeimogeln. Das funktioniert nicht. Das kann jeder Bürger in diesem Staat sehen. Gehen Sie hinaus und schauen Sie, was in Hessen, in Niedersachsen, in Bayern, in Baden-Württemberg passiert! Auch in CDU/CSU-geführten Bundesländern passiert das Gleiche wie hier in Nordrhein-Westfalen - mit einigen Nuancen, aber vom Grundsatz her das Gleiche. Warum sind wir da nicht ehrlich, Herr Rüttgers, und sagen den Leuten: "An einer solchen Politik des Einsparens, der Kürzung von Ausgaben kommt keine Regierung, keine Mehrheit, kein Land vorbei"?

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie in der Verantwortung wären, würden Sie nicht anders handeln. Aber das sagen Sie den Leuten draußen nicht. Nein, Sie erzählen ihnen etwas ganz anderes nach dem Motto: Das können wir alles vermeiden; wählt nur uns; wir werden über euch das Füllhorn des Reichtums ausgießen. - Alles Lüge, die Unwahrheit, es funktioniert nicht! Sie würden es nicht tun. Herr Koch hat in Hessen nicht einhalten können, was er vor den Wahlen versprochen hat, und Herr Stoiber auch nicht. Genauso würde es in Nordrhein-Westfalen sein. Die Bürger müssen wissen, dass diese Art von Opportunismus nicht zum gewünschten Ergebnis führt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Hans Peter Lindlar [CDU]: Sie wollen das Land schlechtreden!)

Wir müssen bei all dem, was wir jetzt tun - das ist schwierig und schmerzhaft -, den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit ganz nach vorne stellen. Wir müssen sicher sein, dass die Lasten gerecht verteilt werden. Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich nach wie vor große Sympathie für die Einführung einer Vermögensteuer habe -

(Beifall bei der SPD)

einer Vermögensteuer, deren Ertrag nicht zur Haushaltskonsolidierung, sondern für schulische Bildung und Forschung eingesetzt wird. Das war

auch der ursprüngliche Gedanke des Ministerpräsidenten Peer Steinbrück.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Gedanke war damals richtig und ist auch heute weiterhin richtig. Ich füge hinzu: Auch die Diskussion um eine Reform des Erbschaftsteuerrechts darf kein Tabu sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben da einen Vorlagebeschluss des Bundesverfassungsgerichts. Es wird Zeit, dass die politisch Verantwortlichen handeln und das vollziehen.

Für beide Bereiche aber gilt: Es geht nicht um das Ersparte der kleinen Leute, auch nicht um das Haus der Großeltern, es geht um eine sozial gerechte Lastenverteilung zwischen Starken und Schwachen. Die werden wir nur erreichen, wenn auch die großen Vermögen entsprechend ihrer Kraft zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Daran führt kein Weg vorbei, das gehört zu einer sozial gerechten Gesellschaft.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will noch einen dritten Punkt erwähnen. Mit der dritten Stufe der Steuerreform wird die Bundesregierung den Spitzensteuersatz auf 42 Punkte absenken - wenn der Bundesrat zustimmt, ab 1. Januar 2004, sonst erst ab 1. Januar 2005. Das tragen wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen auch mit. Das haben wir auch im Bundesrat mitgetragen. Aber das reicht dann auch. Es hat doch nichts mit Gerechtigkeit zu tun, den Spitzensteuersatz noch weiter abzusenken, beispielsweise auf 36 %, wie es Herr Merz vorschlägt. Dieser Vorschlag geht selbst der bayerischen CSU zu weit, die heute das soziale Gewissen der CDU ist, nachdem dieser Aspekt von Gesellschaftspolitik beispielsweise in dieser CDU Nordrhein-Westfalen völlig verloren geht.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir gezwungen sind, staatliche Aufgaben auf das Notwendige zu reduzieren, in einer Zeit, in der wir Rentnerinnen und Rentnern Verzicht auf Rentensteigerungen abverlangen, damit junge Familien mit Kindern in Zukunft besser gestellt werden, und in einer Zeit, in der wir den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen solidarischen Beitrag abverlangen, damit wir wieder finanziellen Handlungs- und Gestaltungsspielraum zurückgewinnen. In diese Zeit passt eine Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 36 Prozentpunkte überhaupt nicht hinein; ich halte sie für falsch.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, das hat überhaupt nichts mit einer Neiddebatte zu tun. Es hat aber sehr viel damit zu tun, dass wir nicht die Normalverdiener zum Verzicht und zu mehr Eigenverantwortung aufrufen und gleichzeitig den Spitzenverdienern Steuergeschenke machen können. Das ist es doch, was Sie wollen. Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie es auch. Wir dagegen sagen den Leuten: Wir wollen das nicht. - Wenn Sie ein solcher Vertreter sind, Herr Palmen, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß damit.

(Manfred Palmen [CDU]: Was ist denn mit Ihren Steuergeschenken?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat bereits darauf hingewiesen, dass der Oppositionsführer, Herr Dr. Rüttgers, vor einer Woche einen so genannten Masterplan vorgestellt hat. "Masterplan" ist ein großes Wort. Schauen Sie sich diesen Plan einmal an, und fragen Sie sich dann, welche Konsequenzen für die praktische Politik Nordrhein-Westfalens Sie daraus ziehen können. Ich sage Ihnen: Es gibt keine konkreten und klaren Aussagen zu den anstehenden wichtigen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene. Letztlich gibt es auch keine Positionsbestimmung zum Vorziehen der Steuerreform.

Was es aber gibt - auch das ist heute früh vom Finanzminister angesprochen worden -, ist Folgendes: Sie verlangen erneut die Abschaffung der Gewerbesteuer. Dazu kann ich nur sagen: In welcher Welt leben Sie denn eigentlich, meine Damen und Herren? Unsere Gemeinden sind auf eine solche Steuer dringend angewiesen. Das hat erst gestern Herr Dr. Reininger, der CDU-Oberbürgermeister von Essen, bei einer Veranstaltung deutlich gemacht.

Die CDU Nordrhein-Westfalen sagt also: Diese Steuer schaffen wir ab. - Die Oberbürgermeister mit CDU-Parteibuch sind, wie gerade dargestellt, völlig anderer Meinung, die kommunalen Spitzenverbände übrigens ebenfalls. Auch wir verlangen etwas anderes. Wir wollen im Übrigen ein verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden in unserem Land bleiben.

Herr Dr. Rüttgers, in Ihrem Masterplan fordern Sie für Nordrhein-Westfalen das beste Bildungssystem Deutschlands.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sind Sie etwa dagegen?)

- Ganz im Gegenteil. Das ist in Ordnung. Das betreiben wir ja. Genau dabei sind wir gerade. Dazu werde ich Ihnen gleich noch etwas sagen. In der politischen Praxis sieht es aber anders aus.

So polemisieren Sie und vor allen Dingen Ihre Bildungsexperten aus der CDU-Landtagsfraktion gegen die Einführung der offenen Ganztagschule. Nichts anderes hören wir immer wieder von Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist doch ein eigenartiger Widerspruch zur CDU-Politik in den Kommunen; denn immer mehr CDU-geführte Kommunen führen die offene Ganztagsgrundschule ein, und viele erklären, dass sie sie demnächst einführen wollen. Das ist ein krasser Gegensatz: Hier sind Sie dagegen, kommunal, vor Ort, dafür. Das hat etwas damit zu tun, dass sich Ihre Landesbildungspolitiker weit weg von der Realität befinden, während die Bildungspolitiker vor Ort und die Kommunalpolitiker ganz offenbar sehr nah an den Problemen sind.

(Beifall bei der SPD - Christian Weisbrich [CDU]: Oh je!)

Meine Damen und Herren, wir wollen mit unserem Haushalt 2004 und 2005 finanzielle Handlungsspielräume eröffnen. Das ist in der Tat schwierig. Wir müssen einsparen und Ausgaben kürzen. Das tun wir aber nicht aus Jux und Dollerei. Es macht uns keinen Spaß; ganz im Gegenteil! Man gibt immer lieber etwas aus, als dass man vor der Situation steht, durchaus berechtigten Forderungen nicht nachgeben zu können. Mit dieser Sparpolitik und diesem Einsparen wollen wir aber gleichzeitig die zukünftigen Handlungsspielräume für das Land Nordrhein-Westfalen erweitern.

Allerdings wollen wir trotz dieser Sparpolitik - das sagen wir jetzt sehr deutlich, weil, auch von der CDU, immer wieder versucht wird, das Ganze zu diffamieren und zu verdrehen - im Land Nordrhein-Westfalen vor allem im Bereich Bildung das investieren, was noch möglich ist. Wir gehen bis an die Grenzen der Belastbarkeit. Das gilt auch bezüglich der Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer. Wir lassen uns auch daran messen, dass unsere Schulen besser werden. Für uns gibt es außer der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein anderes landespolitisches Thema, das genauso hohe Priorität hat wie die Bildung.

Das heißt in erster Linie: Schulen. Es geht uns um den Umbau unseres Schulwesens, und zwar über das Jahr 2005 hinaus. Wir scheuen uns dabei im Übrigen nicht, meine Damen und Herren, uns zu den Defiziten zu bekennen, die mit den Studien nun wirklich hinreichend bewiesen worden sind. Nein; wir bekennen uns zu diesen Defiziten, die unser Schulsystem aufweist. Wir haben hier darüber diskutiert, und wir werden alles tun, um diese

Defizite so schnell und so umfassend wie möglich abzustellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Bildung ist die wichtigste Ressource, über die wir in Nordrhein-Westfalen verfügen. Alle Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Von Bildung hängen die Zukunft des Einzelnen und auch die Zukunft der Gesamtgesellschaft ab. Das gilt für Wissenschaft und Forschung ebenso wie für die wirtschaftliche Entwicklung bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Andere Länder wie beispielsweise Finnland und Schweden, aber auch Teile der USA und jüngst England haben das viel früher erkannt als wir.

(Zuruf von Ilka Keller [CDU])

Um international wieder wettbewerbsfähig zu werden, haben diese Länder ihr Bildungswesen umgebaut und modernisiert. Ihr Erfolg ist an den einschlägigen Studien nachzuweisen und abzulesen.

Unser Ziel lautet deshalb: Wir wollen wieder an die Spitze. Wir wollen wieder dahin, wohin wir gehören. Wir wollen beim Bildungssystem im Leistungsniveau ganz oben sein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist unsere wichtigste Konsequenz: Wir bauen die neue Schule NRW, und zwar auf einem soliden Fundament. Das heißt ganz konkret, dass wir bei den Kleinen anfangen. Meine Damen und Herren, die Lernfähigkeit, die Wissbegierde und die Neugierde sind bei den Kindern bis zur 2. Klasse am größten. Das sagen alle Pädagogen, die diese Frage wissenschaftlich untersucht haben.

Wir werden diese Chancen stärker nutzen. Das ist im Übrigen auch der Grund dafür, dass wir den Bildungsauftrag des Kindergartens gestärkt haben, und zwar mit dem Ziel, die Kinder konsequenter als bisher auf die Schule vorzubereiten.

Die Basis für schulischen Erfolg ist die Kenntnis der deutschen Sprache. Wer diese Kenntnis nicht hat, wird nicht nur im Fach Deutsch, sondern auch in anderen Fächern nicht erfolgreich sein können. Deshalb sind Sprachkurse im letzten Kindergartenjahr wichtig, und wir führen sie ein. Die Haushaltsmittel hierfür werden deutlich erhöht, nämlich von 5 Millionen € auf 7,5 Millionen €. Damit kann ein flächendeckendes Angebot vorgehalten werden. Dieses Angebot richtet sich an Migrantenkinder,

aber auch an deutsche Kinder, die eine entsprechende Förderung brauchen.

Für die bessere Grundschule haben wir im Übrigen schon viel getan und Englisch ab der 3. Klasse, die flexible Eingangsstufe ab dem nächsten Schuljahr und die von mir schon erwähnte offene Ganztagsgrundschule eingeführt.

(Manfred Palmen [CDU]: Und 5.000 neue Lehrer!)

Bezeichnend, ja geradezu ein Symbol für die Konzeptionslosigkeit der CDU ist, dass sie im Landtag das Konzept der offenen Ganztagschule immer noch bekämpft, während vor Ort - ich sagte es bereits - der Zug längst abgefahren ist und die Schule dort ihren erfolgreichen Weg nimmt.

(Beifall bei der SPD)

Die Entscheidung, Bildung, Erziehung und Betreuung unter dem Dach der Schule zu organisieren und dabei mit Fachleuten für Unterricht, Erziehung und Betreuung zusammenzuarbeiten, ist ein Meilenstein in der Schul- und Jugendpolitik.

Man soll es zwar nicht dramatisieren, aber ich bin schon ein wenig entsetzt darüber, wie wenig Respekt CDU und FDP vor der Kompetenz von Erzieherinnen, Übungsleitern im Sport und anderen Professionen haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Fachleute bereichern die Schule. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für ein gutes Klima an den Schulen. Hören Sie deshalb endlich damit auf, diese Fachleute herabzusetzen. Wir brauchen deren Kompetenz und ihre Arbeit. Das ist gut so für unsere Kinder.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die offene Ganztagsgrundschule ist ein Erfolgsmodell. Sie wird die Schullandschaft positiv verändern und die Qualität an den Grundschulen deutlich verbessern. Offene Ganztagschule heißt nämlich: mehr Zeit für Kinder. Mehr Zeit für Kinder bedeutet: mehr Zeit zum Lernen, mehr Zeit für den Ausgleich von Schwächen, mehr Zeit für die Förderung begabter Kinder. Das bedeutet aber auch: mehr Zeit für das Miteinander und damit mehr Zeit für Erziehung. Die offene Ganztagsgrundschule gibt den Familien, den Müttern und Vätern, die Sicherheit, ihre Kinder gut aufgehoben zu wissen. Deshalb leistet die offene Ganztagsgrundschule einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist für uns gesellschaftspolitisch ein herausragendes

Ziel, das wir mit der offenen Ganztagschule zu erreichen versuchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will den Blick weiter nach vorn richten: Wer das System der offenen Ganztagsgrundschule konsequent weiter denkt, weiß, dass wir spätestens in drei Jahren das Konzept für den Umbau der Schulen in der Sekundarstufe I in Richtung Ganztagschule brauchen. Schon heute sage ich: Ebenso wie wir bei der offenen Ganztagsgrundschule die Erzieherinnen und Erzieher aus den Horten brauchen, werden wir dabei auf die Beschäftigten der Jugendarbeit angewiesen sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb müssen wir schon heute im Sinne einer vorausschauenden Bildungspolitik dafür Sorge tragen, dass uns die Beschäftigten in den Jugendeinrichtungen nicht verloren gehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch aus diesem Grund werden wir uns sehr gründlich mit den Kürzungsvorschlägen des Haushaltsentwurfs im Bereich des Landesjugendplans auseinander setzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf zeigt, dass wir es mit Bildung als Priorität ernst nehmen und ernst meinen. Die SPD-Fraktion und die Landesregierung haben zugesagt, bis 2005 6.100 Lehrerstellen zu schaffen. Das haben wir auch als Koalitionsfraktionen so zugesagt. Bis heute haben wir mehr als 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Das ist schon eine Menge.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wir muten nun den Lehrerinnen und Lehrern eine Unterrichtsstunde mehr pro Woche zu. Das entspricht einem Gegenwert von netto 4.000 Stellen. Das fällt uns nicht leicht. Ich weiß, wie schwierig die Arbeit an so mancher Schule ist.

Allerdings gibt es angesichts der Haushaltslage dazu keine Alternative. Meine Damen und Herren, wichtig ist uns aber, dass die Mehrarbeit der Lehrerinnen und Lehrer in vollem Umfang den Schülerinnen und Schülern an der Schule zugute kommt und nicht zur Finanzierung des Haushalts herangezogen wird.

(Beifall bei der SPD und von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Opposition kritisiert ja alles, so auch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dr. Rüttgers [CDU])

- Sie sind für eine Unterrichtsstunde mehr bei den Lehrerinnen und Lehrern? Das ist neu. Ich fände es hoch interessant, wenn sich dazu einmal einer Ihrer Sprecher äußern würde. Zwar haben Sie gesagt, dass Sie die 41-Stunden-Woche mittragen. Aber von der Pflichtstundenzahl habe ich noch nichts gehört. Wenn Sie jetzt dieser Meinung sind, dann freut mich das sehr. Wenn wir an der Stelle eine gemeinsame Buchung haben, ist das umso besser.

Zur gleichen Zeit hat aber der bayerische Ministerpräsident Stoiber in seiner Regierungserklärung etwas angekündigt, was er vor der Wahl nicht gesagt hat - so ist das nun einmal -: Lehrerinnen und Lehrer müssen zukünftig an zwei Tagen in der Woche nachmittags an der Schule sein. Ich möchte gerne wissen, wie das die Kolleginnen und Kollegen der CDU in Nordrhein-Westfalen sehen. Die Antwort wäre interessant.

Wir haben dass im Übrigen nicht vor, obwohl der Gedanke so falsch nicht ist. Darüber müsste man einmal in Ruhe nachdenken.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vielleicht wird die CDU in dieser Frage einmal initiativ und bringt einen Antrag zu diesem Thema ein. Das wäre doch einmal etwas Neues. Ich bin gespannt.

Meine Damen und Herren, trotz der angespannten Haushaltssituation werden wir in den nächsten beiden Jahren nochmals 1.000 neue Lehrerstellen finanzieren. Das bedeutet für unser Land eine gewaltige Anstrengung und ist angesichts der Gesamthaushaltssituation eigentlich kaum verantwortbar.

Mit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im Wert von 4.000 Stellen und den 1.000 neuen Stellen wird es möglich sein, den beschlossenen Stufenplan zur verlässlichen Schule umzusetzen. Von den geplanten 6.100 Stellen haben wir - ich sagte es bereits - bis heute mehr als 3.000 Stellen realisiert. Darüber hinaus haben wir einen Freiraum geschaffen, um weiteren unausweichlichen Bedarf an Sonderschulen und Berufskollegs zu erfüllen. Das ist gut so und hilft der Schule.

Auch die Ersatzschulen unseres Landes müssen einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Mit Herrn Recker waren wir gerade draußen bei den Demonstranten. Dort sind uns 100.000 Unterschriften übergeben worden. Ich verstehe das. Keiner

leistet gerne einen höheren Beitrag. Aber ist es denn nicht wirklich zuzumuten, dass wir - das Land trägt im Moment 94 % der Kosten - fordern, dass die Ersatzschulen ab 2005 1,5 % mehr tragen. Das wären statt bisher 6 % dann 7,5 %. Ist das unzumutbar? Andere müssen auch ihre Lasten tragen. Bei dem, was auch die großen Träger solcher Schulen - in erster Linie handelt es sich dabei um die evangelische und die katholische Kirche - nebenbei mit ihren Mitteln, die sie haben, finanzieren, stelle ich die Frage: Ist es nicht möglich, dass sie hierzu auch einen etwas höheren Beitrag leisten?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eins muss man auch sagen dürfen: Wir in Nordrhein-Westfalen leisten im Vergleich zu allen anderen Bundesländern den höchsten Beitrag zur Finanzierung der Ersatzschulen. Kein anderes Land übertrifft uns. Wir sind absolut Spitze.

(Beifall bei der SPD)

Wer an der Stelle Schwierigkeiten hat, der sollte wenigstens einmal den Blick über die Landesgrenzen werfen und nachschauen, wie es in Niedersachsen, Bayern oder Baden-Württemberg aussieht. Sie werden staunen. Für die Träger sieht es anders aus als bei uns, nämlich schlechter.

Also, meine Damen und Herren, lassen wir - das passt an dieser Stelle ganz gut - die Kirche im Dorf und uns vernünftig miteinander reden. Die Landesregierung hat den ursprünglichen Vorschlag schon ein bisschen korrigiert. Das haben wir sehr begrüßt, weil wir vor allen Dingen bei der Finanzierung der Sonderschulen ein riesiges Problem gesehen haben. Für 2004 lassen wir es so, wie es ist. Im Jahre 2005 gibt es eine Erhöhung um 1,5 %. Wir werden darüber mit allen Trägern noch einmal ausführliche Gespräche führen. Unser Vorhaben ist, so glaube ich, verantwortbar; das kann man machen.

Mit dem "Düsseldorfer Signal" hat die Koalition weitere Eckpunkte für die neue Schule in NRW festgelegt. Dazu gehört das Zukunftsmodell von Schule als selbstständiger Schule. Ich habe dieses Projekt von Anfang an für sehr gut gehalten und wollte eigentlich, dass wir es schnell realisieren. Die selbstständige Schule in Nordrhein-Westfalen wird zu einem Erfolgsmodell.

(Beifall bei der SPD)

Der Versuch ist auf sechs Jahre festgelegt. Ich gehe davon aus, wir werden es schneller schaffen als in den geplanten sechs Jahren, und wir wer-

den mehr Schulen früher in die Selbstständigkeit entlassen können.

Gleichzeitig klären wir, wie die Schulaufsicht der Zukunft aussehen soll. Selbstständige Schulen verbunden mit flexibler Steuerung vor Ort, das ist unser Ziel. Das bedeutet, den Schulen mehr Verantwortung für ihr Tun und mehr Freiheit für die Gestaltung der eigenen Schule zu geben. Das bedeutet, die Landesvorgaben auf Rahmenvorgaben zu beschränken. Das bedeutet Schulbudgets und ein eigenes Schulkonto für das Personal, was gleichzeitig Transparenz der Stellenbewirtschaftung ermöglicht. Die selbstständige Schule setzt aber die Definition von Bildungsstandards voraus. Die Vergleichbarkeit von schulischen Leistungen und Abschlüssen muss gewährleistet sein. Hier darf es kein Auseinanderentwickeln geben.

Aber die Selbstständigkeit von Schulen, Frau Ministerin, macht auch eine andere Schulaufsicht erforderlich. Es bleibt bei der staatlichen Schulaufsicht, aber sie muss näher an den Ort des Geschehens herangeführt werden. Eine Aufsichtsebene wollen wir einsparen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Schulaufsicht wird sich stärker auf die Beratung von Schulen konzentrieren müssen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Machen wir seit 40 Jahren!)

Zur neuen Schule in NRW gehört auch - Herr Rüttgers hat es angesprochen -: Wir schaffen das Abitur nach zwölf Schuljahren.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

Ja, das machen wir. Das haben wir so beschlossen, das machen wir.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Zehn Jahre!)

Nun höre ich überall die Bedenkenträger, und die sind gar nicht hier in diesem Land, sie sind vor allem bei der Kultusministerkonferenz. Die sagen nämlich, das sei alles erst einmal mit dem Lehrplan zu vereinbaren. Ich sage sehr deutlich: Es kann nicht sein, dass wir das erste Abitur nach zwölf Jahren erst dann ablegen lassen können, wenn eine Schülergeneration das gesamte Modell durchlaufen hat, denn das bedeutet erst 2012/2013.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Das kann nicht sein. Das wollen wir nicht. Wir brauchen deshalb Übergangsregelungen, und wir streben an, im nächsten Jahr z. B. mit der Klasse 10 zu beginnen. Dann kann 2007 der erste

Jahrgang das Abitur nach zwölf Jahren machen. Das ist doch völlig in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Also: Wenn Sie der gleichen Meinung sind, haben wir eine gemeinsame Buchung. Bekennen wir uns dazu, dass wir ein gemeinsames Ziel verfolgen.

Bedauerlich finde ich - hier sollte man einmal Kritisches in die eigenen Reihen sagen -, dass es bisher nicht gelungen ist, Schulen in sozialen Brennpunkten, die es besonders schwer haben, besser zu behandeln als andere. Das ist längst vom Landtag beschlossen. Schulen in sozialen Brennpunkten sind nicht per se schlechter als andere, sie haben es nur schwerer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deswegen brauchen sie eine bessere Ausstattung als andere Schulen. Ich will an diesen Punkt in dieser Debatte erinnern und bei der Landesregierung die Umsetzung des entsprechenden Landtagsbeschlusses einfordern.

Die PISA-Studie hat bewiesen, dass wir in Deutschland kein Bildungssystem haben, das Chancengleichheit garantiert. Ich habe hier in einer Rede sehr deutlich gemacht, dass uns diese Feststellung bei der PISA-Studie mit am meisten getroffen hat. Wir haben uns jetzt angestrengt und wollen die notwendigen Schritte gehen, um das abzubauen.

Aber, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen sehr deutlich: Wir werden die Frage von Chancengleichheit in unserem Schulsystem nicht von der Diskussion über die Strukturen unseres Bildungssystems lösen können. Auch in diesem Zusammenhang spricht PISA eine klare Sprache. Jede institutionelle Barriere, die aufgebaut wird, behindert das Lernen und verstärkt damit Chancengleichheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fast alle erfolgreichen PISA-Staaten haben auf Integration von Bildungswegen gesetzt und dies mit individueller Förderung verbunden. Zur individuellen Förderung sagen alle Ja, auch die Oppositionsfractionen, aber die Integration von Bildungswesen wird in der Diskussion krampfhaft ausgespart.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das wird uns nicht weiterbringen. Wir werden allein schon wegen der größer werdenden Internationalität, wegen des Zusammenwachsens in Europa und wegen der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Jahren auch die Strukturdebatte führen müs-

sen. Ich glaube, das Grundübel unseres Schulsystems liegt darin, dass wir dieses alles tabuisieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies kann nur mit einem großen politischen und gesellschaftlichen Konsens geregelt werden, das weiß ich. Niemand muss hier zu etwas gezwungen werden, wir müssen Überzeugungsarbeit leisten.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Mehr Gesamtschule!)

Ich fordere deshalb dazu auf, dass wir uns diesem Thema mit aller Offenheit zuwenden.

In diesem Haushalt setzen wir auch deutliche Schwerpunkte bei den Hochschulen. Herr Dr. Rüttgers hat ja Recht, wir haben die dichteste und interessanteste Hochschullandschaft in Deutschland. Wissenschaft und Forschung gehören zu einer nachhaltigen, auf Zukunftsfähigkeit setzenden Politik. Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit hier viel geleistet. Mit unseren 53 Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen verfügen wir über eine interessante und dichte Hochschullandschaft. Nordrhein-Westfalen zählt europaweit zu den attraktivsten Forschungsstandorten. Das ist so. Darauf können wir stolz sein. An unseren Hochschulen studieren 490.000 junge Menschen. Ein Drittel aller 18- bis 22-jährigen Menschen in Nordrhein-Westfalen nimmt ein Hochschulstudium auf. Das ist im Vergleich mit allen anderen Bundesländern eine Spitzenposition.

Wir haben die Autonomie der Hochschulen gestärkt und wir haben die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen, um das Studienangebot weiterzuentwickeln. Wir bieten auch international konkurrenzfähige Abschlüsse an. Unsere Hochschulen sind Spitzenreiter in der Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse. Dazu habe ich vom Oppositionsführer nichts gehört. Positives über das Land zu sagen, fällt ihm offenbar schwer.

Der Qualitätspakt bleibt auch unter nochmals erschwerten haushaltspolitischen Bedingungen bestehen. Jenseits des Qualitätspaktes zwingt uns die Haushaltssituation allerdings zu deutlichen Kürzungen - auch das gehört zur Wahrheit -, aber die werden weniger dramatisch ausfallen als in anderen Teilen des Landeshaushaltes.

Ich hebe es noch einmal hervor: Unter den gegebenen Umständen werden wir den Kraftakt vollbringen, den Qualitätspakt zu halten und die Hochschulen weitgehend von Kürzungen zu verschonen.

Schmerzlich sind aber die Kürzungen bei den Mitteln für die selbstständigen Forschungsinstitute. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung Vorschläge zur Sicherung der Existenz möglichst vieler Institute dieser Art. Uns liegt sehr viel daran, dass diese Institute auch in Zukunft Projekte auf den unterschiedlichsten Feldern der angewandten Forschung realisieren können.

(Beifall bei der SPD)

Sobald sich die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen wieder verbessern, werden wir hier neue Ansätze, neue Konzepte bei den Forschungsausgaben ansetzen, wenn wir mehr Geld dafür zur Verfügung stellen können.

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Mehr Geld bedeutet nicht automatisch mehr Qualität. Deshalb betreiben wir auch keine Forschungsförderung mit der Gießkanne, sondern legen Wert auf Profilbildung und Vernetzung. Umso wichtiger ist es, jetzt verstärkt darauf zu schauen, ob unsere forschungspolitischen Schwerpunkte weiterhin strategisch richtig sind. Das können die Hochschul- und Forschungseinrichtungen - sagen wir - allein nicht leisten. Dazu müssen und werden wir uns landespolitisch klar positionieren müssen.

Gleiches gilt im Übrigen auch für die Lehre. Wir sehen noch wesentliche Fragen im Zusammenhang mit der Überprüfung der Situation in den einzelnen Fächern. Eine einzelne Hochschule ist mit der Beantwortung dieser Frage überfordert. Antworten muss die Landespolitik aus ihrer Sicht, die gesamte Hochschullandschaft einbeziehend, geben und dann zur Diskussion stellen. Hierzu erwarten wir entsprechende Vorschläge der Landesregierung.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt für die SPD-Landtagfraktion neben Bildung das herausragende landespolitische Ziel. Trotz enger werdender Handlungsspielräume stellen wir sicher, dass die Mittel des Europäischen Sozialfonds vollständig abgerufen werden können. Dies setzt aber voraus, dass sich Dritte, zum Beispiel Betriebe, auch stärker an der Kofinanzierung beteiligen.

Vor dem Hintergrund der Hartz-Gesetze müssen wir unsere Landesarbeitsmarktpolitik neu justieren. Das heißt: Dort, wo Job-Center ihre Arbeit aufnehmen werden, ziehen wir uns zurück. Dort, wo Lücken bleiben, werden wir unser Engagement verstärken. Die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird dabei ein Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik des Landes bleiben. Das ist

unser Beitrag zu einer stärker präventiv ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik.

Gleiches gilt im Übrigen auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik für Zielgruppen. Hier setzen wir den Schwerpunkt bei der Förderung für Schwerbehinderte. Dafür nutzen wir vor allem die Mittel der Ausgleichsabgabe, die derzeitigen Planungen zufolge überwiegend auf die Länder übertragen werden soll.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit war und bleibt ein vorrangiges Ziel dieser Koalition. Aktuell brennt uns das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze von Jugendlichen auf den Nägeln. Eine erhebliche Anzahl von Jugendlichen - nach wie vor zu viel, sagen wir - hat immer noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Im Bundesdurchschnitt stellt sich dieses Problem viel schärfer dar als bei uns Nordrhein-Westfalen. Vor allen Dingen in den ostdeutschen Ländern ist es sehr dramatisch. Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben keinen Zweifel daran, dass die Politik von der Wirtschaft verlangen muss, dass sie ihren Beitrag für die berufliche Ausbildung zu leisten hat. Das ist doch der Gedanke des dualen Ausbildungssystems und auch der Gedanke des Ausbildungskonsenses.

(Beifall bei der SPD)

Dieses von den Unternehmen zu verlangen ist doch nicht unbillig. Sie haben es doch selber angeboten. Sie sagen selbst, dass sie es erreichen wollen. Deshalb wollen wir nicht, dass die Ausbildungslast nur auf eine Gruppe, nämlich auf die Unternehmen, die nun ausbilden, konzentriert wird und der Staat den Rest machen soll. Diejenigen Unternehmen, die gar nichts dabei tun, obwohl sie vieles tun könnten, sind außen vor. Sie sind nicht mit einbezogen. Die machen sich einen weißen Fuß. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen: Diese Haltung geht ja nicht spurlos an der Politik vorüber, auch nicht an diesem Landeshaushalt. Wir müssen die Mittel für 1.500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer bereitstellen, die wir im Bereich der vollzeitschulischen Berufsausbildung brauchen. Das müssen wir bezahlen, also die Steuerzahler, damit wir diesen jungen Leuten überhaupt einen Ausbildungsplatz anbieten können und sie ausgebildet werden.

Deshalb müssen wir darüber reden, auch mit den Unternehmen. Und wenn das alles nicht funktioniert? Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass wir an einer Ausbildungsplatzabgabe vorbeikommen, weil wir sie eigentlich nicht brauchen; aber

wenn es keinen Weg gibt, der an dieser Ausbildungsplatzabgabe vorbeiführt, dann wird diese kommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden morgen in einer Aktuellen Stunde Gelegenheit haben, uns darüber noch etwas ausführlicher auszutauschen. Aber wir sollten dabei auch ein bisschen ehrlich miteinander umgehen: Irgendjemand muss das immer bezahlen - entweder die Unternehmen, die ausbilden, oder der Staat und damit der Steuerzahler. Irgendeiner zahlt dafür. Einer muss es machen. Sich davor zu drücken, das ist keine Politik.

Meine Damen und Herren, die prekäre Haushaltslage erzwingt auch eine Konzentration der Mittel im Bereich der Sozialpolitik. Es ist mir wichtig, hier zu erklären: Wir werden die bewährten Strukturen, auf die viele Menschen, die es in dieser Gesellschaft schwer haben, angewiesen sind, auch erhalten. Das wird aber in einigen Bereichen nicht auf dem gleichen Niveau wie in den vergangenen Jahren geschehen können.

Die finanzielle Ausstattung der Stiftung Wohlfahrtspflege allerdings wird auf dem bisherigen, hohen Niveau von 25 Millionen € stabilisiert. Auf dieser Basis werden wir die Stiftung dazu nutzen, weitere sozialpolitische Akzente zu setzen. Wir wollen den Stiftungszweck der Stiftung Wohlfahrtspflege erweitern. Zukünftig soll zu ihren Aufgaben auch die Bekämpfung der Folgen sozialer Benachteiligung von Kindern gehören. Wir halten das für richtig und für gut.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit der Kürzung von Fördermitteln in den beiden nächsten Jahren verbinden wir aber gleichzeitig die Forderung nach flexibleren Förderrichtlinien.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden die Förderrichtlinien von nicht qualitätsrelevanten Standardvorgaben befreien. Über den sozialpolitischen Bereich hinaus erwartet die SPD-Landtagfraktion eine Anpassung aller Förderrichtlinien an die veränderte Haushaltslage. Die Zuwendungsempfänger müssen die Chance erhalten, die ihnen noch zur Verfügung stehenden Fördermittel so flexibel wie irgend möglich einzusetzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir laden darum alle diejenigen, die jetzt von Mittelkürzungen betroffen sind, ein, gemeinsam mit uns Vorschriften und Standards zu benennen -

sie mögen sie bitte uns gegenüber auch benennen -, die angesichts dieser wirklich massiven Kürzungen im Haushalt aufgehoben oder zumindest ausgesetzt werden können und auch müssen. Wir gehen davon aus, dass von der Landesregierung noch im Laufe der Haushaltsberatungen entsprechende Initiativen ergriffen werden.

Darüber hinaus prüfen wir, Herr Finanzminister, ob im Haushaltsgesetz ein regelmäßiger Bericht der Landesregierung über die flankierenden Maßnahmen vorgesehen werden sollte, mit denen Zuwendungsempfängern eine sozialverträgliche Umsetzung der Sparvorgaben ermöglicht wird.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung legt mit diesem Doppelhaushalt einen Entwurf vor - es fällt mir schwer das zu sagen, aber ich sage es trotzdem -, mit dem wir unser Land fit für die Zukunft machen wollen. Das fällt im Augenblick manch einem Zuwendungsempfänger, der jetzt weniger Geld bekommt, schwer, das zu verstehen.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Uns auch!)

- Ihnen auch, das glaube ich, weil Sie bestimmte Gedanken gar nicht nachvollziehen können, da Sie viel zu populistisch denken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir kommen in unserer Politik im Augenblick nicht daran vorbei, uns von dem Ausgabegefüge, das hinsichtlich der Einnahmen zu groß und daher nicht mehr akzeptabel ist, zu trennen. Und diese Ausgabenreduzierungen werden nicht spurlos sein. Sie werden nicht so gemacht werden können, dass sie niemandem Schmerzen verursachen. Aber wenn wir dieses leisten, schaffen wir den finanziellen Handlungsspielraum für die Zukunft und haben, wenn wir den Blick von heute in die nächsten Jahre richten, im Jahre 2006/07 wieder mehr Spielräume für zusätzliche Investitionen. Da wollen wir hin, und deshalb machen wir diese Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten werden uns dieser Aufgabe stellen, und wir durchleiden im Augenblick auch dadurch, dass wir dieses sehr mutig tun, ein Tief bei allen Meinungsumfragen. Aber das hält uns nicht davon ab,

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Also uns!)

den Weg auch unpopulärer Reformen mutig und konsequent weiterzugehen.

Deutschland - und auch Nordrhein-Westfalen - braucht mutige Politikerinnen und Politiker. Wir

dürfen unser Land nicht den politischen Opportunisten in dem Zuschnitt eines Herrn Rüttgers überlassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herrn, in Zeiten der Globalisierung gilt es vor allem, unseren Bürgerinnen und Bürgern Ängste zu nehmen und Sicherheit zu geben - Sicherheit, dass sie hier in Nordrhein-Westfalen gut aufgehoben sind, dass die Politik die Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir alle stehen, findet und dass sie, die Bürgerinnen und Bürger, die Antworten mit uns gemeinsam gestalten können. Wir wollen und müssen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und ihnen helfen, damit fertig zu werden.

Aber, meine Damen und Herren, mit seinen 18 Millionen Einwohnern und mit dem, was unser Land in der Vergangenheit schon an Strukturwandel geleistet hat, muss sich Nordrhein-Westfalen doch vor niemandem verstecken.

(Frank Baranowski [SPD]: Genau!)

Wir haben schon ganz andere Probleme in diesem Land bewältigt als einen schwierigen Haushalt. Also machen wir das auch. Das werden wir hinbekommen. Es wird nachher immer noch ein blühendes, gutes und reiches Land sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten entscheidende Weichen für die Zukunft Nordrhein-Westfalens und für das Leben der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land stellen. Mit dem Haushalt, den wir heute in erster Lesung beraten, stellen wir uns den Herausforderungen. Wir fahren einen strikten Sparkurs, aber mit Vorrang für Bildung, und wir beachten den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen die Innovationskräfte in unserem Land auch in Zeiten knapper Kassen für eine verstärkte wirtschaftliche Entwicklung und eine Bildungsoffensive nutzen. Wir werden für die Kommunen unseres Landes weiter ein verlässlicher Partner sein. Wir werden sie in die Lage versetzen, ihre Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Wir sind sicher, meine Damen und Herren: Wir werden mit unseren Reformen Erfolg haben - in Berlin und hier in Düsseldorf. Wir werden mit diesen Reformen unser Land sozial, modern und zukunftsfähig gestalten. Meine Damen und Herren, die SPD war in der Vergangenheit die stärkste politische Kraft in diesem Land, sie ist es immer noch, und sie wird es auch in Zukunft sein. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Moron. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dieckmann, Herr Moron, etwas weniger Selbstlob hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden. Das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Denn Ihr Beitrag war gekennzeichnet durch das übliche ritualisierte "Alles ist gut; was nicht so gut ist, ist nicht so schlimm; und im Übrigen wird doch alles besser". Das Kontrastprogramm, meine Damen und Herren, liefert Ihnen ein Artikel in der "Welt" vom 6. November, wo Herr Prof. Paul Nolte einen klugen Beitrag aus dem Norden geliefert hat. Die Überschrift lautet: "Ein Bundesland wird bedeutungslos". Genauso ist es unter rot-grüner Herrschaft gekommen. Der Autor zitiert weiter:

"Die Parole, das Land und die Region hätten den Strukturwandel erfolgreich vollzogen, ist zur Lebenslüge dieses Landes verkommen. Denn davon kann angesichts der industriellen Strukturen und der Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein. In der industriellen Standortpolitik nach Kohle und Stahl hat es seit Jahrzehnten kein Signal mehr gegeben für erfolgreichen Aufbruch."

Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit. Das Land wird bedeutungslos, die rot-grüne Regierung wird bedeutungslos, und auch Sie, Herr Steinbrück, werden bedeutungslos.

(Edgar Moron [SPD]: Ihr seid doch bedeutungslos!)

Nicht einmal die Hälfte der Menschen im Land befürwortet Ihre Amtsführung, und nur ein Drittel Ihrer Partei hält Sie für den richtigen Mann. 32.000 Menschen demonstrieren vor dem Landtag gegen Sie, und Massen von Protestbriefen gegen Ihre Politik erreichen jeden von uns Abgeordneten.

Herr Steinbrück, Sie und Ihre Regierung haben im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Moron, gesagt haben, nicht das Vertrauen der Menschen in diesem Land. Sie haben abgewirtschaftet. Der vorgelegte Doppelhaushalt ist der beste Beweis dafür. Fast 6 Milliarden € Neuverschuldung für 2004 - das ist die sarkastische Bestätigung Ihres Mottos: Sparen für die Zukunft unserer Kinder. Die Sünden der Vergangenheit auf Bundes- und Landes-

ebene holen Sie nun unbarmherzig ein. Und trotzdem - getreu der Redewendung: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich weiter ungeniert - werden erneut Steuerausfälle mit Sorglosigkeit zu einem gigantischen Schuldenberg aufgetürmt.

Lassen Sie mich das für die Zuschauer auf der Tribüne noch einmal sehr deutlich sagen: 40 der nun 100 Milliarden € Landesschulden wurden allein in den letzten acht Jahren der Herrschaft von Rot-Grün in diesem Land gemacht. Das ist einfach skandalös,

(Beifall bei FDP und CDU)

ganz abgesehen davon, dass verfassungswidrige Haushalte im Doppelpack vorgelegt wurden und als Betriebsunfall und Kavaliersdelikt abgetan werden. Von Prioritäten im Haushalt geschweige denn von den richtigen Prioritäten kann schon lange keine Rede mehr sein. Abermals sinkende Investitionen im Verkehrs- und Straßenbaubereich mögen vielleicht den koalitionsären Frieden mit den Grünen stiften, aber einer positiven Wirtschaftsentwicklung ist es nicht zuträglich.

Wenn ich dann höre, dass von Blockadementalität die Rede ist: Wer blockiert denn in diesem Land? Wir sprechen über dieses Bundesland. Sie, meine Damen und Herren von den Roten und den Grünen, blockieren und haben nichts Eiligeres zu tun als auf den Bundesrat zu verweisen, wo FDP und CDU unsinnigen Vorschlägen mit Macht entgegengetreten

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- und das ist auch richtig so.

(Beifall bei der FDP)

Wir reichen nicht die Hand für Unsinn, auch wenn er von Ihnen möglicherweise als Tiefsinn verkauft werden soll. Unsinn ist Unsinn, und er wird es bleiben. Wir werden das, was Sie uns vorlegen, nicht mittragen. Wir verweigern uns nie einer vernünftigen Reform. Aber bitte: Es muss vernünftig sein. Das ist bei all den Paketen, die Sie vorgelegt haben - ob Arbeitsmarktreform, Steuerreform oder auch die Reformen der sozialen Sicherung -, im Kern nicht der Fall.

Wenn ich dann höre, mit der rot-grünen Bildungspolitik ist alles in Ordnung, aber zwei Jahre nach PISA ist immer noch nichts passiert: Lieber Herr Moron, die Krokodilstränen über die Nichtverwirklichung des Abiturs nach zwölf Jahren

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch nicht!)

kann ich nicht mehr sehen. Niedersachsen hat das Abitur nach zwölf Jahren in sieben Monaten zustande gebracht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Abitur nach zwölf Jahren - in sieben Monaten haben die das in der Regierung durchbekommen! Sie müssen Jahre debattieren, ob Sie es überhaupt wollen, und wenn Sie dann ein zartes Signal geben, Sie möchten es eventuell, dann brauchen Sie noch einmal ein paar Jahre, bis Sie die Abläufe hinbekommen. Das ist skandalös!

Im Übrigen wird auch Bayern nachziehen. Es wird wie immer sein: Ganz am Ende, wenn der Zug entauscht ist, werden wir überlegen, ob wir den Tender hinten anbringen an die Lokomotive, die längst entteilt ist. Wir sind wieder einmal der letzte Wagen. Alle Bundesländer haben sich bewegt, nur Sie haben sich nicht bewegt.

Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen und an dieser Stelle nicht in irgendeiner Weise nach draußen tragen, Sie hätten etwas für Bildung übrig. Das ist eben nicht die Wahrheit. Sie haben immer viel versprochen, aber nichts gehalten: Abbau der Arbeitslosigkeit auf 500.000 - kläglich gescheitert! 860.000 Menschen sind es jetzt! Jugendarbeitslosigkeit: Immer noch kein Fremdwort, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern bittere Realität. Auch über die Ausbildungsmisere werden wir sicherlich noch weiter sprechen, morgen insbesondere. Glauben Sie doch bitte nicht, dass Sie mit einer Ausbildungsabgabe in irgendeiner Weise etwas befördern. Sie werden neue Bürokratielasten, neue Finanzlasten für die Unternehmen bringen. Und am Ende wird wenig dabei herauskommen. Die Pleitewelle rollt ungebremsst durch den nordrhein-westfälischen Mittelstand, den Motor unserer Wirtschaft. Rekorde können Sie nur bei der Verschuldung vermelden. Das ist die bittere Realität. Die muss Ihnen an solchen Tagen natürlich auch deutlich gemacht werden.

Sie sollten auf den Ausbau der Infrastruktur und auf Bildung und Wissenschaft zu setzen. Was passiert aber im Haushalt? Da liest man interessante Positionen: Frau Höhn erhält für den ökologischen Landbau innerhalb von zwei Jahren eine Steigerung von 4 Millionen auf 8 Millionen €, damit sie ökologisch korrekten Waldbienenhonig subventionieren kann. Das ist die Klientelpolitik dieser Landesregierung! Wir werden diese überall deutlich machen, wenn Sie den Leuten das Geld an anderer Stelle entziehen.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie setzen auf Entlastungen durch das Vorziehen der Steuerreform auf Bundesebene und wollen damit angeblich die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beseitigen. Na ja, Herr Dieckmann, was Ihre automatischen Stabilisatoren anbetrifft, die Sie heute Morgen angeboten haben, bin ich einmal gespannt. Nur: Wir wollen doch bitte nicht so tun, als ob das alles nur von anderen abhinge. Die Schwäche, die wir in Nordrhein-Westfalen in der Binnenwirtschaft haben, ist doch kein Naturereignis. Sie ist genauso wie in der gesamten Bundesrepublik in weiten Bereichen hausgemacht. Fünf Jahre Rot-Grün im Bund, acht Jahre Rot-Grün im Land - das sind die Fakten, und die haben Sie zu verantworten.

Und es kommt noch dreister: In Nordrhein-Westfalen schrecken Sie in dieser Situation nicht davor zurück, eine neue Steuer zu erfinden. Das macht es doch nicht besser, dass in anderen Bundesländern vielleicht auch jemand das getan hat. Wir lehnen diese Steuer hier ab.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie wird die Existenz von mittelständischen Betrieben massiv bedrohen.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle nur: Wenn Sie hier vollmundig beschwören, Sie wollten die Ausgaben den Einnahmen anpassen, ist das prima. Wenn man aber gleichzeitig an der einen oder anderen Stelle neue Steuern schafft, heißt das Einnahmenerhöhung und nicht etwa Ausgabensenkung.

Selbst der Dauerbrenner Vermögensteuer bleibt für Sie als Neidsteuer natürlich immer im Gespräch. Ich freue mich, Herr Moron, dass Sie das Thema hier in aller Offenheit wieder auf den Tisch gebracht haben. Vielleicht wird sich auch Herr Steinbrück erinnern, dass er schon für zweckgebundene Abgaben an dieser Stelle gekämpft hat. Na ja! Die Menschen laufen Ihnen in Scharen aus der Partei. Ich bin auch nicht sicher, dass Sie durch diese Steuer neue Wähler gewinnen; das will ich einmal ganz deutlich sagen.

Ganz abgesehen davon, dass ich diese Gerechtigkeitsdebatte anhand der Vermögensteuer im Grunde genommen auch nicht mehr so richtig verstehe. Alle Fachleute sagen Ihnen, dass allein der Erhebungsaufwand diese Steuer eher unsinnig macht. Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen gesagt, dass die Steuer so, wie sie war, nicht verfassungsgemäß war. Wenn Sie über Gerechtigkeit sprechen, dann sagen Sie doch bitte auch einmal, dass in diesem Land die Starken ständig mehr schultern als die Schwachen. Schauen Sie sich an, dass alleine 10 % der Bürger 55 % des

Einkommensteueraufkommens erwirtschaften, 20 % sogar zwei Drittel. Es ist nicht so, als ob an dieser Stelle die Starken nicht schon stark belastet würden. Nur: Sie können Starke auch so stark belasten, dass es am Ende kontraproduktiv wird, dass sich dann nämlich möglicherweise der eine oder andere überlegt, ob es sich noch lohnt, in diesem Land zu leben und hier Steuern zu zahlen. Das an anderer Stelle dann lauthals zu beklagen ist äußerst pharisäerhaft.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Faktum ist, dass der Staat sich übernimmt, vor allem auch durch staatliche Tätigkeit, die ja Kosten produziert. Davon müssen wir runter - und nicht schauen, ob wir an irgendeiner Stelle im kleinteiligen Bereich für Menschen Ausgaben kürzen, die sie letztlich brauchen.

Sie werden hier auch heute wieder - das ist ja schon angeklungen - die Krise der Weltwirtschaft und die böse Globalisierung mit der geliebten Erblasttheorie thematisieren. Ich freue mich schon auf Frau Löhrmann, die das ja immer in Perfektion liefert. Ich sage Ihnen nur: Nach Ihren Regierungszeiten in Bund und Land läuft dieses durchsichtige Manöver ins Leere. Das zeigen letztendlich auch die aktuellen Umfragen für die Partei der SPD. Auch die Grünen werden wieder auf gewohntes 5%-Niveau gestützt werden.

(Frank Sichau [SPD]: Sie auf 4,9!)

Es dauert da nur ein wenig länger.

Rot-Grün läuft auf Bundesebene seit fünf Jahren nur im Kreis, meine Damen und Herren! Das muss man einmal klar sagen. Was Sie jetzt mit großem Aufwand und Reformgetöse in Kraft gesetzt haben, bedeutet doch oft nur die Rücknahme eigener Gesetze aus der ersten Legislaturperiode 1998 bis 2002. Ich will Ihnen das gerne noch einmal zeigen: Der Abschaffung der 630-DM-Jobs folgte die Wiedereinführung als Minijobs auf 400-Euro-Basis. Die Verabschiedung des Scheinselbstständigengesetzes wurde aus Ihrer Sicht konterkariert - aus unserer Sicht glücklicherweise - durch die Einführung der Ich-AG, deren Erfolge noch immer bescheiden sind. Die Kilometerpauschale wurde 2001 erhöht - und nun wollen Sie diese wieder kürzen. Die Lockerung des Kündigungsschutzes entspricht weitgehend dem Gesetz, das Sie 1998 einkassiert haben; es war unter der alten - schwarz-gelben - Regierung bereits in Kraft getreten.

Das Bemerkenswerteste ist ja Ihr Purzelbaum in der Rentenpolitik: Den demographischen Faktor

abzuschaffen und ihn unter dem Begriff "Nachhaltigkeitsfaktor" wieder einzuführen, das ist schon Klasse. Das ist Reformpolitik live von Rot-Grün!

(Beifall bei der FDP)

Hätten Sie alle diese Schandtaten in den fünf Jahren nicht begangen, wären wir weitaus weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Sie hätten sehr viel aufsetzen können auf das, was die Vorgängerregierung im Bund bereits angeleiert hatte. Stattdessen beklagen Sie, dass die unfertigen Reformvorschläge, die Sie jetzt machen, im Bundesrat natürlich durchaus ernsthaft diskutiert werden mit dem Ziel, diese zu verbessern.

Sie sind immer noch nicht in der Wirklichkeit angekommen, geschweige denn für die Zukunft gerüstet. Sie gaukeln den Menschen nach wie vor eine Konjunkturschwäche vor, obwohl es sich gerade in Nordrhein-Westfalen um eine in hohem Maße selbst verschuldete Strukturkrise handelt. Der verschleppte Strukturwandel im Ruhrgebiet, die Versäumnisse beim Bürokratie- und Subventionsabbau oder solch „innovative Bürokratiemonster“ wie das Tariftreuegesetz NRW bezeugen das.

Die fehlende Einsichtsfähigkeit dokumentieren Sie erneut, wenn Sie jetzt in dieser aktuellen Situation auch in Nordrhein-Westfalen mit unterschiedlicher Schattierung - wenn ich hier auf die Regierungsbank gucke: Herr Schartau ist ja eher dagegen, Herr Moron eher dafür - eine Ausbildungsabgabe einfördern, mit erheblichen Verwaltungskosten und weiteren Belastungen für die Wirtschaft insgesamt. Im Bund rechnet man mit 6 Milliarden €.

Ja, ich kann nur sagen: Viel Freude bei der Förderung von weiteren Unternehmenskonkursen! Meine Damen und Herren, so kann man auch Wirtschaftspolitik machen. Das ist aber keine Wirtschaftspolitik, wie wir Freidemokraten sie uns vorstellen.

(Beifall bei der FDP)

Das alles hat bei Ihnen aber System und belegt den ungebremsten Angriff auf die oft gewerkschaftsfreien mittelständischen Betriebe und freiberuflichen Dienstleister, nach dem ideologischen Muster: Nur eine gelenkte Wirtschaft bringt Heil und Segen. Herr Moron, Sie haben das heute ja wieder in klassischer Weise intoniert: Hauptsache viel Staatslenkung, viele Eingriffe des Staates, Ausbildungsabgabe, Vermögensteuer, dann wird es wieder werden. Wann endlich werden Sie begreifen, dass der Weg der Globalisierung und In-

ternationalisierung nur mehr Schritte in Richtung Freiheit braucht und nicht Schritte in mehr kleinteilige Staatseingriffe? Wann endlich werden Sie sich von Ihrem Fetisch "permanente staatliche Umverteilung" verabschieden und den Menschen Freiraum zur Entfaltung geben, mit Zutrauen in die Kraft der großen Mehrheit unserer Bevölkerung?

Die Konzentration staatlichen Handelns auf diejenigen, die zur Selbsthilfe nicht in der Lage sind, ist Ihnen einfach zu wenig. Sie wollen alles regeln und verriegeln und wundern sich anschließend, dass in Wirtschaft und Gesellschaft Eigenverantwortung verkümmert. Was wir brauchen, sind Reformen für mehr Wohlstand durch eine Rückkehr zu einer richtig verstandenen sozialen Marktwirtschaft mit mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung. Es gilt, den Sozialstaat gegen die unbestechliche demographische Entwicklung zu wappnen und die Lohnzusatzkosten zur Belebung des Arbeitsmarktes zu senken. Das ist der Beitrag zur Generationengerechtigkeit, wie wir ihn verstehen.

Gekennzeichnet ist Ihre Reformpolitik jedoch bis heute durch verzweifelte Lebensrettungsversuche bei den alten sozialen Sicherungssystemen. So treibt der Rentenversicherungsbeitrag trotz Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, trotz Absenkung der Schwankungsreserve und trotz einer gigantischen Zufuhr aus dem Ökosteueraufkommen munter auf die 20 % zu.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Natürlich stimmt das, Herr Steinbrück. Wir brauchen also eine neue Statik der Altersvorsorge durch die Ergänzung der gesetzlichen Rente mittels einer starken privaten und betrieblichen Vorsorge. Und flexible und an die Lebensarbeitszeit orientierte Renteneinstiegsregelungen sind ebenso notwendig wie ein früherer Einstieg in das Berufsleben und auch ein zügigeres Bildungswesen - das Abitur nach zwölf Jahren lässt grüßen - und die Abschaffung der Wehrpflicht, wie sie von der FDP seit langem gefordert wird.

Auch unser Gesundheitssystem benötigt schnell ein neues finanzielles Gerüst. Ich bin dankbar, Herr Moron, dass Sie dieses Thema auch noch einmal angesprochen haben. Jawohl, wir müssen weg von der Krankenkasse, wie wir sie bisher haben, und hin zu einer Gesundheitsversicherung, also zu einer echten Versicherung. Das geht nicht anders, als dass Sie versicherungsmathematisch Prämien kalkulieren und nicht, wie bisher, politisch Beiträge festsetzen. Da müssen wir heran. Mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung heißt ein klares Nein zur kollektiven Zwangsversiche-

rung in Einheitskassen. Stattdessen brauchen wir eine Pflicht zur Versicherung mit freier Tarifwahl bei Selbstbehalt und Selbstbeteiligung. Das ist der Weg der Zukunft. Nur wer den Preis der Gesundheitsleistung erfährt, kann Kostenbewusstsein und Eigenverantwortung entwickeln und von Wahlrechten Gebrauch machen. Das alles fordern wir seit langem ein. Wenn das nicht kommt, braucht man sich nicht zu wundern, dass sich nichts ändert, genauso, wie Sie nicht von der Sachleistung zur Kostenerstattung überwechseln wollen.

Der Begriff „Bürgerversicherung“ verstellt den Blick auf die entsprechenden Reformnotwendigkeiten. In Wahrheit wollen Sie ein marodes System durch mehr Einzahler noch ein Weilchen über Wasser halten. Das wird Ihnen nicht gelingen. Die Gesundheitsprämie ist die Lösung mit der klaren Botschaft, dass wir natürlich Transfers brauchen, steuerfinanziert für diejenigen, die den kalkulierten Beitrag nicht zahlen können. Das ist sozial, meine Damen und Herren. Auch bisher wird schon umfinanziert, aber es wird für Sie günstigerweise unsichtbar umfinanziert. An dieser Stelle müssen wir Transparenz schaffen.

Die Abschaffung der privaten Krankenversicherung wird die Lösung nicht sein. Ganz abgesehen von verfassungs- und europarechtlichen Bedenken kann ich nur sagen: Diese Versicherung ist weitgehend gesund, weil sie Altersrückstellungen berücksichtigt, weil sie insofern Vorsorge geleistet hat und im Übrigen auch überproportional zu den Kosten des Gesundheitswesens insgesamt beiträgt.

Die Pflegeversicherung muss in der Tat weg. Das haben wir immer gesagt. Wir wollen hoffen, dass sich mittlerweile Anhänger finden. Leider, Herr Rüttgers, wollen Sie das ja nur zur Hälfte. Wir hätten gerne eine komplette Privatisierung. Jetzt ist noch Zeit umzusteuern. Die Pflegeversicherung ist noch nicht so alt. Jetzt können wir es noch hinkommen.

Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen! Das ist ein Thema, das die Liberalen besonders umtreibt, weil natürlich an dieser Stelle auch immer die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe angesprochen werden muss. Mittelständische Betriebe werden sich an dieser Stelle zu Recht erst dann engagieren, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden. Das muss man wissen. Das ist nicht nur Psychologie, das ist einfach auch wirtschaftspolitische Realität. Wenn wir 360 Millionen € für Mittelstandsförderung ausgeben, aber fast 500 Millionen € für die Steinkohle, dann sieht man die fehlende Relation in diesem Lande. Wir müssen da nicht unbedingt jedes Mal eine große Zah-

lenschlacht eröffnen. Aber ich möchte doch bei den wenigen Zahlen, die ich nenne, sagen, dass 700.000 mittelständische Unternehmen sieben Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, während die zehn Kohlezechen gerade einmal 45.000 Menschen Arbeit und Brot geben. Das ist eine Fehlrelation, eine Fehlallokation von Mitteln an dieser Stelle.

Wirtschaftspolitik heißt deswegen: Verbesserung von Rahmenbedingungen. Das blockieren Sie an vielen Stellen. Wenn Sie den Blockadevorwurf an uns richten, sage ich nur: Hören Sie doch auf zu blockieren: bei Lohndifferenzierung nach Branchen und Betrieben, bei reduzierten Lohnzusatzkosten, bei Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, beim Kündigungsschutz oder bei Veränderungen beim Betriebsverfassungsgesetz. Da ist die Blockade allein auf Ihrer Seite. Sie haben sogar noch die Stirn, die Gegenseite der Blockade zu bezichtigen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich kurz die heuchlerische Diskussion an der Gewerkschaft Ver.di deutlich machen. Wenn dort die Ausbildungsquote mal gerade 0,3 % beträgt und dann aber die Unternehmer beschimpft werden, dass sie nicht ausbilden, dann ist das Pharisäertum, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Herr Peters, der in anderem Zusammenhang auch berühmt geworden ist, seinen Mitarbeitern 1,5 % mehr Gehalt anbietet, zur gleichen Zeit aber ein Angebot der Metallarbeitgeber von 2,3 % als Lachnummer bezeichnet, dann ist das Pharisäertum, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wer mehr Eigenverantwortung und Selbstvorsorge bei den Lebensrisiken einfordert, der muss die Menschen allerdings auch in die Lage versetzen, dieses aus eigener Kraft zu tun. Deswegen, meine Damen und Herren, geht es um eine große Steuerreform und nicht nur um ein Vorziehen einer Steuerreform - das ist auch wieder eine solche Pseudodebatte -: Wir brauchen eine große, keine Mickymaus-Reform, damit die Menschen endlich in dem Umfang entlastet werden, in dem wir von ihnen hinterher auch etwas einfordern. Die 15:25:35-Prozent-Steuerreform, die wir Ihnen seit Jahren mit erheblichen Freibeträgen für die Ehegatten und auch die Kinder vorschlagen, damit der Familienfaktor deutlich wird, fehlt seit Jahren. Wir stehen bereit für diese Reform. Ich sage es sehr deutlich: Wir blockieren da nichts. Machen Sie uns an dieser Stelle ein gutes Angebot. Wir offerieren es Ihnen seit Jahren. Wir

offerieren es Ihnen seit Jahren. Wir können das zusammen bewerkstelligen.

(Beifall bei der FDP)

Was den Subventionsabbau anbetrifft, meine Damen und Herren, geht es - das muss ich auch sagen - immer um viel Wortgeklingel. Am Ende wird Herr Steinbrück von den eigenen Leuten zerpfückt. Die Berliner rechnen anders als die aus Nordrhein-Westfalen. Am Ende stelle ich nur fest, dass diejenigen - dazu zähle ich Sie, Herr Steinbrück -, die mit Inbrunst Subventionsabbau verkünden, jetzt einem Subventionsaufbau für die nächsten Jahre - bei Ihren Vorstellungen wahrscheinlich auch Jahrzehnten - Vorschub leisten. Das passt nicht zusammen.

Wir als Liberale haben immer gesagt: Wir sind dafür, den Steinkohlenbergbau abzuschaffen, und zwar nicht erst nach dem Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern wir wollen frühzeitig in einen solchen Sinkflug kommen, dass es zu Ende geht mit dem Bergbau. Das muss man einleiten und nicht noch einmal Subventionsverlängerungen - am liebsten noch über 2012 hinaus - beschließen. Dies ist eine Lippenbekenntnispolitik: einerseits Subventionsabbau versprechen, auf der anderen Seite aber sofort wieder die nächste Subvention befürworten.

Das Gleiche findet man auch beim Bürokratieabbau. Ich hatte mich sehr gefreut, lieber Herr Moron, dass Sie unseren Vorschlag, die Schulaufsicht aus der Bezirksregierung zu verlagern, jetzt übernehmen. Ich frage mich nur immer: Was haben Sie, die Sie seit 37 Jahren hier Landespolitik machen, eigentlich in der ganzen Zeit gemacht, dass das nicht längst schon erledigt ist?

(Beifall bei der FDP)

Ich könnte Ihnen sofort auf dem Silbertablett bei den Bezirksregierungen die obere Wasserbehörde, die höhere Landschaftsbehörde servieren: einfach streichen! Die Aufgabe ist dort nicht nötig. Das können Sie alles über die Kreise und kreisfreien Städte lösen. Das brauchen wir bei den Bezirksregierungen nicht. Es passiert nichts.

Das "Düsseldorfer Signal", das Sie ausgesandt haben, ist nicht mal mehr als Glimmen zu vernehmen. Es heißt immer wieder: ein bisschen Ankündigung. Wenn es dann soweit ist, dann ziehen Sie zurück. Meiner Meinung nach sind viele Dinge möglich. Ich habe Ihnen angeboten, Sonderbehörden von Frau Höhn en masse abzuschaffen. Das wird natürlich aus koalitionsgründen nicht getan. Überall Fehlanzeige bei der aktiven Umsetzung des Versprechens. Unüberlegtes

Herumposaunen, Standortpoker bei den Bezirksregierungen, die Leute verrückt machen, das ist Ihre Methode. Das ist nicht liberales Verständnis von Verwaltungsstrukturreform, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wir sagen sehr wohl Ja zu mehr Wettbewerb und Leistungsbezahlung im öffentlichen Dienst. Aber wie wehren uns gegen einseitige Abzocke beim Personal. Auch heute wieder ist ganz klar verschwiegen worden, dass sich Ihre Maßnahmen einseitig gegen die Hälfte der Bediensteten in Nordrhein-Westfalen bei Land und Kommunen richten. 50 % verlangen Sie ein Sonderopfer ab, weil Sie an die anderen nicht herankommen, und verkünden das nach draußen als Sparmaßnahme des gesamten öffentlichen Dienstes. Das ist unredlich, meine Damen und Herren. Das machen wir so nicht mit!

(Beifall bei der FDP)

Sie nutzen gern geschürte Vorurteile gegen Beamte. Die Botschaft ist: Ihr müsst alle ärmer werden. Diese Botschaft ist klasse in einer Zeit, in der wir Binnennachfrage generieren wollen, in der wir die Leute animieren wollen, auch etwas zu konsumieren und nicht alles zurückzuhalten. In diesem Moment zu sagen "wir streichen euch Einkommen, damit ihr möglichst nichts kaufen könnt", das ist eine klasse Botschaft. Ich kann nur sagen: Machen Sie weiter so, dann ist 2005 nicht nur Wahltag, sondern auch Zahltag!

Statt einer Strukturdebatte zur Gestaltung von Nordrhein-Westfalen führen wir also nur eine Ungerechtigkeitsdebatte. Und Sie, meine Damen und Herren in der Regierung, können durchaus einmal zeigen, dass Ihre Reformen nicht nur zu Lasten der Wehrlosen und Geringverdienenden gehen. Deswegen streichen Sie doch das Weihnachtsgeld für Ihre gut bezahlten Minister komplett! Wir werden einen diesbezüglichen Änderungsantrag vorlegen. Es gilt in der Tat bei Ihnen nicht, dass Sie einen Dauerarbeitsplatz haben - das wird sich möglicherweise bald ändern.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wieder einmal die Neiddebatte!)

Die Berechtigung, dass die Minister - im Übrigen im Unterschied zu den Abgeordneten hier im Haus - ein entsprechendes 13. Gehalt bekommen, ist sicherlich nicht ersichtlich. Wir werden einen Antrag einreichen und werden sehen, wie sich Rot-Grün zu diesem Antrag positioniert.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP fordert - und das nicht erst seit heute - eine Privatisierungs-offensive bei den zahlreichen Landesgesellschaften. Dort sitzen verdiente Parteigänger in wohlgeformten Sesseln. Auch Grüne haben sich inzwischen vermehrt dort angesammelt. Wir möchten gerne durch Veräußerungen solcher Gesellschaften Erlöse erzielen. Wir möchten damit Schulden tilgen und entsprechende Investitionsspielräume zusätzlich im Bereich Verkehr und Bildung schaffen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Welche Schulden?)

- Herr Rimmel, Sie sind doch gleich dran. Sprechen Sie doch nicht dazwischen.

Privatisierungspotenzial ist sicherlich vorhanden. Denken Sie an die zahlreichen Landesbeteiligungen bei Flughäfen, bei Messen, aber auch beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb. Dessen Privatisierung, Herr Rimmel, haben wir gefordert, als Sie daraus einen Landesbetrieb gemacht haben. Sie können nicht sagen, wir hätten keine Vorschläge gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Nur Sie haben es nicht umgesetzt. Das ist Ihr Problem.

Nicht einmal das, was Sie privatisieren wollten, nämlich die LEG, also die Landesentwicklungsgesellschaft - na ja, durch eine Übertragung zur WestLB allerdings auch nur -, haben Sie bisher geschafft. Geben Sie die LEG an den Markt! Machen Sie das!

Stattdessen reden Sie ja nur über die Frage des Mieterschutzes. Als ob in privat finanziertem Wohnraum die Menschen unter irgendwelchen sittenwidrigen Bedingungen lebten. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist ja immer ein Schutzgesetz gewesen. Lassen Sie die LEG aus der staatlichen Fürsorge heraus. Generieren Sie das Geld für Wichtigeres, nämlich für Investitionen in diesem Land, meine Damen und Herren.

Opfer Ihrer Haushaltspolitik sind natürlich auch immer wieder die Städte und Gemeinden.

(Edgar Moron [SPD] lässt versehentlich etwas fallen.)

- Das passt gut, Herr Moron, dass Sie bei der Gelegenheit etwas fallen lassen. Wenn es denn so wäre, dass Sie für die Städte und Kommunen etwas Geld abfallen ließen, dann wären wir in der Tat glücklich. Mein Kollege Rasche wird gleich im Zusammenhang mit dem GFG dazu noch hinrei-

chend vortragen. Aber es ist doch klar: Sie kürzen die Gelder bei den Kommunen in einer Situation, in der Milliarden-Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten beklagt werden. Das ist Ihre Politik. Bitte tun Sie nicht so, als ob Sie an irgendeiner Stelle ein Herz für die Kommunen hätten.

Nur wir, die Liberalen, haben über Jahre hinweg gefordert, dass die Kommunen stärker bedacht werden müssen - in der Tat zulasten des Landeshaushalts.

Und ich sage, weil ja da oben auch viele Menschen sitzen, die alle in Städten und Gemeinden wohnen: Ihre Politik geht zulasten aller Bürger hier im Land. Das werfen wir Ihnen vor. Außerdem werfen wir Ihnen vor, dass Sie eben die Reformen auf Bundesebene auch nicht mittragen, die wir Ihnen immer wieder nahe gebracht haben: Weg mit der Gewerbesteuer hin zu einer kommunal eigenständigen Steuer. Ich bin ja recht glücklich, dass nach einem gewissen Anlauf auch die CDU hier dazugestoßen ist.

Leider Gottes ist bundeseinheitlich bei Ihnen diese Sprachregelung nicht immer so vorzufinden. Das muss man sagen. Wir als FDP haben eine klare Sprachregelung über alle Länder und natürlich auch im Bund.

Ich kann Sie an der Stelle auch nur einladen: Gehen Sie mit uns den Weg in die Reform. Behindern Sie nicht das, was wirklich einen Aufschwung in diesem Land bringt.

Denn das brauchen wir, meine Damen und Herren. Das ist ja von Herrn Moron auch sehr schön dargestellt worden. Ich bin ja, wie Sie wissen, Herr Moron, immer gern bereit, zu differenzieren. Wir brauchen Hoffnung - in der Tat. Die Menschen müssen erkennen, dass am Ende dessen, was wir politisch beschließen, etwas Positives steht.

Aber genau das gelingt Ihnen eben nicht, weil Sie systemlos und konzeptionslos kürzen, aber nicht in den Reformbereichen ansetzen, in denen die Wirtschaft tatsächlich auch anspringen kann, in denen hinterher Arbeitsplätze entstehen, in denen die Soziallasten verringert werden und wir dann auch Ausgabenminderungen im Haushalt erzielen.

Das ist genau die Halbherzigkeit, die ich Ihnen vorwerfe. Sie zieht sich durch - das möchte ich auch sehr deutlich werden lassen - bis zum Thema Föderalismus. Wir predigen seit Jahren Wettbewerbsföderalismus, Entflechtung der Zuständigkeiten bis hin zur Neuregelung der Finanzströme. Dann wird einmal ein bisschen die Ost-

förderung herausgeholt und populistisch gesagt, die brauchen das nicht mehr.

Nein, wir brauchen eine komplette Neuordnung. Wir müssen unser Land, die Bundesrepublik und auch NRW, wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Dazu gehört eben auch eine entsprechende Neuregelung der Zuständigkeiten. Genauso brauchen wir auch eine entsprechende Steuerreform und auch eine Gemeindefinanzreform.

Transparenz in der Gesetzgebungskompetenz und auch in der Einnahmekompetenz ist die einzig richtige Antwort auf die Wahlmüdigkeit der Bürger. Warum gehen denn nur noch 50 % zu Kommunal- und Landtagswahlen? - Ja, es ist doch immer eine verkappte Bundestagswahl. Das ist doch degeneriert zu einer Wiederauflage von Zweikämpfen Stoiber gegen Schröder oder sonst etwas. Das wollen die Menschen nicht mehr. Wir müssen ihnen ein Land präsentieren, das so strukturiert ist, dass jeder sagen kann, für eine politische Entscheidung ist diese Ebene zuständig. Wir müssen als Landespolitiker hier an dieser Stelle doch oft genug beklagen, dass wir allein es eben gar nicht ändern können. Umso wichtiger ist, diese Föderalismusreform voranzutreiben.

Wir haben dazu eine Kommission auf Bundesebene eingerichtet. Ich kann angesichts der ersten vorsichtigen Äußerungen nur sagen: Das scheint noch nicht bei allen angekommen zu sein. Viele hoffen, mit einem Ein-bisschen-weiter-So heil durchzukommen. Wir werden das nicht schaffen, meine Damen und Herren.

Alles das - das eint mich auch mit Herrn Steinbrück -, was wir an grundlegenden Dingen brauchen - Sie haben ja an vielen Stellen gute Analysen geliefert -, erreichen wir nur mit solchen Reformschritten und nicht mit kleinteiligen Debatten, ob wir irgendwo 2 Millionen rauf- oder runterschieben. Entscheidend ist, dass eine Art Gesamtkunstwerk von Reformen entsteht. Dieses muss eingebettet sein in diese Föderalismusreform, weil ansonsten die kollektive Unverantwortlichkeit die Leute verrückt macht. Das erleben wir vor Ort. Wir werden gefragt: Wen sollen wir denn überhaupt noch wählen? Ihr seid doch gar nicht mehr für irgendetwas zuständig. Ihr könnt auch für nichts was. Alle sind schuld. Keiner ist es gewesen.

Das müssen wir ändern. Ich kann nur dazu auffordern - gerade die großen Volksparteien -, deutlich die Stimme in diese Richtung zu erheben.

Freiheit und Wettbewerb beleben nämlich nicht nur die Individuen, also die Bürger in diesem Land, sondern auch die Institutionen mit Macht

und Einfluss. Aufgabe des Staates ist die Garantie eines Grundgerüsts der Chancengleichheit, nicht jedoch - und das wird vielfach verwechselt - die staatlich verordnete Ergebnisgleichheit. Zu viel Gleichheit ist der Tod der Freiheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushalt dieses Landes ist ein Ausweis der Unehrlichkeit, der Ängstlichkeit und der falschen Strukturierung. Er lässt keine klaren Schwerpunkte erkennen.

Wir wollen den Schwerpunkt Jugend, Familie und Bildung. Hier kürzen Sie bei sozial benachteiligten Jugendlichen ohne Schulabschluss. Sie vergreifen sich an Betreuungsstrukturen. Herr Moron hat hier gerade noch die Erzieherinnen und Erzieher gelobt. Und Sie kürzen auch die Übungsleiterpauschale. Das scheint wohl die Konsequenz aus der gescheiterten Olympiabewerbung zu sein.

Ich kann nur sagen: Wer das Ehrenamt lobt und damit durch die Lande reist, der muss sicherstellen, dass diese Gelder auch unmittelbar bei den Begünstigten ankommen.

(Beifall bei der FDP)

Im Jahr der Behinderten kürzen Sie drastisch bei den Trägern zur gesellschaftlichen Integration von Menschen.

Und - das ist bereits gesagt worden, aber es ist wichtig, es noch einmal zu betonen - Sie vergreifen sich an unserer intakten Ersatzschullandschaft, und das aus rein ideologischen Gründen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Schulen sind Ihnen offensichtlich nicht ganz geheuer. Diese sind ja nicht staatlich gelenkt, sondern privat. Private Schulen sind genau das, was wir brauchen; mehr privat, mehr Eigeninitiative. Denen wird aus vordergründigen Motiven das Geld entzogen.

Wir werden diese Angriffe auf ein funktionierendes Privatschulsystem auf das Schärfste zurückweisen und unterstützen natürlich die betroffenen Schülerinnen und Schüler und die Eltern. Es ist in der Tat verfassungsrechtlich bedenklich, was Sie hier tun.

Wenn Sie an dieser Stelle, Herr Moron - wenn Sie mir bitte Ihr Ohr zuneigen würden -, die Schulstrukturdebatte wieder einführen, dann ist das ein Stück aus dem Tollhaus, denn man hörte aus den ganzen Äußerungen schon wieder die Gesamtschule heraus. Man sah Ihre innere Freude, und

Frau Löhrmann als Begünstigte dieses Systems wird genauso erfreut sein.

Ich kann nur sagen: Die Gesamtschule ist so tot wie sonst was. Das haben Ihnen alle Studien bewiesen. Verabschieden Sie sich davon, und geben Sie dem System, das in anderen Bundesländern - wir sollten über Deutschland sprechen - gut funktioniert, eine faire Chance.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Polizeistrukturenreform ist bei Ihnen auch nur Ankündigung. Wir sollten an dieser Stelle Polizeistrukturenreform nicht mit Erhöhung von Pensionsgrenzen bei Polizisten verwechseln. Ich glaube, Sie stellen es sich so vor, dass 60-jährige Streifenpolizisten 18-jährigen Taschendieben hinterherjagen. Das ist doch hanebüchen, meine Damen und Herren.

Gehen Sie jetzt an die Polizeistrukturenreform heran. Sie haben ja wieder einmal ein Moratorium bis 2005 beschlossen. Beseitigen Sie Wasserköpfe, und Sie gewinnen Personal für die Straße, für die Wachen, aber auch für die Kommissariate.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche gilt für die Justizpolitik in diesem Land. Tausende von Anzeigen bleiben liegen, weil die Modernisierung verschoben wurde. Jetzt erleben wir Reduktion von Überstunden durch Nichtbesetzung von Dienstposten im Sicherheits- und Betreuungsbereich. Das ist keine Justiz im Umbruch, meine Damen und Herren, sondern eine Justiz im Abbruch mit erheblichen Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung.

Fehlanzeige herrscht auch im Bereich der Verkehrspolitik. Der Metrorapid wurde beerdigt, dafür wurde der Metroexpress erfunden, der allerdings schon nach wenigen Monaten wohl wieder beerdigt werden muss, denn von Berlin aus gibt es keine Signale, Geld zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von Minister Dr. Axel Horstmann)

Mein lieber Herr Horstmann, bevor Sie ganz unruhig werden: Der NRW-Anteil am Bundesverkehrswegeplan liegt immer noch bei 16 %, obwohl wir aufgrund der Größe unseres Bundeslandes ein Anrecht auf 22 % hätten.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt ellenlange Staus, von denen auch Sie jeden Tag hören und die Sie manchmal auch selber erleben. Sie behaupten, es wäre alles in Ordnung. - Hier ist allerdings nichts in Ordnung, meine Damen und Herren. Der Straßenbau wird stiefmütterlich behandelt. Seit den 80er-Jahren gibt es ekla-

tante Förderungsrückgänge. Ich kann nur sagen: Wer hier versagt, der versündigt sich an der Zukunft unseres Landes, denn Mobilität ist ein ganz wichtiger Baustein für Wirtschaft, für Aufschwung, und deswegen fordern wir seit Jahren für diesen Bereich Verbesserungen ein.

Meine Damen und Herren! Herr Steinbrück, dieses Land hat besseres verdient als diese Regierung und diese rot-grüne Politik. Sie haben über Jahre hinweg vergessen, die Verantwortung ernst zu nehmen. Sie haben einen Streichhaushalt vorgelegt und kommentieren das mit: Es tut mir Leid, es geht nicht anders. - Einen solchen Landshaushalt hat dieser Landtag schon lange nicht mehr gesehen, was die Unseriosität und die Verschuldungsanhäufung anbetrifft.

Es ist endgültig die Zeit des Wechsels angebrochen. Wir brauchen diesen Wechsel in diesem Land. Ihnen, Herr Steinbrück, und Ihrem Kabinett traut das niemand mehr zu, auch das Gros Ihrer Parteifreunde nicht mehr. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich natürlich gefragt, was die Kollegen der Opposition angesichts dieser dramatischen Situation heute an eigenen konkreten Vorstellungen zur Bewältigung der Krise des Landeshaushaltes beitragen würden. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich hatte Ihnen mehr zugetraut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sage ich ja positiv. Ich habe heute von Ihnen beiden, Herr Dr. Rüttgers, Herr Dr. Wolf - wir diskutieren nun schon drei Jahre lang miteinander - keinen einzigen neuen Gedanken gehört.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Wolf, wenn Sie meinen, Sie müssten ein paar Zitate bringen - Herr Rüttgers hat das in noch größerem Maße getan -, um einzelne Widersprüche aufzuzeigen - über die man durchaus reden kann, weil sich die Welt ja verändert hat; wohl dem, der meint, er könne noch das Gleiche sagen wie vor drei Jahren -, dann rate ich Ihnen, einen Blick in den Spiegel zu werfen.

Zum Thema Steinkohle haben Sie wieder einmal den Mund ganz groß aufgerissen. Ich werde das nicht tun, weil wir aufgrund der Situation meinen, einen anderen Akzent setzen zu müssen. Ich könnte hier zur Steinkohle jede Position von Ihnen vortragen. Als Sie noch an der Staatskanzlei unter der Fußmatte darauf gelauert haben, ob Sie denn rein können, haben Sie von sich gegeben, dass an dem Thema Steinkohle eine Einigung mit der SPD nicht scheitern würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei aller Kraftmeierei, die auch Sie erstaunlicherweise meinen, präsentieren zu müssen, würde Ihnen etwas mehr Zurückhaltung gut tun.

Und die Sorge um unsere Umfragewerte können Sie sich sparen. Ich glaube, Sie haben mit Ihren eigenen genug zu kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Rüttgers, auch Sie haben sich sehr viel Mühe gegeben. Sie haben ein gutes Archiv und ein gut organisiertes Büro. Das ist wunderbar. Aber auch Sie haben kein stimmiges Gesamtkonzept zum Landeshaushalt vorgelegt. Sie haben vor allem psychologisch argumentiert. Das ist legitim.

Über eines habe ich mich aber erschrocken. Da legen Sie als ehemaliger Zukunftsminister, Herr Rüttgers, eine gefährliche Spur. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass von Ihnen im 21. Jahrhundert kritiklos der alte Erhard - Gott hab' ihn selig - mit dem Slogan "Wohlstand für alle" bemüht wird. Das hätte ich mir nicht träumen lassen. Damit ignorieren Sie vollständig die Situation im Land:

(Beifall bei den GRÜNEN)

fast fünf Millionen Arbeitslose - und nicht erst seit gestern - und demographischer Wandel, um nur das Wichtigste zu nennen.

Und Sie verkennen offensichtlich die europäischen und globalen Zusammenhänge und tun so, als könnten wir über die eigene Volkswirtschaft die Probleme lösen. Diese Situation fand Erhard vor, und insofern kann man ihm nicht vorwerfen, dass er so argumentiert hat wie zitiert. Aber Ihnen muss man vorwerfen, dass Sie im 21. Jahrhundert die Illusion wecken, als käme Wohlstand für alle und wären alle Probleme gelöst, wenn wir denn nur Wachstum hätten. Das ist doch verantwortungslos, Herr Dr. Rüttgers. Darüber bin ich wirklich entsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Sie lösen überhaupt keine Probleme!)

Mit der vermeintlichen Keule "Diktat des Mangels" stellen Sie jede Bemühung, unsere Systeme zukunfts- und nachhaltig zu gestalten - so schwierig das auch sein mag -, infrage. Sie suggerieren der Öffentlichkeit, dass wir diese Anstrengungen der Neujustierung unserer Sicherungssysteme, der Neujustierung der Finanzbeziehungen, der Föderalismusreform - das ist der einzige Punkt, bei dem ich Herrn Dr. Wolf zustimme - nicht beherzt, mutig und mit den entsprechenden Konzepten in Angriff nehmen müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will eines für meine Fraktion zu Beginn ganz unumwunden einräumen: Ja, dieser Haushalt ist ein Nothaushalt. Damit stellt sich alles, aber auch alles anders dar als noch vor einem Jahr. Alles, was wir in bester Absicht und guten Gewissens noch vor Jahren in Aussicht gestellt haben, in Stufen- und Ausbauplänen ins Auge gefasst haben, stimmt so nicht mehr. Es ist nicht zu halten. Es muss angepasst und überarbeitet werden. Daran führt kein Weg vorbei!

Damit das richtig verstanden und eingeordnet wird, sei an Folgendes erinnert: Schon im laufenden Jahr 2003 mussten wir die Ausgaben des Landes zweimal um 1,4 Milliarden € kürzen. Nun müssen wir mit dem aufgestellten Doppelhaushalt für das Jahr 2004 noch einmal rund 2,1 Milliarden € und für das Jahr 2005 noch einmal rund 3 Milliarden € wegschneiden. Das sind zusammen knapp 8 Milliarden € in drei Jahren. Das hat es in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen noch nicht gegeben. Auch darum spreche ich von einem Nothaushalt.

Gleichzeitig schrauben wir die Neuverschuldung in absolute Rekordhöhen. Das tut uns weh, und auch das ist der puren Not geschuldet. Da ist es kein Wunder, dass wir für diese Entscheidungen von keiner Seite Beifall erhalten. Das ist normal und auch nicht weiter verwunderlich. Oder vielleicht doch nicht? - Müsste Not nicht zusammenschweißen, meine Damen und Herren?

(Lachen bei CDU und FDP)

Wir hatten uns vernünftigerweise in der Koalitionsvereinbarung vom Sommer 2000 vorgenommen, in diesen fünf Jahren der zweiten rot-grünen Koalition die Neuverschuldung nicht weiter ansteigen zu lassen. Wir wollten raus aus der Schuldenfalle. Dieses Ziel ist derzeit obsolet. Das

räumen wir ein. Und wir bedauern, dass wir das einräumen müssen. Das ist schlecht. Aber es ist unausweichlich.

Und ein Weiteres möchte ich hier klar und sofort einräumen: Wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben und Initiativen zur Unterstützung von von Gewalt bedrohten Frauen und Kindern, von Sporttreibenden, Kulturschaffenden, Verbraucherinnen und Verbrauchern, Migrantinnen und Migranten, Rat suchenden Familien und viele andere können wir derzeit nicht nur nicht ausbauen und fördern, sondern wir müssen teilweise Gelder in spürbarem Umfang streichen.

Das ist für uns Grüne besonders bitter, stehen doch als Erstes Maßnahmen und Infrastrukturen zur Disposition, die wir in dieser rot-grünen Regierungszeit aus gutem Grund verankert und zum Markenzeichen der Landespolitik gemacht haben. Was sind wir dafür nicht von Ihnen von der CDU - die FDP gab es noch nicht - gescholten worden! "Grüne Spielwiesen", "grüne Klientelpolitik" wurde allerorten getönt.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Die gibt es immer noch!)

Wenn Sie jetzt über diese Kürzungen Krokodilstränen vergießen, weil Ihnen der Schneid fehlt, dann ist das in hohem Maße verlogen, perfide und heuchlerisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das kennen wir schon aus den letzten Jahren: Jede einzelne Maßnahme ablehnen, weil sie natürlich irgendwem wehtut. Die Steigerung der Verschuldung geißeln, und dazu noch das Blaue vom Himmel versprechen. Allen wohl und keinem wehe! - Aber, Herr Rüttgers, diese Losung kann nicht aufgehen, und die kauft Ihnen auch keiner mehr ab!

Man kann nicht mit weniger mehr machen. Eine gesamtverantwortliche Haltung ist das nicht, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, und das wird Sie auch einholen, verehrter Herr Kollege.

(Manfred Palmen [CDU]: Hoffentlich holt euch das auch einmal ein!)

Meine Damen und Herren, wir haben alle in den vergangenen Wochen sehr viel mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Betroffenen, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem öffentlichen Dienst und betroffenen Vereinen und Verbänden gesprochen. Das, was die Menschen erwarten, ist zum einen Ehrlichkeit und Offenheit über die tatsächliche Lage. Sie möchten wissen, welche Zumutungen auf sie zukommen. Sie wollen transparente und ge-

rechte Lösungen. Sie wollen auch Klarheit bis zum Ende des Jahres. Eine Verzögerungstaktik - wie auch immer begründet - hilft ihnen nicht.

Zum anderen ist das Bedürfnis nach Orientierung - Herr Moron hat es auch schon angesprochen -, nach dem Sinn dieser Sparoperationen, dieser Neuausrichtung spürbar. Die Leute wollen wissen, wie es in zwei, drei oder fünf Jahren aussieht, wenn sie es heute akzeptieren. Wohin die Reise gehen soll, wird oft gefragt. Gibt es einen Endpunkt - wenn auch auf niedrigerem Niveau -, auf dem sich stabiler und verlässlicher leben und arbeiten lässt? Sind politische Prognosen und Zusagen überhaupt noch möglich?

Trotz aller Belastung durch das Tagesgeschäft müssen und wollen wir darauf eine Antwort geben. Die Zeiten vollmundiger Versprechungen müssten auch bei Ihnen ein für alle Mal vorbei sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, ich habe Verständnis für die Proteste und den Unmut. Doch was wäre seriös zu tun, statt wie die Opposition ein Wolkenkuckucksheim aufzubauen? - Eine Alternative zu dem Versuch, die notwendigen Kürzungen halbwegs ausgeglichen auf alle zu verteilen, bestünde z. B. in einer Vielzahl von betriebsbedingten Kündigungen. Wollen Sie diese? Haben Sie den Schneid, das zu verkünden?

Das Schlimmste, was man in dieser Lage tun könnte, wäre doch zu versuchen, die Situation, vor der wir stehen, schönzureden, roten oder grünen Zuckerguss drüberzuschütten und das Produkt noch als Leckerei anzubieten. Nein, das werden wir nicht tun. Ehrlichkeit in der Analyse der Situation, Ehrlichkeit in der Argumentation in der Öffentlichkeit sind wichtige Voraussetzungen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, Sie, die Sie ansonsten weniger Staat propagieren, mehr Eigenverantwortung predigen, tun so, als bedeutete jede einzelne Kürzung für sich allein schon den Untergang des Abendlandes. Das ist ohne Maß und Ziel und passt vorne und hinten nicht zusammen.

Herr Rüttgers, Sie wissen es doch besser. Das Land kann seine Einnahmenseite nicht gestalten, sondern ist massiv von Bundesentwicklungen abhängig. Eine hohe Personalausgabenquote aufgrund der personalintensiven Bereiche wie Schule, Justiz und Polizei engt die Bewegungsfähigkeit ein. Im Haushalt sind kaum noch freie Mittel vor-

handen; fast alle Ausgaben sind über Gesetze und Verträge gebunden.

Da müssen wir handeln und in den kommenden Jahren Nägel mit Köpfen machen. Wir brauchen Bürokratieabbau. Wir brauchen eine Verwaltungsreform, die den Namen verdient. Wir brauchen ein anderes Dienstrecht. Wir brauchen eine Reduzierung des Personalbestandes und gleichzeitig den effizienteren Einsatz unserer Ressourcen.

Außer allgemeinen Absichtserklärungen höre ich zu all dem vonseiten der Opposition nichts. Da legt die CDU in der vergangenen Woche einen so genannten Masterplan vor, der mit vielen netten Worten viel heiße Luft in die Gegend bläst. Darin habe ich keine konkreten Aussagen zu all den drängenden Problemen dieses Landes gelesen. Die Themen Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit, Energie- oder Ökologiepolitik kommen erst gar nicht vor.

Herr Rüttgers, wir ahnen zumindest, warum Sie das tun: Sie bleiben im Allgemeinen, Sie legen nichts Fassbares auf den Tisch. Sie wissen, dass auch Sie an vielen jetzt von der Landesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen nicht vorbeikommen würden, und dann wäre es ganz schnell vorbei mit dem Höhenflug bei den Umfragen. Deshalb verschweigen Sie, wo Sie nur können.

Wer aber angesichts von Milliarden an Fehlbeträgen, die Sie nicht leugnen können, keine einzige Grausamkeit zu bieten hat, sondern nur Abstrakta als Allheilmittel präsentiert, dem kann man nicht trauen. Das kann einfach nicht hinhauen; das taugt höchstens für Rüttgers Märchenstunde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der mittelfristigen Finanzplanung 2001 waren für 2004 Steuereinnahmen in Höhe von 41,1 Milliarden € vorgesehen und 42,2 Milliarden € für 2005. In der jetzt vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung, also zwei Jahre später, sind für 2004 nur noch 35,4 Milliarden € angesetzt und 37,8 Milliarden € für 2005. Für das kommende Jahr sind das 5,7 Milliarden € weniger. Nach der jüngsten Steuerschätzung wird es noch mal weniger sein. Für 2005 liegt die Differenz bei 4,4 Milliarden €. Im nächsten Jahr werden die Einnahmen über 10 % niedriger sein, als wir es noch vor zwei Jahren erwartet haben.

Die Steuereinnahmen sind gegenüber der Prognose von 2001 um über 50 Milliarden € zurückgeblieben. Für die, die in der Wachstumslogik denken: Das entspricht etwa zehn Wachstumspunkten; um die Dimension dessen, was wir we-

niger zur Verfügung haben, deutlich zu machen. So viel zur Entwicklung der Einnahmen.

Wenn wir es nicht gemeinsam schaffen, zu Veränderungen zu kommen, wird sich die Schulden-Zins-Spirale noch schneller drehen und die Handlungsfähigkeit der Politik weiter empfindlich einschränken, und zwar unabhängig davon, wer hier farbenmäßig regiert. Deswegen verstehe ich Ihre Ausflucht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann doch nicht wirklich die Lösung sein. So sehr richtig ist, dass wir unsere Ausgaben dauerhaft an die Entwicklung der Einnahmen anpassen müssen, so sehr richtig ist, dass wir uns insgesamt auf ein geringeres Einnahmenwachstum einstellen müssen - das heißt, dass wir weiterhin sparen müssen -, so sehr ist aber auch richtig, dass die einzig vernünftige Lösung zum Ausgleich dieser riesigen Einnahmefälle und damit auch zur Bewältigung wichtiger sozialer und ökologischer Aufgaben nur lauten kann: Endlich runter mit den Subventionen!

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir brauchen höhere Einnahmen durch den Abbau von Subventionen. Das lässt sich nicht mehr länger auf die lange Bank schieben. Dabei geht es doch gar nicht um das Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“, wie der Bundesregierung unterstellt wird. Selbst wenn das Volumen der Steuersenkung dem Volumen des Subventionsabbaus entsprechen würde, stimmte diese Betrachtung nicht.

Es geht doch ganz grundsätzlich und allgemein darum, dass wir es uns nicht leisten können, Steuern zu senken, ohne Subventionen abzubauen. Anders kann das nicht funktionieren; daran kann doch niemand einen Zweifel haben.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle gewisse Zweifel am Verstand von Herrn Stoiber. Ich muss gestehen, ich kann nicht begreifen, wie jemand das Vorziehen der Steuerreform will, eine weitergehende Finanzierung verlangt, aber gleichzeitig den Abbau von Subventionen nahezu ausschließt. Das kann nicht zusammenpassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er bringt dann ins Spiel - wahrscheinlich aus Taktik mit Blick auf den Vermittlungsausschuss -, dass das alles nur funktionieren würde, wenn das Ganze durch tiefgreifendere Reformen am Arbeitsmarkt kompensiert würde. Wir reden jedoch von 11 oder 12 Milliarden €. Mit Verlaub: Der Vorschlag von Herrn Stoiber ist blanker Unsinn.

Wenn Sie mich fragen, in welcher Höhe wir Subventionen abbauen müssen, plädiere ich vor allem nach der jüngsten Steuerschätzung dafür, mehr abzubauen, als bisher von der Bundesregierung vorgesehen war, also auch deutlich mehr, als im Koch/Steinbrück-Papier vorgesehen ist. Wir tun alle gut daran, uns damit offensiv auseinander zu setzen. Ein richtiger Schritt wäre jetzt, die Formel von Koch und Steinbrück $3 \times 4 = 12 = 15,8$ Milliarden € umzuwandeln in $1 \times 12 = 12$. Mit anderen Worten: Wenn wir im nächsten Jahr 12 % Subventionen aufgabenkritisch fundiert abbauen, dann wären unsere Steuermindereinnahmen und die Mehreinnahmen, die bereits im Haushalt stehen, aufgrund von erwarteten Steueränderungsgesetzen finanziert.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Dann fangen wir beim ökologischen Landbau an!)

Das liegt nicht im Bereich des Unmöglichen. Die Union hat aber nicht nur Herrn Stoiber, sondern auch Herrn Merz. Immerhin hat dieser die Lage begriffen und vorgeschlagen, alle Subventionen auf null zu setzen. Deshalb glaube ich, wer 100 % auf null setzen kann, schafft es auch, 12 % auf null zu setzen. Ich bin sicher, dass ein Weg zu finden ist, wenn er denn gefunden werden soll. Da ist und bleibt die Opposition in der Verantwortung und hier auch die so genannte neue CDU im Westen.

Ein Beispiel, Herr Rüttgers, will ich Ihnen nicht ersparen; Sie haben es selbst angesprochen. Denn das kann einen schon wütend machen. In der Situation, in der wir gezwungen sind, bei den Fördermitteln im Landesjugendplan, für den Sport, die Kultur, die Beratungsstellen ca. 200 Millionen € zu streichen - mit schlimmen Folgen -, kämpfen Sie, Herr Rüttgers, mit Zähnen und Klauen für den Erhalt bzw. eine gewisse Umstrukturierung der Eigenheimzulage.

Herr Dr. Rüttgers, finden Sie es gerecht, dass die Gesamtheit der Steuerzahlenden 10 Milliarden € bezahlt, damit sich 300.000 Menschen ein eigenes Haus bauen können? Finden Sie das gerecht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichts gegen das eigene Heim; aber soll NRW dafür jedes Jahr auf 1 Milliarde € verzichten? Ich finde das nicht gerecht. Das ist absurd. Es ist auch ideologisch begründet. So etwas ist Ideologie. Damit muss Schluss sein. Diese Eigenheimzulage muss weg, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN - Manfred Palmen [CDU]: Sie haben vergessen, Windenergie reinzuschreiben!)

- Das ist keine Subvention. Im Landeshaushalt findet sich kein Euro für dieses Thema. Das kann nicht oft genug betont werden. Insofern bin ich Ihnen für diesen Hinweis dankbar.

(Manfred Palmen [CDU]: Schneewittchen!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu einigen zentralen Punkten unseres Konsolidierungshaushaltes kommen.

In den Haushaltsentwürfen für 2004 und 2005 sind harte Einschnitte vorgenommen worden, auch beim Personal. Das wissen wir. Den zum Teil massiven Unmut, den wir zu spüren bekommen, können wir nachvollziehen. Deshalb sage ich an dieser Stelle noch einmal, dass wir alle diese Maßnahmen nicht ergreifen würden, wenn wir eine Chance sähen, es anders zu machen.

Leider gibt es diese Chance nicht. Wir müssen umsteuern. Angesichts der demographischen Entwicklung heißt das, Strukturen zu verändern, um Einsparungen zu erzielen. Umsteuern heißt aber auch, sich darüber bewusst zu werden, dass schmerzhaft Einschnitte vorgenommen und hingenommen werden müssen. Jeder Bereich wird betroffen sein - nicht nur die Beschäftigten des Landes, aber eben auch die Beschäftigten des Landes.

Für die etwa 260.000 Beamtinnen und Beamten und die rund 133.000 Pensionäre des Landes soll bereits im Jahr 2003 das Weihnachtsgeld gekürzt werden. Anders als von der Landesregierung vorgesehen, soll es nach dem Willen der Koalitionsfraktionen aber eine stärkere soziale Gewichtung geben. Auch diese Maßnahmen sind reine Notmaßnahmen, und sie sind - das betone ich ausdrücklich - auf drei Jahre befristet.

Darüber hinaus wird ab 2004 die Wochenarbeitszeit nach Alter gestaffelt. Grundsätzlich wird sie von 38,5 auf 41 Wochenstunden erhöht. Ab dem 55. Lebensjahr beträgt die Arbeitszeit 40 Stunden wöchentlich, ab dem 60. Lebensjahr 39 Stunden. Für alle Lehrerinnen und Lehrer erhöht sich die Unterrichtsstundenzahl ab 1. Februar 2004 unter Verrechnung der so genannten Vorgriffsstunde um eine Stunde pro Woche.

Wir wissen, dass alle diese Maßnahmen für jeden Einzelnen eine Belastung darstellen. Eine gerechtere Alternative - insbesondere im Vergleich zu anderen Maßnahmen - sehen wir leider nicht. Die Personalausgaben bilden mit ca. 19,9 Milliarden € - das sind 41 % der Gesamtausgaben - im Jahr

2004 den größten Posten im Haushalt. Allein deshalb ist es nicht möglich, die Beschäftigten auszunehmen.

Dann kämen auf die übrigen Bereiche nämlich noch stärkere Belastungen zu. Konkret heißt das: Dann müssten wir alle Förderprogramme streichen und hätten im Haushalt immer noch eine große Lücke. - Im Übrigen kommt keine Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland an diesen oder ähnlichen Maßnahmen in Bezug auf das Personal vorbei.

Während die Personalausgaben mit Kürzungen von rund 4 % zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen, muss der gesamte Bereich der Personalkostenzuschüsse und der institutionellen Förderungen für Verbände, Vereine und andere hingegen Kürzungen bis zu 40 % verkraften. Betroffen sind Beratungsstellen, Notrufe, Frauenhäuser, Kinder- und Jugendarbeit, Drogenberatungsstellen und viele andere mehr.

In der Folge dieser Maßnahmen werden Kündigungen nicht zu vermeiden sein, da Verbands- oder kommunale Mittel die Leistungen des Landes kaum werden auffangen können. Das ist für die dort Beschäftigten bitter. Bitter ist ferner, dass damit natürlich das Leistungs- und Angebotspektrum für unsere Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt wird.

Übrigens hat auch die Landesregierung bereits einen entsprechenden Sparbeitrag geleistet. Die Abgeordneten des Landtages werden das noch tun. Über die Höhe können wir uns im weiteren Verfahren gerne auseinander setzen.

Meine Damen und Herren, einen unverkennbaren Schwerpunkt unserer Arbeit bildet nach wie vor der Bereich der Schule. Wir sichern die Unterrichtsversorgung, und wir halten am Ausbau der offenen Ganztagschule fest. Das haben wir im "Düsseldorfer Signal" festgeschrieben, und dem hat unsere Landesregierung bei der Haushaltsaufstellung trotz aller Schwierigkeiten auch entsprochen.

Diejenigen, die in der Schulpolitik besondere Verantwortung tragen, können denjenigen, die das Ganze mitgeschultert und dafür weitere Abstriche in ihren Bereichen hingenommen haben, nicht dankbar genug sein. Es ist richtig, was wir da tun, aber beileibe nicht selbstverständlich. Für diese Anstrengung möchte ich dem Kabinett ausdrücklich danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das kann sich bundesweit sehen lassen. Deswegen habe ich für

zwei Dinge kein Verständnis: erstens für das Gejauge der Opposition, die Kritik der Verbände und manche öffentliche Diskussion sowie zweitens für die merkwürdige öffentliche Kommunikation, die diesbezüglich in dieser Woche aufgekommen ist. Fakt ist nämlich Folgendes: Wir steigern die Unterrichtsleistung für unsere Schülerinnen und Schüler mit diesem Doppelhaushalt um noch einmal 200.000 Unterrichtsstunden wöchentlich. Das ist eine immense Steigerung, die wir hier als Koalition schultern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schaffen das zum einen, indem unsere Lehrerinnen und Lehrer entgegen früherer Planungen eine weitere Stunde unterrichten. Darüber hinaus schaffen wir zusätzliche Stellen, um neue Unterrichtsbedarfe zu decken, die sich vor allem an den Sonderschulen und den Berufskollegs ergeben haben. Anders als in allen anderen Bereichen der Landespolitik dient die Mehrarbeit an den Schulen also nicht der Konsolidierung, sondern bedeutet ganz klar und eindeutig mehr Unterricht.

Wir haben in diesem Jahr über 5.000 junge Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst eingestellt. Wir werden auch im kommenden Jahr viele Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Keine und keiner der ausgebildeten Referendarinnen und Referendare wird auf der Straße stehen. Im Gegenteil: Wir können auch diejenigen gut gebrauchen, die derzeit in Hessen ausgebildet werden und dort keine Zukunft haben. Nur zu, Frau Ministerin! Ich hätte keine Skrupel, dort nachzufragen und diese Referendarinnen und Referendare aus Hessen anzuwerben.

Meine Damen und Herren, es gibt also keinen Grund für verzagte Rechtfertigung in diesem Bereich, sondern Grund für offensive und klare Botschaften, die da lauten: mehr Geld für die Schulen; keine Abstriche am Unterricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Recker und Herr Dr. Rüttgers, selbstverständlich führt die beschlossene Mehrarbeit ab dem Schuljahr 2004/05 zu einer Veränderung der Parameter bei der Schüler-Lehrer-Relation. Das hat aber nichts damit zu tun, dass die Klassen aufgrund dieser Maßnahme größer würden oder aber die Lerngruppen, wie sie das der Öffentlichkeit wider besseres Wissen weismachen wollen. Leider rechnen wir in Deutschland Schule über diese komische Input-Steuerung. Eines wird an dieser Auseinandersetzung deutlich und sollte uns allen zu denken geben: Wenn wir in Deutschland von Schule reden, dann reden wir von Stellen,

Unterrichtsstunden und damit von Quantitäten. Wir reden viel zu wenig von Qualitäten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, das aber gehört ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Die einzelne Unterrichtsstunde allein ist wichtig, bildet die Voraussetzung, zählt für sich genommen aber noch gar nichts. Entscheidend ist die Qualität von Lernprozessen, die von vielen anderen Faktoren abhängt.

Deswegen: Weg von dieser input-orientierten Steuerung, hin zu einer output-orientierten Steuerung,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weg vom Kästchendenken, hin zur Orientierung an Ergebnissen! Es sind die Phantasten, die die Welt verändern, nicht die Erbsenzähler.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Diesen Weg wollen wir Grünen einleiten und konsequent verfolgen.

(Manfred Palmen [CDU]: Oje, oje, oje!)

Meine Damen und Herren, wir wollen und werden Handlungsfähigkeit beweisen, umstrukturieren hin auf effektivere Strukturen. Wir werden neu definieren müssen, wofür der Staat, das Land zuständig ist, Geld ausgeben muss.

Ein funktionierendes Gemeinwesen ist wichtig für die Gestaltung der Zukunft. Ein solches Gemeinwesen benötigt ausreichend Finanzen. Sein Funktionieren ermöglicht erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Betätigung. Also müssen auch alle nach ihrer Leistungsfähigkeit an seiner Finanzierung beteiligt werden.

Deshalb ist es nicht in Ordnung, wenn sich Konzerne bzw. Unternehmen oder auch der vermögende Privatier vor dem Finanzamt arm rechnen können und somit kaum noch Steuern bezahlen, aber am liebsten alle Institutionen kostenlos nutzen wollen. Darauf wird man in diesem Land doch wohl noch hinweisen dürfen.

Auch deshalb müssen wir bei den Steuervergünstigungen kräftig aufräumen. Höchst erfreulich ist in dem Zusammenhang, dass nach den Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung die Körperschaftsteuer im kommenden Jahr nach den Einbrüchen der vergangenen Jahre im Jahre 2004 auf 12,7 Milliarden € anwachsen wird. Damit befinden wir uns auf dem richtigen Weg. Es kann aber noch besser werden.

Ebenfalls erfreulich ist in dem Zusammenhang, dass auch in die Debatte um die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer wieder Bewegung gekommen ist. Wir werden deutlich machen, dass dies Wege sind, um die Einnahmenseite für alle zu stärken und gerade diejenigen an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, die finanziell bessere Möglichkeiten haben als andere.

Das sind Wege, um die doch von einem großen Teil der Bevölkerung empfundene Gerechtigkeitslücke zu schließen. Dabei geht es nicht um eine Neiddiskussion, sondern um soziale Gerechtigkeit. Denn wir haben in Deutschland nicht nur ein Problem der Generationengerechtigkeit, sondern wir haben auch ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Das weist der Armutsbericht der Bundesregierung regelmäßig aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verehrter Herr Dr. Rüttgers, an der Stelle haben Sie ein Glaubwürdigkeitsproblem und verheddern sich in Widersprüche. Wer diese Fragen völlig ausblendet, kann sich bei der einen oder anderen Maßnahme hier im Landtag schlecht als Vertreter der so genannten kleinen Leute und Sachwalter aller Enterbten und Verwaisten aufplustern. Das ist zwar Ihr gutes Recht als Opposition; es wird aber umso durchsichtiger, schauen wir uns einmal an, wie Ihre Brüdern und Schwestern im Geiste in den anderen Bundesländern mit den gleichen Problemen umgehen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ihr Herr Koch in Hessen macht es ja immer auf die brutalst mögliche Weise.

(Lachen bei der SPD)

Zuerst wirft er das Geld mit vollen Händen zum Fenster raus und wirbt unsere Lehrer ab. An der Stelle haben wir also noch eine Rechnung offen. Und im kommenden Jahr streicht er 1.000 Lehrerstellen.

Damit aber noch nicht genug: Dort wird die 42-Stunden-Woche eingeführt. Alle staatlichen und ideologisch nicht genehmen Träger in Hessen wie z. B. Pro Familia werden auf null gesetzt, während Vertriebenenverbände oder konfessionelle Träger ihre Förderung behalten.

Herr Rüttgers, wollen Sie das? - Ich kann mir das nicht vorstellen. Wollen Sie die plurale Landschaft in unserem Land, der wir wahrhaft einiges zumuten, gänzlich abschaffen und so ungerecht behandeln?

Ähnlich sieht es in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Bayern aus. Ja, wir haben erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der anstehenden Haushalte. Aber: Herr Rüttgers, auf besonderen Wunsch unseres Ministerpräsidenten haben wir im "Düsseldorfer Signal" festgehalten - und das belegt auch der Blick auf andere Länder -: NRW ist keine Insel!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jede Krise bietet auch die Chance zur Kreativität, zum Neuanfang, zur Erneuerung. Neben dem Bedürfnis an Orientierung ist auch die Bereitschaft, Veränderungen mitzumachen, Reformen zu begleiten, in der Bevölkerung sehr groß. Sehr viele wissen, dass es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Diese Bereitschaft müssen wir aufgreifen. Das ist auch eine Chance für unsere Demokratie.

Wir als Grüne haben im Frühjahr 2003 die vor uns liegenden Herausforderungen angesichts der sich abzeichnenden Haushaltslage offen formuliert und klar gemacht, dass wir zu diesem Weg bereit sind. Wir haben das in großer Geschlossenheit getan und werden diesen schwierigen Weg auch in Zukunft weiter gehen.

Es geht um Gestaltung unter erschwerten Bedingungen. "Aufgabenkritik" ist so ein eher technokratisch anmutendes Stichwort. Aber genau darum geht es. Wir müssen überprüfen, welche Aufgaben das Land noch übernehmen muss. Dann ist zu hinterfragen, wie diese Aufgabe bewältigt wird.

Ich nenne als Beispiel die Verwaltungsreform: Wir begreifen die Lösung dieser Aufgabe als dauerhaften Prozess, den wir nicht nach einem einmal gefundenen Minimalkompromiss zu den Akten legen werden.

Als weiteres Beispiel nenne ich die Schulaufsicht: Selbstständige Schulen brauchen Unterstützung, aber keine Paragraphenreiter. Die Form der Schulaufsicht, wie wir sie heute haben, muss weg. Ich freue mich, dass der Kollege Moron hier und heute so klar und deutlich gesagt hat, dass das Konzept, das wir Grüne entwickelt haben, die Zustimmung der SPD-Fraktion findet.

Natürlich müssen wir als Staat auch Strukturen erhalten, die die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft sicherstellen. Aber staatliches Handeln muss die Leistungsbereitschaft, die Einsatzfreude unserer Menschen unterstützen, statt sie durch bürokratische Hindernisse zu bremsen. Der Staat und wir als Land müssen auch sinnvolle und notwendige Strukturen gerade für die Schwächeren in unserer Gesellschaft bereithalten, damit nicht nur die Ellenbogen überleben. Das bedeutet: Wir

benötigen Beratungsstellen, Hilfe zur Selbsthilfe, Unterstützungssysteme. Deshalb werden wir in den anstehenden Fraktionsberatungen einen Schwerpunkt darauf legen, dass durch die anstehenden Maßnahmen keine irreparablen Schäden angerichtet werden. Wir müssen gerade auch die Serviceeinrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger erhalten. Ansonsten bekämen sie mehr und mehr die Vorstellung, sie bezahlten Steuern in ein anonymes System ohne Gegenleistung. Das darf nicht sein. Der Staat muss sich als Dienstleister für die Menschen sehen. Uns ist klar, dass der Handlungsspielraum - soweit es um dieses Thema geht - in diesem Jahr ausgesprochen eng ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, ich komme noch einmal zu Ihnen und Ihrer Partei. Ein vielstimmiger Chor erschallt da: Steuerpolitik, Finanzpolitik, Sozialpolitik. Ja, dazu haben fast alle etwas zu sagen, doch viele in eine andere Richtung. Sie sind wahrlich keine große Hilfe in der politischen Auseinandersetzung. Das gilt nicht nur für die Bundesebene, das gilt auch und gerade für Nordrhein-Westfalen. Sie bleiben mit dem in der vergangenen Woche vorgelegten so genannten Masterplan alle, aber auch wirklich alle Antworten schuldig.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Vor allem bieten Sie keinerlei konkrete Alternativen, keine Vorschläge zur Finanzierung Ihrer auch so schönen Pläne und Versprechungen. Kleinere Klassen - wer wollte die nicht? Aber wie wird es denn genau finanziert? Was Sie mit kleineren Schulen meinen, habe ich nicht so ganz verstanden. Wenn es integrative Schulen wären, könnten wir gerne darüber sprechen. Im Gegenteil: Sie sind zum Teil in Ihrem Verhalten kontraproduktiv und hinderlich für dieses Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wo waren Sie denn in der Debatte um die Gemeindefinanzreform? Während wir uns hier offen im Landtag mit unserer Bundesregierung angelegt haben, weil uns das Ergebnis nicht gepasst hat,

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

haben Sie durch geistige Abwesenheit geblüht. Und jetzt rennen Ihnen Ihre Bürgermeister zu Recht die Türen ein, weil sie diese Gemeindefinanzreform wollen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Also geben Sie sich einen Ruck und unterstützen Sie das Ergebnis. Es ist das Beste, was seit langem, seit Jahrzehnten für die Gemeinden dieses Landes auf dem Tisch liegt. Wenigstens dazu sollten Sie sich entschließen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von GRÜNEN und SPD)

Anderes Stichwort: Wasserentnahmeentgelt. Es ist heute schon genannt worden. Da meinen Sie wohl wieder ein Thema zum grenzenlosen Polemisieren gefunden zu haben. Aber sehen Sie sich doch bitte auch bei dem Thema um. In Ihrem vermeintlichen Musterlände Baden-Württemberg ist diese Abgabe auf die natürliche Ressource Wasser gang und gäbe, und keine Wirtschaft - gerade die mittelständische nicht - säuft deshalb ab. Die FDP im Lande - so habe ich mich informieren lassen - stellt sogar manchmal Erhöhungsanträge, weil es ein so wunderbares Instrument ist.

Meine Damen und Herren! Wo bitte schön ist die CDU, wenn notwendige und sinnvolle Reformen auf Bundesebene endlich eingeleitet werden - bei der Steuerreform, bei der Arbeitsmarktreform, beim Zuwanderungsgesetz? Da halten Sie sich aus kurz sightigen, parteipolitisch-egoistischen Gründen aus der Diskussion heraus

(Manfred Palmen [CDU]: Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

und lassen die "Kochs" die Blockadepolitik betreiben. Von ähnlich verheerender Wirkung wie der angesprochene Zuckerguss wird aber das Verhalten der Opposition bzw. der Union sein, wenn sie es weiterhin vorzieht, Therapie vorschläge der Regierung abzulehnen, Gesetze zu blockieren, ohne je eigene ernsthafte, in sich stimmige Vorschläge auf den Tisch zu legen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir ersparen, das zu kommentieren. Das hat die Öffentlichkeit hinreichend getan. Nur eines möchte ich sehr deutlich sagen: Es ist nicht die Zeit zu pokern. Das ist kein Spiel. Neu geben, weil uns das Blatt nicht gefällt, das geht nicht. Hier geht es um die Zukunftschancen und um die zukunftsfeste Gestaltung unserer Gesellschaft. Deshalb ist es nicht egal, wie es ausgeht. Uns jedenfalls ist es nicht egal. Wenn wir jetzt nicht die parteitaktischen Spielchen lassen, werden wir alle verlieren.

Ich teile in dem Zusammenhang die Sorge des neuen Bundesratspräsidenten Althaus, der am vergangenen Freitag in seiner Antrittsrede im Bundesrat vor einer Destabilisierung der politischen Ordnung gewarnt hat, wenn die in Aussicht gestellten Reformen nicht zustande kommen.

Ich habe es deswegen noch einmal gesagt, weil in diesen Tagen im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss diese Themen alle behandelt werden. Nicht nur der Bund, auch die Länder und damit auch und gerade Nordrhein-Westfalen sind abhängig von dem, was im Bundesrat entschieden oder nicht entschieden wird. Wir sind in vielerlei Hinsicht abhängig, vor allem aber finanziell. Gerade deshalb ist es für die Menschen in unserem Land wichtig, dass die Reformgesetze im Bundesrat nicht blockiert werden: das Vorziehen der Steuerreformstufe von 2005 auf 2004 einschließlich der Schritte zum Subventionsabbau, die Neuordnung der Gemeindefinanzen, damit vor Ort endlich wieder investiert werden kann, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wer jetzt gleichzeitig weiter reichende Vorschläge in die Diskussion für eine spätere Umsetzung bringt, aber konkret anstehende Schritte verhindert, der handelt verantwortungslos.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, damit die Interessen von Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstem Bundesland im Bundesrat und in den anstehenden Beratungen im Vermittlungsausschuss eine gewichtige Rolle spielen. Über alle Fraktionsgrenzen hinweg sind im Interesse der Menschen dieses Landes klare Signale erforderlich. Die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung und eine zukunftsfeste sozial gerechte Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme müssen unterstützt werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem jiddischen Sprichwort enden, welches sehr gut in die derzeitige Debatte passt. Dort heißt es: "Die Not schärft den Verstand!" Vielleicht werden wir am Ende dieses Prozesses schärfer und genauer sehen, was notwendig, wichtig und richtig ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerpräsident Steinbrück.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe aus den beiden Reden der Oppositionsführer, von Herrn Rüttgers und Herrn Wolf, keinen einzigen Anhaltspunkt gewinnen können, wie der Doppelhaushalt 2004/2005 mit den objektiv gegebenen Problemen besser fertig werden könnte. Ich habe keinen einzigen Anhaltspunkt dafür bekommen, warum Maßnahmen,

die die Landesregierung beschlossen hat und die Gegenstand Ihrer Beratung sein sollen, schlechter sein sollen als ziemlich gleich gerichtete Maßnahmen in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, die teilweise von Ihren Parteien regiert werden.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich habe nicht einen einzigen Anhaltspunkt dafür gewinnen können, wie wir mit den Einnahmeverlusten konjunkturbedingt fertig werden wollen und mit den Steuermindereinnahmen, die wir erzielen, weil wir den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einnahmen belassen möchten als bisher. Ich habe keinen einzigen Anhaltspunkt darüber gewonnen, wie wir aus der Konfliktlage mit der Notwendigkeit, einen verfassungskonformen Haushalt aufstellen zu müssen, fertig werden können.

Das heißt: Wo liegen Ihre Einsparvorschläge, Herr Rüttgers und Herr Wolf, mit den gegebenenfalls 1,2 bis 1,3 Milliarden € über ein Vorziehen der Steuerreform - ich habe Sie, Herr Rüttgers, heute so verstanden, dass Sie dafür sind - und mit den aus der Steuerschätzung zusätzlich resultierenden Mindereinnahmen, wahrscheinlich noch einmal in der Dimension von netto 250 bis 300 Millionen €, fertig werden zu können, und zwar bei aller Bereitschaft, nicht opportunistisch, nicht populistisch, sondern verantwortungsbewusst diese Vorschläge auch der Öffentlichkeit gegenüber vorzustellen und gar gegenüber Demonstrationen durchzusetzen und zu vertreten? Dazu war in Ihren Beiträgen am heutigen Tag nichts zu erfahren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe in Ihrer 30-minütigen Rede, Herr Rüttgers - teilweise zu meiner Freude, teilweise zu meinem Vergnügen - festgestellt, dass Sie sich in weiten Teilen dieser Rede mit Zitaten von mir befasst haben. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass in der Rede mehr Steinbrück als Rüttgers gewesen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das freut mich deshalb, weil so deutlich wurde, dass ein Artikel, den ich in der „Süddeutschen Zeitung“ im Frühjahr 2002 geschrieben habe, bis auf den heutigen Tag einen Nachhall findet und offenbar doch von einer gewissen Substanz getragen gewesen ist.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein!)

- Doch, sonst würden Sie ihn ja nicht zitieren.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Weil Sie es nicht tun!)

Man kann diverse Zitate finden. Wahrscheinlich kann ich von Ihnen aus den 80er- und 90er-Jahren so viele Zitate, wie ich will, finden.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ein Jahr!)

- Oder drei Jahre!

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nein, ein Jahr!)

- Das ist mir völlig gleichgültig. - Da werden Sie schon hilfreiche Geister haben, die Ihre Zettelkästen durchgehen. Das ist ja nicht das Problem. Das Problem ist, dass wir es auch mit veränderten Bedingungen zu tun haben, die in Ihrer Rede überhaupt keine Rolle spielen. Ihre Rede war eine recycelte Haushaltsrede, wie Sie sie vor zwei oder drei Jahren auch schon gehalten haben, nichts anderes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es fehlte auch nicht an den üblichen Begriffen und an den üblichen Bildern. Es fehlte auch nicht an der Ansprache der üblichen Verdächtigen. Ich frage mich nur, ob der inflationäre Gebrauch immer derselben Bilder und derselben Verdächtigen - bei aller Vorliebe auch für manche scharfkantige Attacke - dem Publikum, den Bürgerinnen und Bürgern, wirklich einen Erkenntnisgewinn verschafft. Ich behaupte: Nein!

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Ich behaupte: Ja!)

Ich nehme auch die Zuspitzungen, von denen eine parlamentarische Debatte lebt und hinsichtlich derer ich ja auch nicht ganz unverdächtig bin, mit großem Sportsgeist. Aber da, wo es definitiv falsch wird, müssen Sie mir schon erlauben, dass ich dem widerspreche. Zum Beispiel ist Ihr Zitat, ich hätte den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes auf eine Phase von 10 bis 15 Jahren soziale Unsicherheit in Aussicht gestellt, falsch. Ein solches Zitat gibt es von mir nicht. Wie Sie der Berichterstattung der „Westfälischen Post“ vom 01.11.2003 entnehmen können, ist das Teil der Berichterstattung, aber nicht Teil eines Zitats von mir. Das müssen Sie, Herr Rüttgers, schon konzedieren.

(Frank Sichau [SPD]: Er kann noch nicht einmal zitieren!)

Sie setzen das in Anführungszeichen. Ich habe das aber nicht gesagt. Die „Westfälische Post“ behauptet das lediglich.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein, nein!)

- Mir liegt der Satz genauso wie Ihnen auch vor. Wir könnten jetzt einen kleinen Austausch machen. Sie werden allerdings zugeben müssen, dass das kein Zitat ist, sondern das wird mir nahe und in den Mund gelegt.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rüttgers?

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Ja, bitte sehr.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Bitte, Herr Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Können wir uns darauf verständigen, Herr Ministerpräsident, dass die Worte - ich habe hier eine Kopie - „soziale Unsicherheit“ in "Tüttelchen" stehen und damit ein Zitat sind.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Nein. Es steht da:

„Dabei müssten sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen in den nächsten 10 bis 15 Jahren auf eine Phase der sozialen Unsicherheit einstellen.“

An der Stelle stehen keine "Tüttelchen" - jedenfalls bei mir nicht.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU] begibt sich ans Rednerpult und zeigt dem Ministerpräsidenten - direkt neben diesem stehend - seine Kopie. - Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

Das Nächste ist: Es macht keinen Sinn, dass Sie in Ihren Darlegungen z. B. behaupten, es gebe Einsparungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich oder Forschungs- und Hochschulbereich. Das ist definitiv nicht der Fall. Sie können vielmehr dem Haushaltsplan entnehmen, dass die Ausgaben des Einzelplan 06, der dieses wichtige Feld in Nordrhein-Westfalen beinhaltet, um 1,3 % auf über 5,3 Milliarden € steigt. Also fände ich es nur fair, wenn Sie in Ihren Ansprachen nicht den gegenteiligen Eindruck vermitteln und

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU] meldet sich erneut zu Wort.)

an der einen oder anderen Stelle auch darstellen würden, dass sich die Reformen der Hochschulen fortsetzen, dass die Substanz des Qualitätspaktes gewahrt bleibt, dass wir es mit einer höheren Lehrverpflichtung im Hochschulbereich zu tun ha-

ben, was den Studierenden zugute kommt, und dass auch die Forschungsförderung insgesamt keinen Abbau, sondern einen Zuwachs enthält.

Dasselbe gilt für den Bildungsbereich. Insgesamt ist der Landeshaushalt von 1995 bis 2005 um 12,3 % gestiegen. Der Einzelplan 05, in dem steht, was wir für Bildung ausgeben, hat nach meiner Wahrnehmung inzwischen eine Steigerung von 33 %. Diese Bildungsausgaben werden unter Berücksichtigung der sinkenden Versorgungslasten im nächsten Jahr dennoch um 1,5 % und 2005 sogar um 2,3 % steigen. Auch dies gehört zu einer vollständigen und souveränen Darstellung dessen, was wir hier im Lande tun, ebenso wie der richtige Hinweis darauf, dass wir es mit einer Investitionsquote zu tun haben, die nicht 7,6 % beträgt,

(Edith Müller [GRÜNE]: Genau!)

sondern nach Berechnungen des Finanzministers 10 % in 2004 und 9,9 % in 2005.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Ich komme nur darauf, weil es keinen Sinn macht, sich hier hinzustellen und dem Publikum andere Fakten darzustellen. Das gilt auch für Ihre Darlegungen, Herr Wolf.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich dazu verstiegen - teilweise vielleicht zum Schrecken der älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen, teilweise wahrscheinlich sehr viel eher zum Schrecken der aktiv Arbeitenden -, dass die Rentenversicherungsbeiträge auf 20 % treiben. Dies ist eine schlichte Falschmeldung.

(Frank Sichau [SPD]: Manipulation!)

Die entscheidenden Beschlüsse der Bundesregierung sind gerade dahin gehend gewesen, dass es zu einem Einfrieren des Beitragssatzes bei 19,5 % kommt.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Wir treffen uns im nächsten Jahr wieder!)

Insofern stellt sich die Frage, warum Sie sich hier hin stellen und etwas vertreten, was gar nicht Gegenstand der Politik des Bundes ist und auch nicht der Landesregierung. Sie wissen, dass ich zu denjenigen gehöre, die einer steigenden Abgabentwicklung im Sozialversicherungsbereich aus dem gemeinsamen Interesse entgegenwirken wollen, dass darüber die Bruttoarbeitskosten höher und damit die Eintrittsbarrieren für die Arbeitslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt noch schlechter werden.

Ich finde auch Ihre Bezeichnung sehr merkwürdig, Herr Wolf, dass Sie eine Steuerreform, die insgesamt zum 01.01. des nächsten Jahres den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland 22 Milliarden € mehr im Portemonnaie belässt - in alten Währungskategorien sind das 44 Milliarden DM -, als Mickymausreform bezeichnen. Das ist schon erstaunlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann mich in der langen Zeit, in der die FDP auf Bundesebene mitregiert hat, nicht an eine einzige Steuerreform erinnern, wo Sie behilflich gewesen sind, den Menschen in einem Zug 44 Milliarden DM oder 22 Milliarden € mehr auf den Lohn- und Gehaltskonten oder in den Portemonnaies zu belassen. Dazu sind Sie niemals in der Lage gewesen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb muss man aufpassen, welche Begrifflichkeiten man von diesem Pult aus prägt, die natürlich transportiert werden und sich wiederfinden. Wir tun uns als politische Klasse insgesamt keinen Gefallen damit. Denn dieser sehr sträfliche Umgang mit Bildern und Fakten setzt sich fort und wird negativ auf uns zurückfallen.

Dann stellen Sie sich hier hin - ich glaube, zum 27. Mal und insofern ohne großen Originalitätswert - und fordern, wir mögen doch bitte Landeseigentum privatisieren. Aber dann sagen Sie doch bitte dem staunenden Politik, welches und wie es funktionieren soll! Einfach die abstrakte Aussage in den Raum zu stellen, insbesondere auch bei der LEG, hat keinen Sinn, wie Sie und ich aus gemeinsamen Erfahrungen - auch im Haushaltsausschuss des Landtages - wissen, da dies eine sehr komplizierte Operation ist und das Land seine Anteile an den Messegesellschaften und am Flughafen bereits an eine Beteiligungsgesellschaft veräußert hat. Das heißt, wir können nur zusätzliche Einnahmen erzielen, wenn wir es aus dieser Beteiligungsgesellschaft einem neuen Eigentümer mit einer zusätzlichen Rendite veräußern können. Sie wissen auch, dass der gegenwärtige Zeitpunkt, über eine Veräußerung von WestLB-Anteilen zu debattieren, denkbar ungünstig ist.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Hat keiner gesagt!)

- Dann werden Sie bitte konkret und stellen nicht einfach etwas in den Raum, wodurch Sie zumindest den Eindruck vermitteln, darin könnte eine Entlastung der jetzigen Problematik liegen.

Ich fand insbesondere in Ihren Beiträgen ganz erstaunlich, dass Sie jede Einsparmaßnahme des Landes in Bausch und Bogen abqualifiziert haben

- übrigens mit Begriffen, von denen ich eher dachte, dass sie der FDP etwas fremd sind. Auch das Plädoyer für das Beamtentum habe ich bei der FDP vorher nie so wahrgenommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber das ist vielleicht schon eine Portion Ironie zu viel.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Es ging um Ungerechtigkeit!)

Wenn es aber darum geht, dass weitere Steuererleichterungen nicht etwa kreditfinanziert werden sollen - und ich unterstütze die Argumentation, dass das in der Tat hochproblematisch ist, weil die Neuverschuldung und der gesamte Schuldenstand dabei nach oben gehen -, dann machen Sie mir bitte einen Vorschlag, Herr Wolf, wie ich diese 1,2 Milliarden € ohne weiter gehende Einsparung im Haushalt wegstecken soll, ohne dass die gesamte Szene in Nordrhein-Westfalen davon tiefgreifend betroffen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da machen Sie es sich zu leicht. Darüber gehen Sie zu leichtfüßig hinweg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben uns einzugestehen - und ich werde nicht müde, dies zu tun, weil am Anfang eine sehr nüchterne Bestandsaufnahme stehen muss, worüber ich einen Gestaltungsauftrag überhaupt nicht in Abrede stelle; darauf können wir gerne zu sprechen kommen, Herr Rüttgers und auch Herr Wolf -: Wir haben es im dritten Jahr mit einer Rezession zu tun - nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Dabei sind die Wachstumsraten in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich. Es gibt auch andere Daten, die besser sind. Auf die komme ich gleich zu sprechen, damit wir dieses große Land nicht verzeichnen und damit wir auch den Stolz der Bürger auf das, was in diesem Land geleistet wird, nicht verletzen.

Wir haben es mit einer öffentlichen Haushaltslage zu tun, die so keiner von uns vor drei Jahren vorausgesehen hat, die gleichermaßen den Landeshaushalt und vor allen Dingen auch die kommunalen Haushalte betrifft. Wir haben es in Nordrhein-Westfalen nach wie vor mit Strukturanpassungsprozessen zu tun, die anders und tiefgreifender sind als in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ich wäre dankbar, wenn das auch auf den Bänken der Opposition anerkannt werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Baden-Württemberg und Bayern hatten keine vergleichbaren Prozesse. Wir haben es in Nordrhein-Westfalen mit Regionen zu tun, die weit überdurchschnittlich und sehr gut dastehen - der Köln/Aachener Raum, der Köln/Bonner Raum, Teile Ostwestfalens, das Münsterland, auch inzwischen Teile des Siegerlandes -, aber wir haben es auch mit Regionen zu tun, die von diesem Strukturwandel so gebeutelt sind, dass sie mit Arbeitslosenquoten von 15, ja 16 % kämpfen und dementsprechend eine Einnahmesituation haben, die als dramatisch bezeichnet werden kann.

Wir haben es in diesem Land nach wie vor mit einem sehr hohen Niveau der sozialen Betreuung und der sozialen Infrastruktur zu tun. Das dürfte auch Anerkennung finden. Das geht auf die Leistung vieler Menschen in diesem Land zurück, aber auch auf die Leistung einer Regierung, was nicht verwunderlich ist, wenn man 37 Jahre regiert. Auch das darf man zugeben. Sie würden sich dabei keinen abrechnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dieses nach wie vor hohe Niveau an sozialer Betreuung, an sozialen Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur ist gefährdet und wird von der dramatischen Haushaltslage, die ich beschrieben habe, und einer Demographie angegriffen, die inzwischen weitestgehend akzeptiert worden ist. Die haben wir als Politiker gemeinsam lange nicht anerkannt. Es hat einen - inzwischen nicht mehr aktiven - CDU-Politiker gegeben - um das Kompliment zu machen -, der das sehr frühzeitig thematisiert hat. Das war der frühere Ministerpräsident von Sachsen, Herr Biedenkopf. Wir haben das lange verdrängt.

Dies ist übrigens auch der Kern meines Zitates: Derjenige, der die Welt so beschreibt, wie sie ist, verändert sie auch. Das ist nicht die Distanzierung von einem Gestaltungsauftrag, sondern ein Plädoyer, der verbreiteten Realitätsverweigerung nicht mehr nachzugeben, sondern sich diesen Realitäten zu stellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In dieser Situation, die ich im Telegrammstil zu beschreiben versucht habe, sieht ein Haushaltsaufstellungsverfahren, sehr geehrter Herr Rüttgers, anders aus als vor zwei oder drei Jahren. Dies muss auch in der Rede eines Oppositionsführers seinen Niederschlag finden. Er muss vor dem Hintergrund einer anderen Situation als derjenigen, die wir schon einmal vor einem, vor zwei, geschweige denn vor drei Jahren gehabt

haben, in der Lage sein, die althergebrachten Begrifflichkeiten, Qualifizierungen und Adjektive auszutauschen.

Zu Ihrer Forderung, die Landesregierung möge diesen Haushaltsentwurf zurückziehen, er sei Makulatur: Nehmen Sie es mir nicht übel, diesen Begriff habe ich bei fast jedem Haushaltsentwurf gehört, den die Landesregierung vorgelegt hat. Er war immer gleich Makulatur. Er ist aber keine Makulatur. Warum nicht? - Sie können über die vorgelegten Entwürfe zu den Einzelplänen, zu den Titelgruppen und zu den Titeln sofort in eine Beratung einsteigen; denn ich sage Ihnen: Das, was Ihnen mit der ersten und der zweiten Ergänzungsvorlage - auch im Lichte dessen, was in Berlin in Bundesrat, Bundestag und vorher im Vermittlungsausschuss zu entscheiden ist - zugeht, wird an den Titeln und Titelgruppen nichts verändern.

Wir werden nicht in der Lage sein, über das Ergebnis der weiteren vier oder fünf Wochen an anderer Stelle 500 Millionen € mehr einsparen zu können. Beim Landesjugendplan, beim Landesaltenplan, bei Wissenschaft und Forschung, im Bereich der Schule, im Bereich der Kulturförderung, im Bereich der Existenzgründungsförderung - überall werden wir doch gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, dass dort nicht mehr Luft im Karton ist. Das heißt also, dass Sie das, was über die erste und zweite Ergänzungsvorlage im Wesentlichen im Zuge dessen, was in Berlin zu beraten ist, rechtzeitig erreichen wird. Dennoch können Sie bis dahin über den von der Landesregierung vorgelegten Regierungsentwurf und die darin aufgeführten Einzelpläne angemessen beraten.

Bislang passt vieles, was Sie öffentlich und auch heute in dieser Debatte gesagt haben, Herr Rüttgers, Herr Wolf, nicht zusammen. Sie fordern auf der einen Seite - wenn ich mir eine Zusammenstellung der letzten Woche anschau - z. B. eine Rücknahme von Einsparungen bzw. an anderer Stelle Mehrausgaben in einem Wert von über 2 Milliarden € in den beiden nächsten Jahren. Das habe ich mir sehr genau auflisten lassen. Dies sind Vorschläge der Opposition aus den letzten Wochen, was auf der einen Seite nicht eingespart und auf der anderen Seite mehr gemacht werden soll. Das ist genau der Mechanismus, den Herr Dieckmann schon beschrieben hat: Sie machen sich auf der einen Seite "lieb Kind", sammeln überall Beliebtheitspunkte nach dem Motto: Wir tun euch nicht so weh, es wird schon nicht so schlimm; da legt die Opposition noch etwas oben drauf. Auf der anderen Seite werfen Sie gleichzei-

tig der Landesregierung vor, noch mehr Schulden zu machen.

Nach Ihrer Auffassung wird an anderer Stelle also nicht genug gespart. Dann möchte ich Sie gerne zu einer seriösen Debatte veranlassen: Was denn nun? Entweder das eine oder das andere!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dass Sie uns in einer der letzten Passagen Ihrer Rede, Herr Rüttgers, daran erinnern, da läge ein 9-Milliarden-Einsparprogramm der CDU vor - das ist eine Wahnsinnsnummer, die Sie da abziehen. Das haben wir schon drei- bis viermal gehört, und alle in diesem Raum wissen, dass das Luftbuchungen sind. 9 Milliarden €! Das ist überhaupt nicht unterfüttert!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch von der CDU)

- Nein, es ist nicht unterfüttert! Übrigens ist das Zitat mit den 10.000 Stellen aus einem anderen Zeitungsartikel. Aber vielleicht tauschen wir den auch gleich aus. Ich habe den hier, Herr Rüttgers. Wollen wir den einmal ...?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück deutet an, Dr. Jürgen Rüttgers [CDU] ein Schriftstück zu überreichen.)

Nur ändert das nichts an den Hinweisen des Kollegen Dieckmann: Wir haben nur ungefähr 4.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ministerialverwaltung. - Selbst wenn ich mich auf diese Zahl beziehe: Eine 1,5%ige Einsparung in diesem Bereich ist weit von der Summe entfernt, die Sie erreichen wollen, insbesondere dann, wenn man auch noch verschiedene Verwaltungsbereiche herausnehmen und dort nicht einsparen will: Nicht weniger Lehrer, sondern mehr Lehrer! Nicht weniger Polizisten, sondern mehr Polizisten! Nicht weniger Richter und Staatsanwälte, sondern nach Lage der Dinge mindestens dieselben! Nicht weniger Leute in der Finanzverwaltung, sondern noch mehr! Und nicht weniger Hochschullehrer, sondern mehr Hochschullehrer! - Wenn wir das alles gemeinsam tabuisieren, bleibt nicht mehr so viel übrig. Das wissen Sie doch! Also: Warum kommen Sie regelmäßig in jedem Jahr mehrere Male mit diesem Dauerbrenner, obwohl wir wissen: Da ist nicht so viel drin!?

(Manfred Palmen [CDU]: Frau Höhn hat die 10.500 Stellen angesprochen! - Gegenruf von Ministerin Bärbel Höhn: Die haben wir im Koalitionsvertrag 1995 festgelegt!)

- Das ist doch auch eine Nummer, die wir schon fünfmal erzählt haben, Herr Palmen. Das hat sie auch schon versucht darzustellen.

Sie haben sich heute, wenn ich Sie richtig verstanden habe, in zwei Punkten - ich greife den ersten auf - bemerkenswert klar zu einer Abschaffung der Gewerbesteuer bekannt. Daran will ich Sie gar nicht lange erinnern. Ich finde das ziemlich vordergründig, weil ich selber ähnliche Auseinandersetzungen auf anderen Feldern auch in meiner eigenen Partei habe. Aber ich weiß, dass eine weite Riege Ihrer Kommunalpolitiker ganz anders darüber denkt. Das lassen wir jedoch einmal liegen, weil wir wissen, dass es in großen Volksparteien unterschiedliche Standpunkte gibt. Das ist konzediert. Mich interessiert nur die Frage: Was bekommen die Kommunen stattdessen?

(Manfred Palmen [CDU]: Umsatzsteuer!)

- Ah! Und wem nehmen sie die Umsatzsteuer weg? Wem? Mir?

(Heiterkeit und Zurufe)

- Ah ja, die nehmen Sie also dem Land weg. Und was macht das Land dann mit den verlorenen Umsatzsteuerpunkten, Herr Palmen?

(Zurufe von der CDU)

- Ah ja! Da fängt die Debatte langsam an, ehrlich zu werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn ich das mit diesem kleinen Florettausfall von Ihnen heraussticheln konnte, dann freut mich das sehr, weil diese Debatte dann endlich einmal auf die Füße gestellt wird.

Der nächste Punkt ist, was Sie mir antworten, Herr Rüttgers: Dann gehen wir bei der Gewerbesteuerumlage noch weiter herunter. - Da stellt sich dieselbe Frage. Die Vorschläge, die Sie, Herr Rüttgers, bisher zur Stabilisierung der Haushaltslage der Kommunen geäußert haben, kosten den Landeshaushalt in den nächsten beiden Jahren 2 Milliarden €. Sie werden hier eine Antwort geben müssen, wie die refinanziert werden sollen. Darum kommen Sie nicht herum.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Herr Rüttgers, wenn Sie die Antwort bisher nicht gegeben haben, auch nicht in Ihrer Oppositionsführerrede hier, dann frage ich mich: Warum schieben Sie sie nach? Warum sind Sie nicht gleich mit der Antwort gekommen?

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindlar?

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Nein, ich bin jetzt so schön im Schwung, jetzt machen wir auch weiter.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Im Bund sperren Sie sich im Augenblick gegen eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen netto immerhin 3 Milliarden € bringen soll, und zwar ohne die Landeshaushalte dabei über Gebühr zu strapazieren.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Über 10 Milliarden Defizit bundesweit in diesem Jahr!)

- Dann sehen Sie sich die Steuerschätzung für die Jahre 2004/2005 an: Da sind bei den drei Gebietskörperschaften die Kommunen besser gestellt als die Länder und der Bund. Da wäre ich im Interesse der Kommunen etwas leiser, weil sonst viele Leute merken würden, dass sich die relativen Proportionen zwischen den Gebietskörperschaften gerade zugunsten der Kommunen verschieben.

Aber ich will hinaus auf die Gemeindefinanzreform, die den Kommunen Geld gibt und dabei die Länderhaushalte im Wesentlichen ausnimmt. Ich weiß, Herr Rüttgers, dass es als Oppositionsführer leichter ist, sich bei Demonstrationen auf die Seite derjenigen zu schlagen, die von Einsparmaßnahmen der Landesregierung betroffen sind.

(Zuruf von der CDU: Da stehen Sie nicht mehr!)

Ich rate nur dazu, sich dort nicht populistisch einen weißen Fuß zu machen, denn dies wird sehr schnell durchschaut. Ich glaube, dass die meisten Menschen in diesem Lande wissen, dass wir in einer Situation sind, in der wir um Einsparungen nicht herumkommen. Allerdings wollen sie auch wissen, in welcher Balance dies vorgenommen wird.

(**Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt**)

Dazu gehört auch das Thema "Wasserentnahmepfennig". Das ist nicht nur eine zusätzliche Einnahmequelle. Die Landesregierung, das Kabinett hat lange darüber debattiert, alle gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen an einer solchen Haushaltsoperation zu beteiligen. Dazu gehören auch Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen - in dem beschränkten Ausmaß, wie wir es gemacht haben. Es sind nicht nur die Konsu-

umenten, es sind nicht nur die älteren Mitbürger, es sind nicht nur die Jungen, es ist nicht nur das Ehrenamt, sondern es ist die gesamte Palette in Nordrhein-Westfalen, die wegen der Notwendigkeit, 2 Milliarden € einzusparen, nicht draußen vor der Tür stehen können.

Sie, Herr Rüttgers, haben in einem Interview mit dem WDR - damit komme ich auch auf aktuelle Punkte zu sprechen - versucht deutlich zu machen, wo Sie kürzen würden. Sie haben einige Beispiele genannt, auf die ich eingehen möchte. Sie sehen mir vielleicht nach, dass ich dabei belegen möchte, dass die alle nicht zum Tragen kommen können.

Sie haben auf eine Frage des WDR geantwortet: Ja, wir haben Vorschläge gemacht, bei der Steinkohle härter ranzugehen. - Aber Sie wissen doch, dass die Steinkohlesubventionen für den Zeitraum des Doppelhaushaltes rechtlich gebunden sind! Das wissen Sie doch! Sie wissen, dass 2004/2005, für die Laufzeit dieses Doppelhaushaltes, an diese Summe gar nicht heranzukommen ist. Wieso schlagen Sie das dem WDR als mögliches Einsparvolumen vor?

Sie haben dem WDR gesagt - ich zitiere Sie -: Ja, wir glauben, dass die gigantischen Subventionen für die Windräder falsch sind. - Darüber kann man lange debattieren. Nur: Sie wissen doch, dass es sich hier gar nicht um Gelder des Landeshaushaltes handelt! Das wissen Sie doch!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das hat er vergessen!)

Das heißt, Sie machen öffentlich Vorschläge in ein Mikrofon oder in eine Fernsehkamera hinein, obwohl Sie wissen, dass das für den Landeshaushalt vollkommen irrelevant ist.

Subventionen müssen abgebaut werden. - Ja! Das finde ich gut, das finde ich richtig. Ich bin der Letzte, der verdächtig ist, dass er es nicht will. Ich habe nur mit großem Erstaunen mitbekommen - ich wiederhole das -, dass Sie im Präsidium und im Parteivorstand Ihrer Partei den Kollegen Koch dabei zumindest nicht so unterstützt haben, wie ich das für richtig gehalten hätte. Das wäre glaubwürdiger gewesen, wenn Sie jetzt sagen: Der Subventionsabbau soll weiter gehen. - Wenn er weiter gehen soll als das, was Herr Koch und ich vorgeschlagen haben, dann stellt sich die Frage: Wo? Wo genau? Was sind da Ihre Vorstellungen? Was sind Ihre Vorstellungen bei der Eigenheimzulage? Was sind Ihre Vorschläge bei der Entfernungspauschale? Was sind Ihre Vorschläge bei Steuervergünstigungen? Was sind Ihre Vor-

schläge bei Abschreibungsmöglichkeiten? - Das möchte ich genau und konkret wissen. Stellen Sie nicht einfach nur den Subventionsbegriff in den Raum! Ich bin da nicht im Obligo. Ich habe da einen Vorschlag gemacht, zusammen mit einem CDU-Kollegen.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, ich würde gerne wissen, ob das funktioniert. Von unserem Vorschlag weiß ich, dass er funktioniert. Von Ihrem weiß ich das bisher gar nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Über das Thema des Einsparens im Personalbereich habe ich bereits gesprochen. Das muss ich nicht wiederholen.

Ich will deutlich darauf zu sprechen kommen, damit da keiner den Eindruck hat, ich wolle die Welt und insbesondere die Welt in Nordrhein-Westfalen schöner machen als sie ist: Ja, dieses Land hat Probleme. Aber dieses Land ist groß und stark genug, um diese Probleme auch meistern zu können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies bei manchen Gelegenheiten anzuerkennen und das Land nicht kleiner zu machen, als es ist, und zwar nicht, weil es zum Nutzen und Frommen einer amtierenden Regierung ist, sondern weil es auch das Selbstbewusstsein, den Stolz und die Stimmungslage in Nordrhein-Westfalen betrifft, könnte Gegenstand einer solchen Haushaltsdebatte sein. Ich würde mich darüber freuen, wenn das möglich wäre.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Land ist die dreizehntstärkste Wirtschaftsnation der Welt. Ein litauischer Ministerpräsident hat mich in einem Gespräch darauf hingewiesen, dass das Bruttosozialprodukt, die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen größer ist als die der russischen Föderation. Das weiß hier nur keiner.

(Zurufe von der CDU)

- Aber über dieses Land reden wir. 465 Milliarden €! Die russische Föderation hat ein Bruttosozialprodukt von 410 Milliarden €. Wir sind die sechststärkste Region innerhalb Europas. 39 der 100 umsatzstärksten Unternehmen haben ihren Sitz hier in Nordrhein-Westfalen, 16 der 100 größten in Europa.

Die Auslandsinvestitionen in Nordrhein-Westfalen betrugen im Jahr 2001 170 Milliarden € und erfuhr in sechs Jahren eine Erhöhung um 350 %. So unattraktiv ist dieser Standort für ausländische

Investoren offenbar nicht gewesen, wenn sich das um 350 % gesteigert hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Anteil des Landes an diesen ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland liegt weit über unserem normalen Anteil von 22, 23 %: bei 36,3 %. Auf viele andere funktionierende Strukturen muss ich hier nicht eingehen.

Ja, wir haben eine Arbeitslosigkeit, die im westdeutschen Vergleich überdurchschnittlich ist. Das ist richtig. Wir liegen allerdings - was auch dazu gehört - bei der Jugendarbeitslosigkeit erfreulicherweise weit unter dem westdeutschen und natürlich dann auch unter dem bundesweiten Durchschnitt. Das heißt: So erfolglos sind die Maßnahmen des Kollegen Schartau nicht gewesen, wenn wir so weit unter dem Bundesdurchschnitt sind.

Wir haben von 1995 bis 2002 hier in Nordrhein-Westfalen eine Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen von plus 7 %. Es gibt nur ein einziges Bundesland, das besser ist als wir: Baden-Württemberg mit 7,2 %. Alle anderen liegen weit dahinter.

Wir haben einen Existenzgründungssaldo, der nach wie vor sehr gut ist, auch im bundesweiten Vergleich. Ich will das jetzt nicht im Einzelnen zitieren. Der alleinige Hinweis immer nur auf die Insolvenzen, Herr Kollege Wolf, reicht so lange nicht, wie man nicht gleichzeitig die Gewerbeanmeldungen und den Saldo dazu nennt. Dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen nicht schlecht ist.

Ich will damit die Probleme, die wir haben, nicht klein reden.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

- Schon diese Ansprache ist für den FDP-Fraktionsvorsitzenden eine Zumutung!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wie würde das denn erst, wenn ich weiter aushole und zwei Stunden Zeit hätte, Herr Wolf?

Ich will darauf hinaus, dass es keinen Sinn macht, viele Probleme, die wir haben, so darzustellen, als ob darüber auch der Drall, die Dynamik, das Entwicklungspotenzial dieses Landes von uns nicht richtig politisch gewichtet werden. Wenn wir das nicht tun, wer soll das denn sonst tun? Wer soll denn sonst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten versuchen, den Rückenwind dafür zu geben, dass es besser wird und wir viele Probleme bewältigen?

Das gilt auch für andere Bereiche, selbstverständlich auch für den Bildungsbereich. Die Zahlen dazu sind heute von Herrn Dieckmann alle genannt worden. Unter dem Strich bleibt - das sage ich all denjenigen, die uns heute zuhören -, dass in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005 wöchentlich 210.000 zusätzliche Unterrichtsstunden gegenüber dem Jahr 2001 gegeben werden. Das sind 60.000 mehr, als wir bei dem Konzept „Verlässliche Schule“ beschlossen haben. Von diesen Botschaften wird uns keinerlei statistische Feinarbeit von Ihnen abbringen. Sie sind korrekt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dasselbe gilt auch für das Herumfummeln an dem Thema Sicherheit. Wer hat eigentlich ein Interesse daran, die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verunsichern? Selbstverständlich müssen wir aufpassen, wie sich die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Aber ich finde es infam, so zu tun, als ob Nordrhein-Westfalen auch im bundesweiten Vergleich eine Art Mekka für Kriminelle ist. Das ist einfach infam und falsch!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist auch das Spiel mit den Ängsten von Menschen. Ich bitte, da sehr vorsichtig zu sein. Es steht in keinem Drehbuch für Wahlkämpfe, dass man die Menschen vorher verängstigen muss, ehe man Wahlen gewinnt. Das steht nirgends geschrieben. Richtig ist, dass 15 der 20 sichersten Städte in der Bundesrepublik Deutschland in Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

11 von den 20 Städten mit über 200.000 Einwohnern sind hier in Nordrhein-Westfalen. Wenn da Medaillen vergeben würden, kann man fast sagen, dass Gold, Silber und Bronze nordrhein-westfälische Großstädte verdienen würden. Tatsache ist, dass im vergangenen Jahr nicht ein einziger Mord in Nordrhein-Westfalen aufgeklärt geblieben ist und dass die Aufklärungsquote bei schweren Delikten nach wie vor extrem hoch ist. Tatsache ist auch nach wie vor, dass die Ausgaben für die Polizei im nächsten Jahr um 3 % steigen und nicht abnehmen werden. Tatsache ist auch, dass Sie im Jahre 2005 noch einmal um 3,6 % ansteigen werden.

Noch einmal: Sie können uns angreifen, so viel Sie wollen. Das ist auch Ihre Funktion, und manches davon wird auch nicht falsch sein. Aber Sie verzeichnen immer Proportionen und damit auch die Situation. Den Menschen, die uns zuhören, eine Tatsachenverdrehung zu geben, wie Sie es teilweise tun, halte ich für unverantwortlich und

gerade im Bereich der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen für sträflich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Abschließend, meine Damen und Herren: Wir gehen in spannende sieben Wochen mit Blick auf die Debatten, die es im Bundestag, im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss geben wird. Alle diese Debatten sind von einer hohen Relevanz für das, was hier in Nordrhein-Westfalen passiert, mit Blick auf die Steuerentwicklung, mit Blick auf die Haushaltsentwicklung, mit Blick auf die Gemeindefinanzen, mit Blick auch auf das wichtige Thema des Zuwanderungsgesetzes. Da haben sich andere politische Kräfte von Lebenslügen eher zu trennen als meine Partei, um das deutlich zu sagen.

(Zuruf von der CDU: Wer denn?)

- Sie zum Beispiel. In Ihren Augen ist Deutschland ja immer noch kein Einwanderungsland.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das bezieht sich auch auf viele andere Themen. Das heißt: Ich wäre sehr dankbar, wenn auf den unterschiedlichsten Wegen, die es gibt, auch der Einfluss von FDP und CDU in Berlin für die Verwirklichung der anstehenden Strukturreformen geltend gemacht werden könnte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie wissen, dass die Bundesregierung und die SPD-geführten Bundesländer offen und bereit sind, auch über die Bestandteile, die eigentlich nur einspruchsbewehrt sind - d. h. bei denen wir eigentlich einen Durchmarsch machen könnten -, zu einem sehr frühen Zeitpunkt offen zu reden,

Der Zeitpunkt wird kommen, irgendwann in der zweiten Dezemberwoche, zu dem ich jedenfalls für meinen Teil meiner eigenen Partei einen Strategiewechsel vorschlagen werde, wenn ich den Eindruck habe, dass Sie uns in das Fenster kurz vor Weihnachten oder sogar darüber hinaus hinhalten wollen, sodass wir die Inkraftsetzung dieser wichtigen Reformschritte zum 01.01.2004 nicht mehr schaffen können.

Wir müssen den Aufschwung auch durch die öffentliche Haushaltspolitik unterstützen. Dies ist einer der Gründe, Herr Rüttgers - da habe ich noch eine Frage an Sie -, weshalb ich zu dem Ergebnis komme, dass die vorgezogene Steuerreform mit einem Nutzen von fast 16 Milliarden € für die Menschen und für die Wirtschaft, für die Konsumenten genauso wie für die Unternehmen, doch weitestgehend kreditfinanziert werden sollte, da-

mit der Nettoimpuls für Wirtschaft und Beschäftigung in dieser schwierigen Konjunkturlage, mit der wir es zu tun haben, so groß wie möglich ist. Ich möchte gerne wissen, ob Sie da anderer Auffassung sind als ich.

Ich kann mich an bemerkenswerte Hinweise von Ihnen erinnern, die ich damals eher kritisch gesehen habe, die z. B. lauteten - ich glaube, diese Sätze stammen aus dem Jahre 2001, sonst korrigiere ich mich gerne -, dass Herr Steinbrück einräumen muss, dass er das Urteil --- Moment, das ist das Falsche.

(Zurufe)

- Keine Irritationen!

"Sie haben, als Sie sich mit unserem Vorschlag, die nächste Stufe der Steuerreform vorzuziehen, beschäftigt haben, immer noch nicht verstanden,"

- jetzt kommt der entscheidende Punkt -

"dass jede Regierung, die die Steuern gesenkt hat, am Ende mehr Steuereinnahmen hatte als vorher."

Stimmt der Satz? Dann müssten Sie bereit sein, eine solche Steuerreform auch kreditzufinanzieren, weil am Ende mehr Steuereinnahmen herauskommen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die zwingende Logik. Wenn das über meine Rede heute und im Disput mit Ihnen klar werden sollte, dann sind wir im Vermittlungsausschuss einen ganzen Schritt weiter.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

Das ist übrigens auch immer die These der FDP gewesen. Die FDP behauptete immer, dass Steuereinnahmen sich selbst finanzieren, weil der Generator irgendwann so anspringt, dass die Konjunktur anschließend mehr Steuereinnahmen sprudeln lässt; aus denen kann man dann die verlorenen Steuereinnahmen refinanzieren. - Stimmt das noch oder stimmt das nicht mehr?

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Deswegen wollten wir sie bei der Flutkatastrophe auch nicht zurückstellen!)

- Nein, Herr Wolf, die Frage lautet: Stimmt es jetzt oder stimmt es jetzt nicht mehr?

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Das stimmt, aber damals haben Sie es anders gemacht!)

- Wenn das der Fall ist, sind wir mit der FDP im Vermittlungsausschuss nach Lage der Dinge auch klar.

Fazit: Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie mit uns für das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform eintreten. Ich für meinen Teil möchte hier klar kundtun: Ich sehe darüber hinaus keine Notwendigkeit, den Spitzensteuersatz unter 42 % abzusenken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es macht auch keinen Sinn - wenn ich das noch im Exkurs hinzufügen darf, Herr Wolf -, immer nur auf die Steuererleichterungen zu verweisen und sich niemals einer Diskussion zu stellen, dass sich in den letzten zehn bis zwanzig Jahren die Steuerlast immer mehr zu Lasten des Produktionsfaktors Arbeit verschoben hat und der Produktionsfaktor Kapital immer weiter entlastet worden ist. Es wäre spannend, eine intellektuelle Debatte auch mit der FDP zu führen, ob Kapital und Kapitalerträge zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben in Deutschland nicht stärker herangezogen werden sollten als bisher.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie, dass die Heranziehung von Kapital und Kapitalerträgen zur Finanzierung notwendiger öffentlicher Aufgaben in Deutschland so gering ist wie in kaum einem anderen OECD-Staat.

(Zuruf von der SPD: Leider!)

- Ja. Können wir hier einmal eine solche Debatte führen, ja oder nein? Oder geht das dann gleich nach dem Motto "unseriös", "unsozial", "ungerecht" und dergleichen?

Weiter: Die Gemeindefinanzreform muss zum 1. Januar kommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Landesregierung kreditiert den Kommunen bis 2005 ihre Steuerausfälle in Höhe von 600 Millionen €. Das wird der Beitrag der Landesregierung sein, um in dieser Phase die Finanzlage der Kommunen weiter zu stabilisieren. Deshalb ist eine wichtige Botschaft im Rahmen dieses Haushaltes unter anderem auch, dass wir nicht nur den Verbundsatz, nicht nur die Befrachtungen, nicht nur die Verbundmasse der Kommunen unangestastet lassen, sondern dass wir auch mit Blick auf die Auswirkungen aus der Steuerschätzung mit den Kommunen nicht nur pfleglich, sondern ausgesprochen solidarisch umgehen. Alles andere zu

den Schwerpunkten des Landeshaushaltes ist gesagt worden.

Ich finde Ihre Aussage bemerkenswert, Herr Rüttgers, die darauf hinausläuft, dass Sie auch in der Frage der Ganztagsangebote in der Nähe unserer eigenen Position sind. Dies war nicht immer so. Ich weiß, dass es konkret in den vergangenen Wochen und Monaten die eine oder andere CDU-Bastion im Lande gegeben hat, die diese Maßnahme nicht unterstützt hat, wo der Ideologievorwurf ausnahmsweise auch einmal umgekehrt gemacht werden kann. Häufig hören wir den ja. Ich habe ihn immer, was diese Frage betrifft, sehr viel stärker mit Blick auf familienpolitische Vorstellungen bei der CDU wahrgenommen.

Ich finde es sehr gut, wenn es mit Blick auf diesen Schwerpunkt im Haushalt Einigung erzielen könnten, dass wir die Ganztagsbetreuung gerade im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Frauen voranbringen können.

Fazit: Das, was heute die Oppositionsbänke geboten haben, ist in der Substanz unzureichend. Sie sind mehr Nebelbank als Oppositionsbank gewesen. - Vielen Dank für die Geduld.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Rüttgers, CDU-Fraktion.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man länger Parlamentarier ist, weiß man, wie solche Debatten ablaufen. Dann weiß man auch, dass der Ministerpräsident nach der Runde der Fraktionsvorsitzenden redet. Dann nimmt man sich ein bisschen Zeit, damit man darauf noch antworten kann. Allein vom Amt her, auch von der Person her hat er das verdient. Insofern haben diese Debatten auch den Sinn, dass man Argumente austauscht. Deshalb habe ich mich noch einmal gemeldet.

Ich möchte folgendermaßen anfangen: Sie haben ja immer Freude daran, anderen zu sagen, dass sie falsch argumentieren und dass sie das zurücknehmen sollten. Der "Thesenzertrümmerer", oder wie stand das in einer Zeitung?

Ich weiß nicht, wie viele Reden ich hier in diesem Landtag schon darüber gehalten habe, dass dieses Land stark ist, dass dieses Land wunderschön ist, dass dieses Land nicht nur meine Heimat ist, sondern die Heimat von 18 Millionen Menschen, die es verdient haben, nicht nur in die-

sem Land zu leben, sondern auch eine gute Zukunft zu haben.

Ich sage das deshalb, weil mich schon ein wenig Ihr Argument berührt hat, Herr Steinbrück, dass der Herr Ministerpräsident aus Litauen Ihnen gesagt hat, dieses Land sei wirtschaftlich stärker als die russische Föderation. - Unabhängig davon: Wenn man in diesem Land aufgewachsen ist, hat man so etwas irgendwann einmal in der Heimatkunde gelernt, Abteilung Europa und Osteuropa.

(Lachen bei der SPD)

Aber ich frage mich, was das denn bitte für ein politisches Argument ist. Wollen Sie den Menschen in diesem Land in dieser Situation wirklich sagen: Seid froh!? Wir sparen zwar jetzt, wir schlagen bestimmte Strukturen durch unsere Sparmaßnahmen kaputt, aber seid doch froh; es ist immer noch besser als in Russland.

(Beifall bei der CDU)

Was bitte, Herr Steinbrück, ist das für ein Argument, dass es in Russland schlechter ist als in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt:

(Lebhaftes Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke)

Das kann sicherlich auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern passieren, dass sie Ihnen ein falsches Zitat geben. Das kann passieren. Das haben wir eben geklärt. Aber genauso wie Sie Wert darauf legen, dass die Fakten stimmen, lege ich nun auch Wert darauf.

Wenn ich sage, Sie haben bei der Forschung gekürzt, dann stimmt das. Und nicht, wie Sie behauptet haben: Es sei nicht wahr.

Titelgruppe 64: Soll 2003: 43 Millionen € - ich lasse immer die nächsten Zahlen weg -, Ansatz 2004: 29,5 Millionen €, Ansatz 2005: 26,6 Millionen €.

Titelgruppe 73 - Finanzierung für Forschungsinstitute -: Soll 2003: 13,0 Millionen, Ansatz 2004: 10,5 Millionen, Ansatz 2005: 7,9 Millionen.

Titelgruppe 63 - Ausgaben für Innovationen in der Lehre und Internationales -: 18,4 - 12,4 - 11,1 Millionen.

Ja, sind das keine Kürzungen? Was ist das, Herr Steinbrück? Sagen Sie doch hier nicht, Sie würden nicht sparen. Natürlich sparen Sie.

Es mag sein, dass Sie irgendwo, wie z. B. in der Bildung, mehr Geld ausgeben müssen für Pensionslasten, weil Sie da in den letzten Jahren nichts getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber das heißt immer noch, dass für Forschung und Bildung konkret - über die Lehrereinstellungen haben wir diskutiert - weniger zur Verfügung steht.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Tun Sie nicht so, als ob das nicht wahr wäre. Es steht in Ihrem Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Steuerreform, die Frage des Vorziehens der Steuersenkungen. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die jedes Mal an ein Mikrofon laufen, wenn irgendeiner irgendwo etwas sagt. So wichtig ist das nicht immer. Es gibt Punkte, bei denen man denkt, eigentlich müssten sie intelligent genug sein, um irgendwann zur Kenntnis zu nehmen, was Sie sagen.

Ich war, glaube ich, einer der ersten aus dem Präsidium der CDU Deutschlands, die gesagt haben: Wir brauchen eine vorgezogene Senkung der Steuern zum 1. Januar 2004, weil wir in der Rezessionssituation einen Wachstumsimpuls brauchen. Dies fordere ich seit einem halben Jahr. Sie haben heute die zweite Rede gehalten - auch andere eben - und so getan, als ob ich das nie gesagt hätte.

Sie haben die Finanzierung angesprochen. Ich bin anderer Meinung als Sie. Ich halte es für falsch - ich habe es in meiner Rede gesagt -, dass das zu 100 % auf Pump finanziert wird.

(Beifall bei der CDU)

Das ist falsch, weil es ökonomisch falsch ist. Ihre Rechnung, die auch Herr Dieckmann hier vorgebracht hat, dass man sonst "Eine Tasche - andere Tasche" machen würde, ist falsch. Was ist denn, wenn man Vermögen, das der Bund hat - und solche Vorschläge sind von Mitgliedern der CDU Nordrhein-Westfalens im Bundestag vorgetragen worden -, z. B. bei der KfW "parkt"? Warum macht man das nicht? Warum kann man nicht da eine Gegenfinanzierung machen?

Ich bin kein Purist. Ich sage nicht: 100 % gegenfinanzieren. Jeder von uns weiß, warum man das nicht macht. Man macht es deshalb nicht, weil man mehr Wachstum will. Wenn man mehr

Wachstum hat, gibt es auch höhere Einnahmen. Das habe ich in meiner Rede gesagt. Also gibt es auch höhere Steuereinnahmen. Also kann man, das ist die berühmte Laffer-Kurve, einen Teil durch Kreditfinanzierung - dabei gibt es das Problem unserer Kameralistik, was Sie und ich wissen - gegenfinanzieren. Ich halte das für vernünftig - das ist eine optimistische Schätzung -, dass man 25 % kreditfinanziert. Das andere aber nicht! Da muss man sich bemühen.

Dann gibt es noch einen zweiten Punkt. 25 % wird man nur dann erreichen, wenn gleichzeitig die anderen ökonomischen Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb ist es auch richtig, im Vermittlungsausschuss jetzt über die Entriegelung des Arbeitsmarktes zu diskutieren, über die Frage, wie wir mehr Flexibilität bekommen. Es ist nicht falsch, darüber zu diskutieren. Es ist keine Blockade. Es ist das einzige, was ökonomisch richtig ist. Also seien Sie froh darüber, dass wir Sie zwingen, jetzt das ökonomisch Richtige zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Zur Abteilung Gewerbesteuer: Da haben Sie mit dem Kollegen Palmen Florett gefochten. Auch das sagen wir schon lange. Wie lange, Herr Palmen, ein Dreivierteljahr oder zwei Jahre?

(Manfred Palmen [CDU]: Seit August 2001!)

Wir haben hier als Fraktion in diesem Landtag ein eigenes Konzept vorgelegt. Da können Sie hundertmal fragen: Was sagen Sie? - Es liegt alles schriftlich vor.

Das fand ich übrigens spannend: Sie haben ja gesagt, der Vorschlag von Friedrich Merz geht in die richtige Richtung. Da habe ich gedacht: Oh, da tut sich etwas; jetzt kriegt er die Kurve; irgendwie will er ran. Bei Friedrich Merz im Konzept steht nämlich: Es gibt zwei Möglichkeiten. Die richtige wäre, die Gewerbesteuer abzuschaffen und das, was da ausfällt, auf die Körperschaftsteuersätze draufzupacken und damit genau den Spielraum zu erhalten, den man in der Verteilungsmasse braucht - das hat Herr Palmen gesagt -, um dann auch bei den Umsatzsteuern, bei der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer zu einer anderen Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu kommen. Das ist der Vorschlag. Das ist vernünftiger.

Auf das Zitat in der "Financial Times" sind Sie ja nicht eingegangen. Es ist ökonomisch falsch und macht jetzt auch wirtschaftspolitisch überhaupt keinen Sinn, eine Substanzsteuer einzuführen

(Beifall bei CDU und FDP)

und Leute wie Freiberufler mit neuen Steuern zu belegen. Das würgt einen Aufschwung, wenn er denn kommt, ab.

Insofern müssen Sie sich schon überlegen, ob Sie für Merz sind. Dann müssen Sie auch gegen die Gewerbesteuer, also für die Abschaffung der Gewerbesteuer sein. Oder Sie müssen sagen, dass Sie anderer Meinung sind. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Dann war da das Thema Demonstration, also die Abteilung Personal: Es gibt wirklich keine Opposition - zumindest die, die ich genauer kenne; ich will jetzt gar nicht so hoch stapeln -, die sich immer bemüht, zu jeder Aussage, die sie macht, einen eigenen Gegenvorschlag zu machen, bis hin in die Finanzen. Das mit dem "weißen Fuß" ist zwar ein flotter Spruch, hat aber mit der Wirklichkeit in diesem Land nichts zu tun.

Damit das klar ist: Ich gehe nicht zur Demonstration und stelle mich da oben hin. Nein, ich bin hier vor dem Landtag gewesen und habe mit den Leuten geredet.

Ich habe auch in diesem Landtag gesagt, was die Auffassung der CDU ist. Ich habe gesagt, dass ich es unfair und ungerecht finde, bei den Beamten, insbesondere bei den Polizisten, gleichzeitig die Lebensarbeitszeit und die Wochenarbeitszeit zu verlängern, Stellen zu streichen, den Arbeitsdruck zu erhöhen und zusätzlich auch noch beim Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld finanziell zuzuschlagen. Die Kumulation ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir gesagt, wir wollen versuchen, einen eigenen Vorschlag zu machen. Gestern Morgen um 7.30 Uhr ging es im Haushalts- und Finanzausschuss um Ihr Gesetz. Wir haben gestern zu nachtschlafender Zeit nicht nur gesagt, dass wir dagegen sind, sondern wir haben im Ausschuss durch Herrn Palmen ein eigenes Konzept für Einsparungen in Höhe von 280 Millionen € vorgelegt. Herr Steinbrück, tun Sie nicht so, als ob wir nur etwas ablehnen, sondern Sie bekommen für alles einen Gegenvorschlag.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo ist das Konzept?)

Wenn Sie, Frau Walsken, das nicht verstehen, dann haben Sie Pech gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun zur Wasserentnahmegebühr. Was ist das für ein Argument, dass andere diese Gebühr auch erheben? Wenn es anderen vielleicht

besser geht, dann mag man sich so etwas leisten können. Lesen Sie denn nicht, was in der Wirtschaft von Nordrhein-Westfalen vor sich geht? Als Beispiele nenne ich Solvay, Chemie- und Pharmakonzern, Rheinberg/Nordrhein-Westfalen: Wassergebühr von 800.000 €. Dort steht, dass dies eine ganze Menge ist, erst recht vor dem Hintergrund, dass die Konzernzentrale den Standort im Jahre 2000 schließen wollte, was nur mit 200 Entlassungen verhindert worden ist. Stora Enso: Zuletzt habe der Standort Düsseldorf-Reisholz bei der Bewerbung um eine Papiermaschine gegen einen schwedischen Standort verloren. Allein im Werk Hagen werde das Entnahmengeld 300.000 bis 400.000 € im Jahr kosten. Zitat: "Das geht bei uns zu Lasten der Umweltinvestitionen."

Zu den Strompreisen. Die Strompreise werden um 3 bis 4 % steigen. Die STEAG habe 11 Millionen € Wasserentnahmegeld zu zahlen. Hat das nichts mit Ökonomie zu tun, wenn Sie in den Kreislauf der Unternehmen eingreifen

(Beifall bei der CDU)

und die Rationalisierungsprozesse beschleunigen mit dem Ergebnis, dass noch mehr Leute entlassen werden? Sie müssen das Gegenteil tun. Anstatt die Wirtschaft zu belasten, müssen Sie sie entlasten.

(Beifall bei der CDU)

Bezüglich der Kohlesubventionen, Herr Steinbrück, sagen Sie, dass wir genau wüssten, dass das bis 2005 gelte. Wir wissen das. Wir haben immer gesagt, dass wir zu der Vereinbarung stehen. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass in dem Papier von Ihnen und Herrn Koch eine Reduzierung der Kohlebeihilfen in den Jahren 2004 bis 2006 um jeweils 4 % enthalten ist. Sie können mir doch nicht vorwerfen, dass ich etwas tue, was Sie selber auch machen, Herr Steinbrück.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht ist das einer der Unterschiede. Man darf in diesem Job nicht wie ein Finanzminister denken. Man muss auch über den Tellerrand hinausblicken. Man darf z. B. nicht nur die Jahre 2004 und 2005 im Blick haben, sondern auch die Jahre 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010, damit dieses Land wieder eine Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU)

Ihrem Bauminister habe ich die Sache mit den Windrädern schon einmal erklärt. Ich lasse das jetzt aus Zeitgründen weg. Dazu gibt es ein dickes

Papier. Wir haben Ihnen erklärt, wie man z. B. durch Umbuchung der Steinkohle ins Energieeinspeisungsgesetz - das ist ein konkreter Vorschlag - dies aus dem Haushalt herausbekommen kann. Das ist nicht nur dahingeredet, sondern mit einem Vorschlag belegt. Wenn Ihre Regierung das nicht zur Kenntnis nimmt oder Sie etwas anderes sagen, dann tut es mir leid.

Seit vier bis fünf Wochen gibt es zur Eigenheimzulage ein Konzept der CDU-Landtagsfraktion. Frau Löhrmann, in dem steht übrigens das Gegenteil von dem, was Sie hier vorgetragen haben. Wir sind dafür, dass in dem Bereich eingespart wird, dass diese gesenkt wird, dass diese auf legal beauftragte Tätigkeiten konzentriert wird, um damit auch die Schwarzarbeit zu bekämpfen. Das bedeutet 2 Milliarden € weniger Ausgaben und 2 Milliarden € mehr Einnahmen. Frau Löhrmann, lesen und nicht reden ist der Beginn der Erkenntnis. So geht es an.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Dass Sie glauben, dass Ihr Vorschlag funktioniert, sei Ihnen gestattet.

Zur Ganztagschule möchte ich eine Bemerkung machen: Es gibt zwischen unseren Positionen einen Unterschied. Wir sind für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Ganztagschulsystem. Wir sind aber gegen die Billiglösungen am Nachmittag.

(Beifall bei der CDU)

Hier gibt es einen Dissens. Es sind schlichtweg nicht die Lehrer, die nachmittags dort sind. Wenn das Ganze Sinn machen soll, dann geht es nicht darum, dass irgendwelche Vereinsvertreter nachmittags auf die Kinder aufpassen, sondern es geht darum, dass Schule morgens und nachmittags stattfindet und damit Kinder eine bessere Betreuung bekommen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Es liegen ja seit heute Morgen die Aussagen der Wirtschaftsweisen vor. Einige davon sind sehr interessant. Ich weiß nicht, ob Sie gemerkt haben, dass es zwischen Ihrer und meiner Rede einen gravierenden Unterschied gab.

(Zuruf von der SPD: Doch! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Macht doch nicht die billige Nummer. Das steht euch nicht. Da war er wirklich besser. Auch ich könnte noch etwas zur Ausbildungsplatzabgabe sagen. Sie sind dagegen, und die in Berlin dafür.

Das hilft jedoch nicht weiter, zumindest nicht jetzt. Hier werden wir noch eine ganze Menge diskutieren müssen. In den großen Parteien gibt es noch einen Diskussionsbedarf. Sie haben jetzt und wir Anfang Dezember Parteitag. Wir sollten uns nicht gegenseitig vorwerfen, dass etwas passieren muss, wenn die Parteien darüber diskutieren, was passieren soll. Genau darin besteht ihre Aufgabe. Da bin ich bei Ihnen.

Wir waren vorhin bei dem Thema Subventionen. Die Wirtschaftsweisen sagen:

"Der Abbau von Subventionen, also Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, sollte dabei gezielt und kriteriengeleitet erfolgen. Die 'Rasenmähermethode', die ein Kürzen sämtlicher Tatbestände um einen einheitlichen Prozentsatz bedeutet, ist deshalb abzulehnen".

Schöne Grüße von den Wirtschaftsweisen.

(Zurufe von der SPD)

- Der Ministerpräsident wollte die Debatte, also kann er sie haben. Dann machen wir sie einmal anhand von Leuten, die Ahnung haben, vielleicht sogar mehr als wir.

Zur Krankenversicherung: Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie, Herr Steinbrück, gegen die Bürgerversicherung sind.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das stimmt so nicht!)

- Das stimmt so nicht? Das habe ich so gelesen. Stimmt das nicht? Sind Sie für die Bürgerversicherung?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das kommt darauf an!)

- Es kommt darauf an. Dann müssen wir irgendwann einmal darüber diskutieren. Ich habe in der Zeitung gelesen, Steinbrück sei gegen die Bürgerversicherung. Ich finde es interessant, was der Sachverständigenrat dazu sagt. Die CDU-Fraktion hat das Pauschalprämienmodell, das wir Gesundheitsprämie nennen, vorgeschlagen. Der Sachverständigenrat sagt: Dieses Modell "ist in allokativ, vor allem in beschäftigungspolitischer Hinsicht einer Bürgerversicherung überlegen".
- Schöne Grüße von den Wirtschaftsweisen.

Zur Gewerbesteuer: "Zur Stärkung der Rechtsform und Finanzierungsneutralität der Besteuerung ist die Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Ausgestaltung abzuschaffen."

Schöne Grüße von den Wirtschaftsweisen.

(Beifall bei der CDU)

Wie soll man es machen?

"Die Verwirrung und Verunsicherung der Bürger wurde gesteigert durch die Forderung des damaligen Ministerpräsidenten Gabriel und seines Kollegen Steinbrück nach Wiedererhebung der als 'Verantwortungssteuer' bezeichneten Vermögensteuer, die bis zu 9 Milliarden € Aufkommen - also knapp doppelt so viel wie im Jahr vor der Aussetzung der Vermögensteuer - erbringen sollte.

Andere Vorschläge wurden verkündet und eine Woche später zurückgezogen. Darauf muss hier nicht weiter eingegangen werden. Bis zum März dieses Jahres fehlte der Wirtschaftspolitik jede klare Linie und überzeugende Konzeption."

Lieber Herr Steinbrück, das, was die Wirtschaftsweisen sagen, ist genau der Unterschied. Sie haben sich wieder im Haushalt aufgehoben: Da etwas wegnehmen, da etwas dazutun. Sie haben mit keinem Wort in Ihrer Rede von mehr Wachstum gesprochen, wie wir dieses Land nach vorne bringen und die Kräfte dieses Landes entfesseln. Solange Sie dies nicht kapieren, werden Sie weiter allen Steuerschätzungen hinterherlaufen und weiter in diesen kameralistischen Debatten gefangen sein. Es geht nur, wenn wir die Wachstumskräfte dieses Landes entfesseln. Sie sind dazu anscheinend nicht in der Lage.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Das Wort hat die Abgeordnete Frau Walsken für die SPD-Fraktion.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Rüttgers, ich glaube, Sie hätten besser Kollege Diegel reden lassen, wie es geplant war. Dann wären wir in der inhaltlichen Debatte weiter und Ihnen wären nicht gravierende Fehler unterlaufen, die natürlich passieren, wenn man aufgeregt ist und anfängt, herumzuschreien, aber im selben Moment so leise vorträgt, dass Sie große Teile des Plenums nicht mehr verstehen. Das ist unsouverän. Das ist nicht gut. Fehler sind Ihnen unterlaufen, Herr Dr. Rüttgers, die Ihnen nicht unterlaufen dürften.

Sie stellen sich hier hin und behaupten, gestern Morgen habe Ihre Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss ein umfangreiches Konsolidierungskonzept eingebracht. Das ist schlichtweg nicht wahr.

(Helmut Stahl [CDU]: Hat er doch gar nicht gesagt!)

Im Gegenteil: Sie haben gestern auf Nachfragen, auf Debattenbeiträge aus Reihen der Koalitionsfraktionen gesagt, Sie würden noch nichts sagen wollen. Wir hätten uns zu beruhigen und sollten bis morgen abwarten. Dann würde Kollege Palmen mit dem großen Konzept kommen und hier der staunenden Öffentlichkeit klarmachen, wie es weitergeht.

Meine Damen und Herren, so geht es definitiv nicht, wenn man selber seriöse Verhandlungen einfordert.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich aber mit dem auseinander setzen, was die CDU vorgelegt hat. Was wir haben und nachlesen können, ist das, was die CDU als Masterplan für Wandel in Nordrhein-Westfalen nach ihrer Klausurtagung am 5. November vorgelegt hat.

Dieses Werk war heute schon mehrfach Gegenstand der Debatte, und es reizt mich als Finanzpolitikerin, an einigen Stellen hineinzuschauen und Sie zu fragen, ob das im Moment ernsthaft Ihre Position ist.

Sie formulieren, Ihr erstes und wichtigstes Ziel sei die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. In Ordnung. Darin besteht mit Sicherheit Konsens unter allen Fraktionen. Im Text formulieren Sie zu allererst, es müsse endlich zu mehr Mehrarbeit in diesem Lande kommen.

Meine Damen und Herren, dazu sage ich: Genau das ist der Ansatz. Sie sehen es im Haushaltsplan, obwohl die simple Gleichung, dass Mehrarbeit sofort höheres Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze bringt, nicht stimmt; das wissen Sie. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wird die Produktivität sein, ebenso entscheidend das Verhältnis, wie viel ein Arbeitnehmer pro Stunde produziert, arbeitet bzw. erzeugt. Sie wissen auch, dass dann entscheidend sein wird, was wir an Lohnstückkosten haben werden.

Wir brauchen mehr Arbeitszeit, auch für unsere Beamtinnen und Beamten. Das ist Teil unseres Konzeptes. Aber ich sage deutlich: Die Begründung liegt hier ausschließlich in der dramatischen Finanzsituation des Landes. Deshalb begrenzen wir diese Maßnahme ausdrücklich auf drei Jahre.

Wir werden gleichzeitig - das kündige ich gerne an - in die Auseinandersetzung um flexible Arbeitszeitgestaltung eintreten, und zwar schon sehr

bald. Wir werden uns umgehend damit beschäftigen, welche Modelle bereits heute in der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zur flexiblen Arbeitszeit angewendet und wie wir auch Überlegungen zur Veränderung im öffentlichen Dienst in allernächster Zeit hier angehen werden.

Insofern, meine Damen und Herren, Herr Dr. Rüttgers, ist das Thema Mehrarbeit als eines der wichtigsten Ziele in Ihrem Wachstums- und Beschäftigungskapitel eines, das die Regierung längst im Griff hat bzw. an dem die Landesregierung arbeitet.

Sie haben dann gesagt, man müsse die Konnexität in die Verfassung aufnehmen. Ich sage dazu: Wunderbar, genau das ist unsere Initiative. Wir diskutieren das seit langer Zeit, und Sie wissen, wie weit wir dabei sind. Ich frage mich, warum Sie an dieser Stelle den Punkt wieder aufnehmen und so tun, als ob das eine neue Idee aus Ihrer Tagung sei.

Sie fordern dann in demselben wichtigen Kapitel - es ist ja Ihr Kapitel 1 - ein Sofortprogramm für den Wohnungsbau. Da falle ich wirklich um, meine Damen und Herren. Denn seit über 20 Jahren machen wir in diesem Land immer wieder, Jahr für Jahr ein breit angelegtes Wohnungsbauprogramm. Fast 1 Milliarde € wird investiert in den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen eingestellt. Herr Rüttgers, Sie müssen mir einmal erklären, was Sie machen wollen. Reicht es Ihnen nicht? Wollen Sie unter Umständen andere Akzente setzen?

(Manfred Palmen [CDU]: Lesen!)

In Ihrem Konzept steht dazu nicht ein Satz.

- Herr Kollege Palmen, ich habe gelesen, und ich zitiere, was ich in Ihrem Masterplan gelesen habe. Sie wollen eine neue Wirtschaftspolitik. Ich zitiere wörtlich:

"Die CDU wird in den kommenden Jahren einen integrierten Ansatz zur Bildung von Wachstumskernen initiieren."

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Ich hätte auch gerne gewusst, was das bedeutet!)

- Es wird noch schöner.

"Zielsetzungen und Meilensteine werden darin quantifiziert und regelmäßig von allen Beteiligten kontrolliert."

Können Sie mir, meiner Fraktion, aber sicherlich auch der Öffentlichkeit erklären, welche Ziele, Steine und Kontrolle Sie meinen und was das mit

Wachstum und Beschäftigung in diesem Lande zu tun hat?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, darauf bin ich gespannt. Die Debatte mache ich gerne mit, auch in den zuständigen Fachausschüssen.

Bildung ist Ihr zweites Kapitel. Dazu sind auch durch Edgar Moron schon viele Dinge ausgeführt worden. Es ist interessant. Die CDU schreibt, die Sprachförderung von Migrantenkindern sei das Wichtigste in dem Bereich. Das machen wir seit Jahren.

Die Schulen sollen selbstständiger werden. Edgar Moron hat es auch gesagt: Das ist unsere positive Initiative, die Sie lange vor Ort blockiert haben.

Nun sollen auch noch die Hochschulen ihre Mittel selbst verwalten. In Gottes Namen: Das ist nach Hochschulautonomie- und Qualitätspakt eine Erkenntnis, die in diesem Konzept so verstaubt ist, dass ich mich wirklich frage: Wo ist da der Ansatz zum Aufbruch?

Interessant ist auch Ihr drittes Ziel mit der Überschrift "Freiheit statt Bürokratie". Also, Bürokratie ist nach Auffassung der CDU das Nehmen von Freiheit. Die Überschrift muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Da sagen Sie - ja, Herr Palmen, jetzt wird es für Sie interessant -: Das Personal im Land soll jährlich im Jahr um 1,5 % abgebaut werden. - Das ist wirklich interessant. Denn seit 1993 haben wir in diesem Lande 27.500 Stellen, von denen wir sagen, dass wir diese nicht mehr brauchen werden. Diese Stellen sind allerdings mit Menschen besetzt. Wir legen allergrößten Wert darauf, dass in NRW auch in dieser Haushaltssituation keine Kündigungen erfolgen. Wir werden diese Stellen trotzdem abbauen. Sie wissen genau, weil wir das immer wieder im Ausschuss diskutieren, dass mit Stand von heute etwa 70 % dieser Stellen bereits abgebaut sind und wir zurzeit noch 8.170 kw-Vermerke haben. Auch davon werden wir bis 2005 die Hälfte abbauen. Erzählen Sie mir also bitte nichts von Personalabbau und schon gar nichts von Personalabbau ohne betriebsbedingte Kündigungen! An dieser Stelle ist Ihr Masterplan mehr als nur eine Luftbuchung.

Das Fazit der Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Opposition, die ich für sinnvoll und richtig halte, ist im Moment ein verheerendes. 80 % dessen, was in diesem Plan als der Schritt gefordert wird, um das Land nach vorne zu bringen, sind Initiativen, Projekte, aber auch Ideen aus den Koalitionsfraktionen, die an vielen Stellen

in der Umsetzung schon so weit sind, dass sie erste Früchte tragen.

Dieser Masterplan ist durch eine negative Analyse unseres Landes gekennzeichnet, aber nicht durch Perspektiven aus der CDU, wie es künftig weitergehen soll. Ich sage Ihnen: Das wird in der jetzigen Haushaltssituation nicht reichen, auch nicht für die parlamentarische Debatte, und es wird in keinem Falle reichen, die Kritik, die der SPD zurzeit entgegenschlägt, eins zu eins in Wählerstimmen für die CDU umzumünzen. Deshalb, meine Damen und Herren, fangen Sie endlich an, Ihre Hausaufgaben zu machen! Zeigen Sie, was Sie in NRW unter Konsolidierungspolitik verstehen! Es wird Zeit, das zu tun. - Danke.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich nach all diesen doch sehr aktuellen Debatten auf die Einbringungsrede des Finanzministers eingehen und auf ein paar grundsätzliche Bemerkungen, die mir im Gezänk verloren gehen und auf die ich gerade die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen aufmerksam machen möchte.

Der Finanzminister hat wieder einmal das Stichwort Generationengerechtigkeit in die Debatte gebracht wie auch sein Amtsvorgänger Peer Steinbrück, heute Ministerpräsident dieses Landes. Das Ja zur Generationengerechtigkeit ist unbestritten. In dieser Zielbeschreibung sind wir wohl alle einer Meinung. Die FDP hat Generationengerechtigkeit und nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik von Anfang an in diesem Parlament eingefordert und entsprechende Maßnahmen in der konkreten Haushaltspolitik vorge schlagen und erwartet.

Es war und ist richtig und wird auch richtig bleiben, dass wir die Finanzen dieses Landes konsolidieren müssen. Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben. Wir müssen ihnen auch finanziell Spielräume und Freiheit geben, eine soziale, freiheitliche Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Deswegen, Herr Finanzminister, sind Reformen wirklich dringend notwendig. Das sieht die FDP genauso. Reformen sind erforderlich, um überhaupt zu Gestaltungsspielräumen für nachfolgende Generationen und zu einer generationengerechten Politik zu kommen.

Schauen wir uns einmal die Fakten an, ob den Lippenbekenntnissen auch die entsprechenden Schlussfolgerungen, die Taten folgen. 1995 betrug die Gesamtverschuldung 61,712 Milliarden €, 2000 immerhin schon 76,67 Milliarden €, 2004 werden es schon 102,5 Milliarden € und 2007 111,9 Milliarden € sein. Es ist also in den Jahren der rot-grünen Regierung fast eine Verdoppelung eingetreten. Von nachhaltiger Finanzpolitik, von generationengerechter Finanz- und Haushaltspolitik kann man wohl seriös bei diesen Fakten nicht sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Die Zinsausgaben steigen von 3,9 Milliarden € in 1995 auf geschätzte 5 Milliarden € im Jahre 2005. Dabei müssen wir natürlich noch berücksichtigen, ob NRW bei den Rating-Agenturen weiterhin so günstig bewertet wird wie bisher oder ob es möglicherweise zu einer Verteuerung der Kredite und damit zu einem Anstieg der Zinsbelastung kommen wird.

Im Haushaltsentwurf stehen 4,8 Milliarden € Neuverschuldung und 4,8 Milliarden €, die für die Zinsen ausgegeben werden müssen. Für jedes private Unternehmen wäre diese Situation ein Fall für den Insolvenzrichter. Wir wissen aber mittlerweile auch - Sie selber haben das schon angekündigt -, dass die Neuverschuldung erheblich höher ausfallen wird. Realistisch werden 5,8 Milliarden € sein.

In dieser Situation reicht es nicht mehr, die Welt nur noch zu beschreiben. Es reicht auch nicht mehr aus, Versäumnisse der Vergangenheit aufzulisten. Es reicht noch nicht einmal, für jahrzehntelange fehlgeleitete sozialdemokratische Politik hier in Nordrhein-Westfalen Verantwortung zu übernehmen, und es reicht auch nicht der Hinweis auf achteinhalb Jahre rot-grüne Chaospolitik. Die Menschen in diesem Land haben den Anspruch und das Recht, dass Sie endlich handeln: konsequent und mit einem klaren Sanierungskonzept. Hieran fehlt es völlig.

Deshalb empfinden die Menschen im Land die Haushaltskürzungen nicht als Sanierungsbeitrag. Vielmehr empfinden sie die Einschnitte zu Recht als ein Büßenmüssen für die Fehlentscheidungen der Politik, die Sie in den letzten Jahren verantwortet haben.

(Beifall bei der FDP und von Helmut Stahl (CDU))

Sie geben dann in Ihrer Einbringungsrede auch zu, dass Sie keine Nachhaltigkeitspolitik und keine Sanierungspolitik betreiben, sondern Kassenpolitik, weil Sie die Aufgaben und Ausgaben den

Einnahmen anpassen müssen. Dass Sie die Ausgaben den Einnahmen anpassen müssen, dem stimme ich ausdrücklich zu. Die Aufgaben hatte ich aber immer als politische Prioritätensetzung verstanden. Das betrifft die Frage, die Frau Kollegin Löhrmann vorhin aufgeworfen hat, was wir denn überhaupt noch von diesem Staat verlangen wollen, was wir von diesem Staat verlangen dürfen und was wir wieder in die Freiheit und Eigenverantwortung der Menschen in diesem Lande zurückgeben wollen.

Diese Aufgabenkritik und die Antwort auf die Frage, was wir hier vom Land Nordrhein-Westfalen weiterhin überhaupt noch geleistet haben wollen und was die Aufgabe des Staates ist, sind Sie mit Ihrem Haushaltsentwurf bedauerlicherweise schuldig geblieben. Auch Frau Kollegin Löhrmann ist in der Diskussion nicht über ein Lippenbekenntnis zu der entsprechenden Notwendigkeit der Ausgabenreduzierung hinausgekommen.

Meine Damen und Herren, Kinder und Jugendliche zahlen mit diesem Entwurf des Landeshaushalts einen doppelten und dreifachen Preis.

Die Zins- und Schuldenlast ist erdrückend. Das wird sie auch in den nächsten Jahren sein. Immerhin ist schon in den letzten Jahren häufig angekündigt worden, dass die Zins- und Schuldenlast deutlich reduziert werden muss. Bislang herrscht da aber absolute Fehlanzeige. Deswegen besteht hier eine immense Hypothek für die nachfolgenden Generationen.

Kinder und Jugendliche zahlen aber auch, weil unzureichend in ihre Bildung und Ausbildung investiert wird. Im Zusammenhang mit der Frage, wie denn nun die wundersame Lehrervermehrung stattgefunden hat, ist gelegentlich der Begriff "Luftbuchung" gefallen.

Meine Damen und Herren, ich habe wohl nicht grundlos die große Befürchtung, dass wir dadurch nicht eine einzige zusätzliche Unterrichtsstunde in diesem Land bekommen. Ich glaube auch nicht, dass wir dadurch dem Unterrichtsausfall wirksam Herr werden können. Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass wir steigende Schülerzahlen haben und dass sich die Lehrer-Schüler-Relation verschlechtert hat und weiter verschlechtern wird. Deswegen sind die von Ihnen vorgelegten Maßnahmen auch bei weitem nicht ausreichend.

Frau Kollegin Löhrmann hat gesagt: Wir müssen endlich an eine Output-Orientierung der Schule heran. - Sehr wohl; das klingt unheimlich gut; es klingt nach Effizienz; es klingt auch so, als ob man PISA damit tatsächlich Rechnung tragen könnte.

Das findet sich aber in Ihrem Haushaltsentwurf und in Ihrer Politik bislang in keiner Weise wieder.

(Beifall von Joachim Schultz-Tornau [FDP])

Auch bei den Kindertagesstätteneinrichtungen, der Ganztagsbetreuung und der vorschulischen Erziehung zahlen Kinder und Jugendliche - in diesem Falle insbesondere die Kinder - einen hohen Preis; denn auch hier wird die Förderung gekürzt: pro Kind wird im Jahr 2004 um 85 € und im Jahr 2005 um 125 € gekürzt. Für eine Kindertagesstätteneinrichtung bleiben die Fixkosten aber bestehen. In der Konsequenz können Einsparungen nur bei Spielgeräten sowie bei der Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern stattfinden.

So etwas ist absolut kontraproduktiv. Dann kommen wir nämlich tatsächlich in die Verlegenheit, dort möglicherweise nur noch eine Kinderverwahrung vorzufinden, aber auf gar keinen Fall mehr eine vorschulische pädagogische Erziehung oder eine pädagogische Betreuung der Kinder.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch einen vierten Punkt erwähnen. Durch die schon seit mehreren Jahren zu beobachtende, mit staatlichem Dirigismus gekoppelte wirtschaftsfeindliche Politik vermindern sich für die Kinder und Jugendlichen auch die Chancen auf Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, wenn ich dann höre, dass Sie glauben, dem allen mit der Ausbildungsplatzabgabe Herr zu werden, obwohl Sie selbst noch nicht genau wissen, wie diese überhaupt ausgestaltet werden soll, kann ich nur feststellen: Das Ganze ist reines Abkassieren; Sie wollen wieder einmal eine Steuer erhöhen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] und Karl Peter Brendel [FDP])

Damit wird nicht ein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz in Nordrhein-Westfalen geschaffen.

Deswegen bin ich von den Ansätzen, die Sie hier gezeigt haben, abgrundtief enttäuscht. Der Haushaltsentwurf 2004/2005 ist nicht generationengerecht. Er missachtet das Recht auf Qualifikation und den Erhalt von Gestaltungsmöglichkeiten.

Wenn ich höre und lese, dass dieser Haushalt sozial ausgewogen sei, tauchen bei mir ganz viele Fragen auf. In der Realität verteilen sich die Lasten nämlich gerade nicht auf alle gesellschaftlichen Gruppen, auch wenn der Finanzminister das in seiner Rede so ausgeführt hat. Die Mittel für Opfer von Gewalt, für Beratungsangebote, für

Familien usw. werden gekürzt. Gleichzeitig werden die Mittel für den Ökolandbau fast verdoppelt. Bitte erkläre mir da mal einer, wo darin soziale Fairness liegt.

Die Beamtinnen und Beamten des Landes müssen - quasi als Alleinstellungsmerkmal - drastische Kürzungen in ihrer Besoldung bzw. in ihren Zuwendungen hinnehmen; der Tarifbereich bleibt bei teilweise gleicher Tätigkeit unberührt. Bitte erkläre mir da mal einer die Fairness.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Einerseits wird das ehrenamtliche Engagement hochgehalten, und auf der anderen Seite wird die Übungsleiterpauschale gekürzt. Bitte erkläre mir da mal einer die soziale Ausgewogenheit.

Frau Kollegin Löhrmann hat mehrfach den Begriff der Steinkohlesubvention in den Mund genommen und dazu Position bezogen. Sie merken, dass ich da besonders aufmerksam zugehört habe. Und ich bin verwundert, denn Rot-Grün betreibt in Nordrhein-Westfalen weiterhin eine Industriepolitik alter Schule, nämlich genau im Steinkohlebereich. Auf der anderen Seite wird der Anspruch des Landes Nordrhein-Westfalen "NRW: Technologie-land" durch weiterhin fehlende Investitionen in Forschung und Wissenschaft als Worthülse offenkundig; NRW bleibt im Bundesvergleich Schlusslicht. Wo, bitte schön, ist das fair und sozial ausgewogen?

Ich sehe das produzierende Gewerbe, das Handwerk und den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen in einer schweren Krise - es gibt Pleitewellen und Insolvenzzahlen, die ihresgleichen suchen -, und gleichzeitig sehe ich, dass der Etatentwurf deutliche Kürzungen bei der Mittelstands-, Handwerks- und Technologieförderung vorsieht. Ich frage Sie: Wo ist das denn, bitte schön, sozial ausgewogen im Sinne von mehr Beschäftigung?

Meine Damen und Herren, knappe Kassen verlangen Prioritäten. Ich habe mir einmal die Prioritäten angeguckt, die mit dem Landeshaushalt gesetzt werden. Die Investitionsförderung im Ministerium von Frau Ministerin Höhn erfährt eine Aufstockung um 30 Millionen €. Es gibt aber Kürzungen im Bereich Energie und Verkehr um 84,8 Millionen €.

Auch die Kürzungen bei Wissenschaft und Forschung sind beträchtlich. Das war heute Vormittag schon Gegenstand der Diskussion. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass im Einzelplan 06 die Kosten insgesamt ansteigen und der Ansatz etwas höher ist. Ja, richtig; das liegt aber

an den Personalausgaben. Bei den Investitionen, den Zuweisungen und den Forschungsprojekten gibt es überhaupt keine Steigerung. Sie alle werden deutlich zurückgeschraubt, beispielsweise die Investitionen um 30 Millionen € im Jahr 2005. Meine Damen und Herren, an der Stelle kann ich Ihren Anspruch, den Sie in der Prioritätensetzung selber erhoben haben, bei weitem nicht erkennen.

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist der Haushalt ein klares Unfähigkeitsattest. Die Verantwortung für diese Missstände und die daraus resultierende Haushaltssituation trägt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen seit Jahren

(Beifall bei FDP und CDU)

und seit achteinhalb Jahren in Kombination mit Bündnis 90/Die Grünen.

Schaue ich mir nur einmal die Zahlen an, so stelle ich fest: Sie haben dieses tolle Land ganz gnadenlos herunterverwaltet. Normalerweise würde man von "herunterwirtschaften" reden. Allerdings habe ich meine Zweifel, denn Sie wirtschaften eben gerade nicht.

Im Bund regieren Sie wachstums- und beschäftigungsfeindlich. Auch von dort sind keine wirklichen Impulse zu erwarten. Für Millionen Familien ohne Beschäftigung sind Sie ganz maßgeblich verantwortlich. Der 11. September 2001 und die Flutkatastrophe 2002 haben unendlich viel Leid gebracht. Aber für die hausgemachten Probleme in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik insgesamt kann man diese beiden Ereignisse wirklich nicht auch noch verantwortlich machen.

Das einfältige und teilweise selbstverliebte Gerede vom deutschen Sonderweg hat schädliche Auswirkungen z. B. auf unsere Exportwirtschaft gezeigt. Werfen wir einen Blick über die Grenzen Nordrhein-Westfalens, wird das deutlich.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

In einer Situation solch konjunktureller Unwägbarkeiten, die vom Ministerpräsidenten und dem Finanzminister als durchaus intelligente und vernünftige Personen gar nicht bestritten werden, empfinde ich es als abgrundtief falsch, hier einen Doppelhaushalt vorzulegen. Es geht Ihnen dabei nämlich nicht um Planungssicherheit und Verlässlichkeit, sondern Sie wollen - dieser Eindruck ist offenkundig und zwingend - die Diskussion um Ihr Politikdesaster möglichst weit weg vom Wahltermin im Jahr 2005 entfernt halten.

Das können und dürfen wir den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen so nicht antun, weil sie An-

spruch auf eine transparente Beratung der Finanzsituation haben.

Meine Damen und Herren, vieles von dem, was ich nur ansprechen kann, werden wir demnächst in den Beratungen vertiefen, auch die vom Ministerpräsidenten von der Opposition geforderten konkreten Vorschläge. Angeblich brächten Privatisierungen bei der Landesbank, der LEG oder dem BLB gar keine schnellen Verbesserungen. Das wundert mich wirklich, haben Sie das doch vor drei, zwei oder noch einem Jahr als völligen Unfug in Bausch und Bogen verworfen. Und jetzt wundern Sie sich darüber, dass die Effekte, die über diesen Weg hätten schon längst erzielt werden können, nicht erreicht werden.

Gleiches gilt beim Thema "Steuerreform". Ich freue mich, dass sich mittlerweile auch der Ministerpräsident dafür ausspricht, die dritte Stufe der Steuerreform vorzuziehen, und erkennbar offen für weitere deutliche Vereinfachungen unseres Steuersystems und eine Steuersenkung ist.

Meine Damen und Herren, ich wünschte mir, das wäre viel früher geschehen, und Sie hätten viel früher die Kraft gefunden, die notwendigen Steuerersenkungen und -vereinfachungen zu realisieren. Dann hätten wir heute einen Teil der Refinanzierung für mehr Wirtschaftswachstum, für mehr Beschäftigung und die notwendigen Impulse, die wir so dringend benötigen, bereits.

An der Stelle handeln Sie unredlich, weil Sie uns zum einen unsere konstruktiven Vorschläge drei Jahren lang um die Ohren hauen, sich aber zum anderen hinterher darüber beklagen, dass sie viel zu spät kommen. Wenn Sie jetzt nicht endlich aus den Puschen kommen und unsere Vorschläge aufgreifen, werden Sie keine nachhaltigen Maßnahmen zur Sanierung des Landeshaushaltes beitragen können.

In dem Zusammenhang möchte ich noch eine ganz andere Frage aufwerfen: Nehmen wir einmal an, dass wir - das wünschen wir uns alle - in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen tatsächlich einen konjunkturellen Aufschwung erleben, nicht mehr Schlusslicht sind und in den Bereichen Innovation, Technologie, Wirtschaftswachstum und auf anderen Feldern in die Spitzenposition gelangen, wodurch die Steuereinnahmen steigen - beispielsweise im Laufe der Haushaltsjahre 2004/2005 -: Wie würden Sie das Ganze gestalten? Werden Sie Wahlgeschenke machen? Werden Sie all das, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern an notwendigen Kürzungen propagieren, zurücknehmen? Oder werden Sie - darum bitte ich Sie dringend - die Neuverschuldung zurück-

schauben und keine Kredite in der von Ihnen mit diesem Etatentwurf beantragten Höhe aufnehmen?

Meine Damen und Herren, das ist doch die ganz entscheidende und spannende Frage, zu der ich bisher von Ihnen nichts gehört habe. Alles, was ich in der Vergangenheit beobachten und erfahren konnte, lässt mich nichts Gutes ahnen. Ich glaube, dass Sie weiterhin auf eine Politik der Verschuldung setzen.

Es mag sein, dass eine solche Kreditaufnahme für einige wenige Maßnahmen sinnvoll sein kann, wenn sie mit einem schlüssigen Sanierungskonzept verbunden ist und absehbar ist, dass die aufgenommenen Kredite in kürzester Zeit zurückgezahlt und die Schulden abgebaut werden können. Davon ist bei Ihnen aber noch nicht einmal im Ansatz etwas zu erkennen.

Aus diesem Grunde werden wir sehr konstruktiv gemeinsam mit Ihnen in die Haushaltsberatungen einsteigen. Denn für die FDP und mich ganz persönlich gilt: I love my country, but not my government. - Das wird dazu führen, dass wir im Interesse der Menschen dieses tollen Landes Nordrhein-Westfalen an der Lösung der Probleme mitarbeiten.

Frau Kollegin Löhrmann hat vorhin davon gesprochen, dass Phantasten gestalten würden, nicht die Erbsenzähler. Dazu muss ich Ihnen sagen: Weder die Phantasten noch die Erbsenzähler lösen die Probleme.

(Beifall bei der FDP)

Es sind pragmatische Problemlöser gefordert, die, eingebunden in das an das Wertegerüst von Freiheit, Verantwortung für den Einzelnen, aber auch für die Gemeinschaft, mit Weltoffenheit, Toleranz und dem Leistungsgedanken danach streben, diese Gesellschaft zu modernisieren, aufzumischen und die Probleme zu lösen, damit die Menschen in diesem Land wieder eine Perspektive haben. Ich wünsche mir, dass Sie endlich bereit werden, das mit uns gemeinsam zu erarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Müller.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende dieser Aussprache. Deswegen möchte ich hauptsächlich über zwei Gespräche berichten - das eine habe

ich in der letzten Woche und das andere vor drei, vier Wochen geführt -, die für mich sehr beeindruckend und relevant waren.

Das eine Gespräch habe ich letzten Freitag auf Einladung der Bertelsmann-Stiftung geführt. Dort wurde ein Arbeitskreis Demographie gegründet. Diesem Kreis gehören sehr namhafte Persönlichkeiten an, z. B. Herr Prof. Biedenkopf und Herr Rexrodt. Ich hatte auch die Gelegenheit, ausführlich mit Herrn Falthäuser zu sprechen.

In diesem Kreis haben wir uns einen Tag mit Expertinnen und Experten über das Thema Demographie unterhalten und die Wirkungen auf die Staatsverschuldung und die öffentlichen Haushalte diskutiert.

Ich möchte insbesondere zu dem erzielten Konsens referieren, weil das Betonen der Gegensätze für den politischen Schlagabtausch im Landtag zwar immer wichtig, allerdings für das Ergebnis, das wir brauchen, um die Bundesrepublik Deutschland wieder flottzumachen, abträglich ist.

Es herrschte große Übereinstimmung, dass wir unter dem Stichwort "Konsolidierung der öffentlichen Finanzen" eine gesamtstaatliche Aufgabe vor uns haben, um Impulse für unsere Wirtschaft zu setzen.

Es gab auch Konsens darüber, dass diese gemeinsame Verantwortung sich aus der Vergangenheit speist.

Wir haben in den letzten 30 Jahren in der Tat über unsere Verhältnisse gelebt. Deswegen nützt es überhaupt nichts, Herrn Erhard zu zitieren, weil das die 50er-Jahre waren. Wir leben im 21. Jahrhundert und müssen feststellen: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.

Wir müssen, wenn wir die öffentlichen Haushalte zukunftsfähig machen wollen, nicht nur - das ist der entscheidende Punkt - die Altlasten abtragen, die auf alle Haushalte drücken, sondern wir müssen die Zukunft bei der Gestaltung unserer öffentlichen Strukturen in Bezug auf die Herausforderungen der Demographie quasi vorwegnehmen.

Wir wurden mit folgenden Tatsachen konfrontiert: In den nächsten 40 Jahren wird sich die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland um 15 bis 20 Millionen Menschen reduzieren. Diese Reduktion wird im Wesentlichen aus Geburtenrückgängen und aus ungenügender Zuwanderung resultieren. Das heißt: Es werden diejenigen im Wirtschaftsprozess fehlen, die wirtschaftskräftig sind, nämlich die unter 50-Jährigen.

Vor diesem Hintergrund die Frage aufzuwerfen, wie wir in Zukunft Einkommensteuer erzielen können, das ist eine ganz andere Dimension der Herausforderung an uns, die wir für die öffentlichen Haushalte zuständig sind. Die Dimension dieser Aufgabe, die Demographie in die öffentlichen Haushalte einzuplanen, haben wir wahrscheinlich alle erst in Ansätzen in unsere Agenda eingebaut.

Der Ministerpräsident ist darauf eingegangen. Prof. Biedenkopf war mit Sicherheit einer derjenigen, die dieses Thema schon relativ frühzeitig problematisiert haben. Ich glaube, dass es für die Arbeit in Nordrhein-Westfalen wichtig wäre, in die Richtung zu gehen, wie es die Bundesregierung jetzt auch vorsieht.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Finanzminister Eichel in der letzten Woche vorgeschlagen hat, ab 2004 einen - wie er es nennt - Tragfähigkeitsbericht der öffentlichen Haushalte zu unterbreiten. Ich halte diese Prognosefähigkeit für absolut erforderlich, um den demographischen Wandel in das Einnahmen- und Ausgabensystem der öffentlichen Haushalte einzubeziehen. Ich glaube, in diese Richtung sollten wir voranschreiten.

Wenn uns das klar ist - nur deswegen habe ich es erwähnt -, dann wird vielleicht auch die Auseinandersetzung um den Doppelhaushalt 2004/2005 mit etwas weniger Verve und etwas mehr zukunftsorientiert in dem Sinne, dass es eine gemeinsame Aufgabe ist, geführt.

Die zweite Begegnung, die ich hatte, war in Brüssel mit Herrn Regling. Herr Regling ist Generaldirektor der Kommission Wirtschaft- und Währungspolitik der EU-Kommission, also des Ressorts, das von Herrn Solbes geführt wird. Herr Regling - das werden die Eingeweihten wissen - ist einer der führenden Entwickler dessen, das wir Stabilitätspakt nennen.

In dem Gespräch mit Herrn Regling wurde mir sehr deutlich, dass wir stärker, als wir es bisher gemacht haben, die Wirkungen unseres Handelns in Bezug auf die europäische Dimension in Rechnung stellen müssen. Damit wende ich mich gezielt an die Adresse der Opposition, aber wohlwollend und werbend für die Aufgaben, die im Vermittlungsausschuss anstehen.

Es gilt im Grunde, einen Dreiklang zu organisieren. Das Erste ist das Vorziehen der Steuerreform, von mir aus auch nur zum Teil kreditfinanziert, wie Herr Rüttgers es gesagt hat. Was auch immer das Ergebnis sein wird, aber die Steuerreform muss kommen.

Ich möchte aus der Pressemitteilung der fünf Wirtschaftsweisen vorlesen, was Herr Dr. Rüttgers heute nicht vorgelesen hat: Bei Vorziehen der rot-grünen Steuerreform sei im kommenden Jahr ein Plus von 1,7 % Wachstum zu erwarten, ohne das Vorziehen ein Zuwachs von 1,5 %. Das mag eine geringe Differenz sein, aber auch wenn es eine geringe Differenz ist, kann ich Ihnen versichern: Die EU-Kommission hat dies bereits auf dem Plan, dass das Wirtschaftswachstum durch das Vorziehen der Steuerreform einen Impuls bekommen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zweite in diesem Dreiklang im Vermittlungsausschuss ist der Subventionsabbau. Darüber ist viel gesagt worden.

Ich möchte dazu abschließend anmerken: Es leuchtet mir nicht ein, egal, welchen Subventionsbegriff wir jetzt zugrunde legen, den Kieler oder den von Koch/Steinbrück, dass es nicht möglich sein soll, einen drastischen Subventionsabbau in Höhe von 15 Milliarden € im Vermittlungsausschuss zu organisieren. Ich appelliere daher an die Opposition, an dieser Stelle wirklich alle ideologischen Scheuklappen fallen zu lassen und es zu ermöglichen, einerseits die Steuern zu senken und andererseits parallel dazu auch die Subventionen abzubauen.

Ich möchte auch dafür werben - dazu ist heute nichts gesagt worden -, dass wir dringend die Reformen zur Steueramnestie und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit brauchen. Denn während wir mühsam nach dem Wachstum in unserer legalen Wirtschaft suchen, wissen wir, wie viel Wachstum - nämlich bis zu 17 % - es im Bereich der Schwarzarbeit gibt. Auch dort hat die Bundesregierung einen Vorschlag gemacht, und ich hoffe, dass das zusätzlich zu den übrigen Reformgesetzen wie Hartz III, Hartz IV, Korb II und alles, was im Vermittlungsausschuss zur Diskussion steht, kommt.

Ich fasse noch einmal zusammen: Die EU-Kommission hat Anfang des Jahres ein Defizitverfahren gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. Sie hat dieses Defizitverfahren im Mai unterbrochen, explizit mit dem Hinweis darauf, dass die Bundesregierung Reformgesetze auf den Tisch gelegt hat. Im November wird die EU-Kommission mit Blick auf die Bundesrepublik und Frankreich darüber zu entscheiden haben, ob die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen ausreichen, das Defizitverfahren schweben zu lassen.

Wenn das nicht der Fall ist, d. h., wenn das Ergebnis des Vermittlungsausschusses diesbezüglich nicht aussagekräftig ist, sprich: wenn die Prognose von 1,7 % Wirtschaftswachstum aufgrund dieser Faktoren, die wir im Vermittlungsausschuss generieren können, nicht eintreffen wird, dann wird die Kommission gezwungen sein, das Verfahren bis hin zu Sanktionen zu treiben.

Und wenn Sanktionen beschlossen werden - auch das müssen Haushälter in Rechnung stellen, auch die Haushälterinnen und Haushälter der Opposition -, dann sind diese cash zu begleichen. Das belief sich auf eine Größenordnung von rund 10 Milliarden €. NRW wäre mit sage und schreibe 1 Milliarde € dabei.

Und die Frage, ob wir diese möglichen Sanktionen der EU-Kommission in Höhe von 1 Milliarde € abwenden oder nicht, entscheidet sich auch im Vermittlungsausschuss. Diese Message wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben. Das ist nicht nur eine Frage, wie wir das Verhältnis zwischen Bund und Ländern in der Bundesrepublik organisieren. Alles das, was wir in Bezug auf Wirtschafts-, Währungs- und Stabilitätspolitik machen, wird von der EU-Kommission kritisch beäugt und möglicherweise mit entsprechender Sanktion belegt werden.

Deswegen täte die Opposition gut daran, den Vermittlungsausschuss ernst zu nehmen. Ich weiß ja, dass für Sie der Stabilitätspakt ein ganz wesentlicher Fixpunkt zur Bekräftigung der Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik ist. Wir sollten uns daher nicht unter Niveau aus dem Vermittlungsausschuss verabschieden.

Ich möchte in Bezug auf die Risiken des Haushalts - ich habe jetzt über mögliche Sanktionen aus Brüssel von 1 Milliarde € gesprochen - noch ein weiteres Risiko ansprechen, das in der Diskussion auch nicht vorgekommen ist.

Wenn wir alle diese Einnahmeverbesserungen, die wir über die bundesgesetzlichen Veränderungen im Vermittlungsausschuss anstreben, nicht durchsetzen, dann treiben wir die Schulden- und Zinsspirale in NRW weiter voran. Sie müssen sich vorstellen - das wurde eben erwähnt -, dass bei einem Schuldenstand von rund 100 Milliarden € und 4,8 Milliarden € Zinsen, die wir im Augenblick hinblättern müssen, allein der Anstieg des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt für unsere Zinszahlungen einen Anstieg um 1 Milliarde € bedeutete. Auch da appelliere ich an die Opposition, dies bitte zu beherzigen.

Wenn die Reformen im Vermittlungsausschuss nicht kommen und der Schuldendrive und der Zinsdrive entsprechend noch einmal stärker angeheizt werden, dann bedeutet das für unsere Zinslast einen möglichen Anstieg von 1 Milliarde €. Auch für diese mögliche 1 Milliarde € tragen nicht nur wir, sondern auch die Opposition die Verantwortung.

Erlauben Sie mir noch zwei Bemerkungen zu den Kürzungen, die wir im öffentlichen Dienst vornehmen. Es ist vielfach davon gesprochen worden. Wir haben explizit erklärt: Das ist für uns nicht Willkür, sondern eine Notoperation. Selbstverständlich verstehe ich die Kritik der FDP, wenn gesagt wird, dass es die Beamten und nicht die Angestellten trifft. Wir lösen das aber nur, indem wir ein einheitliches Dienstrecht schaffen. Wir haben die Tarifverträge gekündigt. Der Finanzminister ist ja mit den Überlegungen zur Reform des öffentlichen Dienstes heute groß in der Presse. Ich glaube, dass die Lösung nur in dieser Richtung zu sehen ist.

Im Übrigen möchte ich, Herr Palmen, noch einmal fürs Protokoll sagen, dass Herr Dr. Rüttgers an der Stelle nicht richtig gebrieft war. Wir haben gestern Morgen in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses keinen Antrag von Ihnen bekommen. Vielleicht liegt er ja jetzt in unseren Fächern.

Ich will in dem Zusammenhang auch noch einmal betonen, dass es uns schon ein Anliegen ist, den Antrag, den wir eingebracht und im Haushalts- und Finanzausschuss verabschiedet haben, ernst zu nehmen, dass die Lohn- und Gehaltsstufen im Bereich bis A 6 eine kleine Kompensation erfahren. Diese kleine soziale Korrektur ist zugegebenermaßen klein, aber sie war uns doch wichtig.

Eine letzte Bemerkung möchte ich zum Thema Pensionsfonds machen. Wir wissen alle, dass neben den Zinszahlungen die Pensionsleistungen eine der wichtigen Belastungen für den Landeshaushalt in der Zukunft darstellen. Ich möchte, dass wir trotz des Urteils von Münster - wir haben die kritischen Bemerkungen über kreditfinanzierte Rücklagen selbstverständlich zur Kenntnis genommen - einen Weg finden, wie wir dafür eine Kapitaldeckung gestalten können. Ich glaube, dass es möglich ist, eine entsprechende Technik zu entwickeln.

Ich bin immer begeistert von der Versicherungslösung der Stadt Remscheid, die das Problem über einen privaten, individuellen Versicherungsvertrag für jeden Beamten in den Griff bekommen hat. Ich weiß nicht, ob wir das auf Landesebene übertra-

gen könnten, aber wir müssen auf jeden Fall einen Weg suchen, der es erlaubt, diesen Kapitalstock einzurichten. Denn wenn uns der Verfassungsgerichtshof vorschreibt, vorsorgende Haushaltspolitik zu betreiben, und es verbietet, alle Lasten auf die Zukunft zu verlagern, dann sind wir geradezu verpflichtet - so interpretiere ich das Urteil -, eine Vorsorge für die zukünftig anwachsenden Pensionsverpflichtungen aufzubauen.

An dieser Stelle will ich noch einmal, weil ich bisher über Positionen in Höhe von 2 Milliarden € in unserem Haushalt gesprochen habe, erwähnen: Die Pensionsleistungen in unserem Landeshaushalt liegen im Augenblick bei rund 4 Milliarden €. Sie werden allein bis zum Jahre 2006 um 1 Milliarde € steigen. Das ist eine dritte Milliarde, die auf uns zukommt, wenn wir über die Frage der Konsolidierung unseres Haushaltes sprechen.

Ich meine also: Wir sollten die Konsolidierung konsequent fortsetzen. Wir müssen die Beratungen im Vermittlungsausschuss zu einem guten Ende bringen. Das ist nicht nur eine Aufgabe für die Regierung, sondern insbesondere auch für die Opposition. Man muss sich dort zusammenraufen.

Ich glaube, dass wir den Stabilitätspakt ernst nehmen müssen, und zwar auch in unseren Diskussionen ernster, als wir es bisher getan haben. Wir müssen unsere Prognosefähigkeit erhöhen, sodass wir in Zukunft Einnahmen und Ausgaben besser in Einklang bringen.

Ich bin ziemlich sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger - ich habe in den letzten Wochen sehr viele Diskussionen geführt - die Herausforderung, die mit dem drastischen Einbruch der öffentlichen Finanzen verbunden ist, durchaus erkennen. Wenn wir alle gemeinsam den festen Willen haben, uns an die Realitäten anzupassen, bin ich sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen die letzten sein werden, die nicht tatkräftig und entschlossen anpacken würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem die Elefantenrunde beendet ist, sind wir jetzt in der Tat mehr in der Fachdebatte.

Der Einstieg erfordert es aber, auf die Rednerinnen der Koalitionsfraktionen einzugehen. Frau

Müller und Frau Walsken - Sie ist momentan nicht im Hause -: Es fällt einem schon zunehmend schwer, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie uns auffordern, wir sollten Ihre Politik unterstützen.

Und zum zwischenzeitigen Werben im Bundesrat, die CDU möge ihre ideologische Brille abwerfen und sich verantwortungsvoll einbringen, möchte ich an Ihre Adresse gerichtet, Herr Minister Dieckmann - das kennen und wissen Sie ganz genau - sagen: Solche Namen, wie sie Frau Müller gerade genannt hat, nämlich Herr Faltlhauser und Herr Weimar, bringen sich nicht nur sehr konstruktiv in die Debatten, sondern auch in die politischen Entscheidungen ein.

Sprechen wir ganz offen das Thema "Gesundheitspolitik" an: Herr Seehofer hat sich sehr stark eingebracht, sprich: Frau Schmidt wäre mit ihrer gesamten Gesundheitspolitik jetzt schon am Ende, wenn die CDU/CSU sie nicht unterstützt hätte.

Ich nenne ferner die Mini-Jobs, Herr Dieckmann, Herr Schartau: Wo stände denn die Republik? - Sie hätten nichts davon durchgesetzt. Das war auch unser Gedankengut - keine Frage.

Wir bringen uns immer häufiger konstruktiv in diesen Prozess ein. Ich halte es langsam für eine Farce, noch mehr Unterstützung zu verlangen. Denn dann müssen Sie sich wirklich fragen, ob wir es nicht lieber ganz machen sollten. Dazu müsste aber die Einsicht hier im Haus Platz greifen, dass Sie vielleicht besser aufhören.

Zweiter Punkt: Herr Dieckmann, Sie haben davon gesprochen, dass Nordrhein-Westfalen ein starkes Land ist; Herr Steinbrück hat das wiederholt. Ich glaube, niemand hier in diesem Hause hat das bezweifelt.

Aber wir sorgen uns schon darum, wie es um die Regierung steht. Denn die Regierung ist schwach, und zwar seit vielen Jahrzehnten. Die Probleme, Herr Schartau, sind hausgemacht. Das wissen Sie sehr genau. Insofern haben Sie mit Problemen wie z. B. der Ausbildungsplatzabgabe zu kämpfen. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich auf dem Bundesparteitag durchsetzen werden.

Es ehrt Sie sehr, dass Sie an Ihrem Standpunkt, dass eine Ausbildungsplatzabgabe schädlich ist, dass sie den Unternehmen nichts nützt, festhalten. Sie haben in diesem Punkt vollkommen Recht. Ich möchte aber sehen, wie Sie sich als nordrhein-westfälische Partei bzw. als dieser Faktor in der Bundespartei durchsetzen. Deswegen meine herzliche Bitte: Rufen Sie nicht nach uns; schaffen Sie sich selber Ihre Mehrheiten, damit es eine vernünftige Politik in diesem Lande gibt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dieckmann, um in die Fachdebatte einzusteigen: Ich gehe nur auf ein paar Facetten ein, die von Ihnen in den Beratungen hoffentlich konstruktiv aufgenommen werden, um die Dinge dem Ernst der Lage angepasst zu behandeln.

Ich sage ganz frei heraus - und die Behauptung begründe ich gleich -, dass der von Ihnen heute eingebrachte Etat schlichtweg nicht beratungsreif ist. Herr Dieckmann, Sie wissen, dass Sie einen Etat mit alten Zahlen eingebracht haben. Sie haben die aktuelle November-Steuerschätzung nicht in diesen Entwurf eingearbeitet. In der Vergangenheit war das kein Problem, da die November-Steuerschätzung immer erst nach der Einbringung des Haushaltes auf den Tisch kam. In diesem Fall ist es aber anders: Die Steuerschätzung war vor der Einbringung dieses Haushaltes.

Ich möchte mich an dieser Stelle nicht über die Zahlen streiten, aber sie selber konzedieren, dass es auf der Einnahmeseite ein Loch von rund 500 Millionen € gibt. Wir sind davon überzeugt, dass es noch viel größer ist. So oder so aber steht fest: Der Etat ist mit diesem Entwurf nicht ausgleichbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von den Koalitionsfraktionen, das hat es im Lande Nordrhein-Westfalen noch nicht gegeben, dass ein Haushaltsentwurf eingebracht wird, der ein klares Loch aufweist, bei dem die Einnahmen und Ausgaben nicht übereinstimmen. Das, meine Damen und Herren, hat unseren Fraktionsvorsitzenden dazu geführt zu erklären: Dieser Haushalt ist Makulatur. Geben Sie das bitte an Herrn Steinbrück weiter: Dieser Haushalt ist schlichtweg nicht beratungsreif.

Herr Dieckmann, ich konzediere - und das hatte ich auch erwartet -, dass Sie möglicherweise die Chance ergriffen hätten, um deutlich zu machen, wie Sie das Loch schließen wollen. Wenn Sie diesen Versuch unternommen hätten, hätten wir Schwierigkeiten mit unserem Argument "Makulatur" gehabt. Ich habe - ich bin ja ehrlich - auch befürchtet, dass Sie das tun. Zumindest kenne ich Sie so, dass Sie sich darum bemühen, hier auch als Finanzminister eine saubere Linie zu fahren. Ich weiß nicht, warum das nicht geschehen ist: ob Ihre Kolleginnen und Kollegen das nicht haben durchgehen lassen, ob Herr Steinbrück das nicht wollte. Also: Da passt einiges nicht zueinander. Ich finde das sehr bedauerlich. Aber fest steht: Hier ist heute eine Chance vertan worden.

Ich möchte zwei weitere Zahlenbeispiele herausgreifen, Herr Dieckmann, zu denen wir im weite-

ren Beratungsverfahren durchaus Klärungsbedarf haben. Ich möchte den Blick auf die Lohnsteuer im Jahre 2005 lenken. Wenn man sich die Entwicklung der Lohnsteuer vom Jahr 2004 auf das Jahr 2005 anschaut, stellt man einen Steuerzuwachs von rund 10 % fest. Lohnsteuerzuwächse von 10 %, meine Damen und Herren, hat es in dieser Republik bisher in keinem Land und auch im Bund nicht gegeben. Nirgendwo! Da stehen Sie schon in einer Begründungspflicht auch dem Parlament, nicht nur Ihren eigenen Kolleginnen und Kollegen gegenüber, aufgrund welcher Faktoren Sie hier zu einem solchen Lohnsteuerzuwachs kommen.

Ein weiterer Punkt: Sie sprechen bei der Entwicklung aller Steuereinnahmen von 2004 und 2005 von einem Steuerzuwachs von 6,8 %. Herr Dieckmann, von welchen Wachstumsraten gehen Sie eigentlich aus? Welches Wirtschaftswachstum unterstellen Sie hier eigentlich? Dazu haben Sie bisher nichts gesagt. Möglicherweise ist das noch das Geheimnis von Herrn Schartau. Ich bitte und hoffe, dass Sie uns, dem Parlament, erklären können, wie das alles zusammenpasst.

Solange das nicht geschieht, Herr Dieckmann - das will ich hier ganz offen ansprechen -, werden Sie sich nicht darüber beklagen können, dass wir mangelnde Etatreife feststellen, dass wir den Haushalt als Makulatur bezeichnen müssen, dass wir es besser gefunden hätten, wenn Sie den Haushalt so gar nicht eingebracht, wenn Sie uns gesagt hätten: Okay, wir brauchen noch ein bisschen Zeit, um das anzupassen. - Wir hätten Ihnen die Zeit gegeben! Dann hätten wir die Einbringung eben 14 Tage später gemacht. Das wäre alles kein Problem gewesen. Aber wir sind schon sehr erstaunt, dass das hier alles nach der alten Methode "Augen zu und durch" passiert. Das finde ich auch für das Parlament unwürdig, Herr Dieckmann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie mich einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen: In der Fachdebatte wird natürlich das Vorziehen der Steuerreform eine große Rolle spielen und insbesondere auch Ihre Konsequenz, zu einer höheren Neuverschuldung zu kommen, und zwar zu einer höheren Neuverschuldung, die bewusst die Kreditobergrenze überschreitet, und dies übrigens exakt um den Betrag von 1 Milliarde €. Wir sagen Ihnen hier klipp und klar: Sowohl nach dem Urteil des Verfassungsgerichts in Münster wie auch nach dem Urteil von Berlin - übrigens von den Grünen und der FDP mit angestrengt - ist Ihr Haushalt verfassungswidrig.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE])

- Ihre Kolleginnen und Kollegen, Frau Müller, erklären genau das in Berlin. Die Debatten, die Sie hier führen, sind fern jeder Realität. Sprechen Sie einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin! Ich werde das übrigens morgen auch wieder tun.

(Edith Müller [GRÜNE]: Ich habe das in der Zeitung gelesen!)

Herr Dieckmann, Sie haben sich ein tolles Argument einfallen lassen, mit dem Sie begründen, warum Sie die Kreditobergrenze hier überschreiten dürfen und weswegen keine Verfassungswidrigkeit vorliegt: Sie weisen aus, dass eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts droht, wenn Sie die Neuverschuldung durch Kompensation im Ausgabenbereich egalisieren. Herr Dieckmann, da müssen Sie sich schon die Frage gefallen lassen: Wie passen all Ihre Prognosen in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Lohnsteuerwachstum, Einnahmewachstum - Sie rechnen in den Jahren 2004 und 2005 mit riesigen Wachstumsraten - auf der einen Seite zusammen mit der Erklärung auf der anderen Seite: "Es liegt eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts vor"? Herr Dieckmann, das passt nicht zusammen. Da sind Sie diesem Parlament gegenüber zu einer klaren Aussage verpflichtet, weil das ansonsten in der Tat in die Debatte der Juristerei hineinführt, die wir uns ersparen sollten.

Ich bitte Sie als neuen Finanzminister wirklich, hier nicht in den alten Fehler Ihrer Vorgänger zu verfallen und zu vernebeln und abzulenken. Sie sind auch Jurist. Bitte machen Sie sich die Mühe, insbesondere auch vor dem Hintergrund Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit, uns hier eine klare Antwort zu geben und dafür Sorge zu tragen, dass wir uns Debatten vor Verfassungsgerichten ersparen können.

Ich möchte Ihnen, Herr Dieckmann, ein anderes Argument zu diesem Gesichtspunkt anführen. Sie wissen mit Sicherheit - gewiss wird auch Herr Schartau es erfahren haben; die Kolleginnen und Kollegen wissen es vielleicht noch nicht -, dass die Wirtschaftsweisen heute zu den Auswirkungen des Vorziehens der Steuerreform eine Prognose abgegeben haben.

(Edith Müller [GRÜNE]: Das habe ich eben vorgelesen!)

- Ja! - Die Wirtschaftsweisen sagen: Es bringt 0,2 % Wachstum. - Das heißt, selbst wenn diese Reform nicht kommt, Herr Dieckmann, wird es im Jahre 2004 keine Rezession geben, jedenfalls

nicht bezogen auf die Daten, die Sie für das Jahr 2004 unterstellen. Das heißt aber auch, dass das Fehlen einer Kompensation, wie Sie sie annehmen, ebenfalls nicht zu einer Stagnation oder Rezession und schon lange nicht zu einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts führt. Insofern, Herr Dieckmann, machen Sie sich bitte auch da die Mühe und gehen Sie auf Ihre Experten zu! Erklären Sie uns, dem Parlament, wie Sie hier einer glaubhaften Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts noch das Wort reden können!

Es gibt nur noch ein Argument, das ich kenne, das Sie ja auch manchmal in Debatten verwenden, das Nordrhein-Westfalen die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts noch konzedieren könnte. Ich danke Ihnen übrigens dafür, dass Sie der erste Finanzminister sind, der das in den Haushaltsentwurf für die Etatberatungen hineingeschrieben hat. Sie geben offen zu, dass das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen um 0,4 % niedriger liegt als der Durchschnitt aller anderen Bundesländer. Das ist bedauerlich, dazu mag man jetzt vieles sagen und denken, entscheidend ist nur eines: dass auch diese 0,4 %, Herr Dieckmann, nicht ausreichen, um zu einer Argumentation der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zu kommen. Sie sind nach den Daten, die Sie für diesen Haushalt unterstellt haben, nach wie vor bei über 1 %. Insofern bitte eine klare Aussage: Wie stehen Sie zu diesen Argumenten?

Billig ist die Argumentation, die ich heute gehört habe und die da heißt: Dafür, dass es uns allen so schlecht geht, gibt es viele Schuldige, nur nicht diese Landesregierung. - Ich habe sehr erstaunt hingehört. Wenn man das produzierende Gewerbe für das niedrige Wachstum verantwortlich macht, wenn man die Opposition dafür verantwortlich macht, wenn man die mangelnde Kooperation im Bundesrat dafür verantwortlich macht, dann appelliere ich an die hier verbliebenen Minister: ein bisschen Selbsteinsicht in die Verantwortung. Ich denke, dass das für einen Minister und für eine Landesregierung ein Muss ist, wenn es darum geht, eigene Fehler und eigene Regierungspolitik zu betrachten.

Beim Thema Verantwortung fällt mir übrigens etwas auf. Es ist wirklich schade, dass Herr Steinbrück jetzt nicht da ist. Ich hoffe sehr, dass Sie nicht in die Spuren von Herrn Steinbrück treten. Bei Ihnen, Herr Schartau, habe ich das bisher nicht erlebt, auch nicht bei Ihnen, Herr Dieckmann. Aber ich habe schon sehr bedauert, wie man mit dem Verfassungsgerichtsurteil von Münster umgegangen ist. Ich fand es sehr bedauerlich,

dass Herr Steinbrück wirklich abgetaucht ist. Man hat ihn ja gar nicht gesehen. Vielleicht ist er vorsichtshalber gleich in Urlaub gefahren.

Mein Herr Landesvorsitzender der SPD, liebe Ministerinnen und Minister, wer hat eigentlich bei Ihnen die Verantwortung für diesen Verfassungsbruch übernommen? Herr Steinbrück hat es nicht getan. Die Fraktionen von SPD und Grünen haben es auch nicht getan. Niemand von Ihnen hat bisher die Verantwortung übernommen. Es ist einmalig in der Republik, dass niemand in der Lage ist, die politische Verantwortung für ein Fehlverhalten zu übernehmen. Lieber Herr Dieckmann, ich bitte Sie herzlichst: Gehen Sie nicht in diese Spur hinein. Das trifft einen ins Mark und schadet der Politik, es schadet unserem Ansehen bei den Bürgern.

(Zuruf von Edith Müller [GRÜNE] - Weitere Zurufe)

- Ach, Frau Müller, und andere, die jetzt dazwischenrufen: Wenn man über Verantwortung redet und insbesondere über die schreckliche Situation, die sie hier in Nordrhein-Westfalen übrigens zu Recht beklagen, dann muss man doch sagen dürfen, wer diese Fakten eigentlich geschaffen hat. Das waren Sie, Sie, Rot-Grün, waren das.

(Beifall bei der CDU)

Wer regiert denn hier seit fast 40 Jahren? Dann leugnen Sie doch diese Verantwortung nicht. Sie haben immer neue Schulden aufgehäuft, immer neue Lasten geschaffen, Sie haben nicht konsolidiert, obwohl Sie es versprochen haben, Sie betreiben nach wie vor eine Politik der Verlagerung auf die Schultern der kommenden Generationen. Was die Neuverschuldung betrifft, so schaffen Sie doch eine Rekordsumme nach der anderen: Von 3 Milliarden auf 4 Milliarden und 5 Milliarden €. Wir werden in diesem Jahr bei über 6 Milliarden € sein, und im nächsten Jahr wird es nicht besser.

Das Verfassungsgericht hat uns da sehr hilfreiche Argumente geliefert, insbesondere den Verantwortlichen und hier dem Finanzminister.

Deswegen abschließend zu der Frage „Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts?“ Herr Dieckmann, wir können nicht erkennen, wo hier die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts ist oder droht. Ich denke, das ist auch nicht das Problem. Das Problem scheint mir ein anderes zu sein, und das muss hier einmal deutlich diskutiert und angesprochen werden. Ihr Haushalt ist völlig aus dem Ruder gelaufen, und deswegen haben Sie nicht die Störung eines gesamtwirtschaftlichen

Problems, sondern Sie haben die Störung eines haushaltswirtschaftlichen Problems. Ihr haushaltswirtschaftliches Gleichgewicht ist völlig aus den Fugen. Das ist Ihr Problem. Aber dafür machen Sie bitte nicht den Steuerzahler oder andere Dritte verantwortlich. Es rechtfertigt nicht, dass Sie die Nettoneuverschuldung damit über die Kreditobergrenze heraufsetzen.

Ein anderer Punkt! Jetzt mache ich es etwas kürzer, aber nichtsdestotrotz umso deutlicher. Sie haben die Koch-Steinbrück-Initiative angesprochen, den Subventionsabbau. Auch da gilt - insofern passt das wieder zusammen -, dass Sie mit alten Zahlen arbeiten. Dieser Vorwurf kommt übrigens nicht nur von CDU-geführten Bundesländern, sondern auch aus dem Haus von Herrn Eichel, der ja wohl nach wie vor das SPD-Parteibuch hat. Es wird unterstellt, mit Zahlen aus dem Jahr 2000 gearbeitet zu haben. Meine Damen und Herren, so kann man auch mit einer solchen Initiative kein Land gewinnen.

Aber was mich noch viel mehr überrascht hat und was ich eigentlich nie für möglich gehalten habe, ist, dass weder Sie noch Herr Steinbrück überhaupt ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet haben. Sie haben schlicht vergessen, diesen Subventionsabbau in ein eigenes Gesetz zu gießen. Das ist ja nichts anderes als eine Loseblattsammlung geblieben, Pressemitteilungen sind das, lose Blätter, Vorstellungen. Es hat keine eigene Gesetzesinitiative dazu gegeben. Meine Damen und Herren von der Koalitionsfraktionen, ich hoffe, Sie wissen, was das eigentlich heißt. Man hat Sie hier sozusagen mit viel Prosa versehen, aber man hat es nicht in den entscheidenden Prozess der Gesetzgebung eingebunden.

Wenn Sie das tatsächlich noch tun sollten: Ich denke, Herr Dieckmann ist ehrlich genug, dafür zu beten, dass diese Initiative im Bundesrat nicht beschlossen wird. Denn wenn das passieren würde, hätte Herr Dieckmann ein neues Problem. Er hätte mindestens 600 Millionen €, vielleicht 700 Millionen €, vielleicht sogar 1 Milliarde € an neuen Löchern. Warum?

Nehmen wir einmal das Beispiel, dass Herr Steinbrück vorhin genannt hat: Pendlerpauschale. Bei der Pendlerpauschale kürzt Herr Eichel von 40 Cent auf 15 Cent. Koch/Steinbrück kürzen nur auf 35 Cent. Wenn man das einmal in Summen betrachtet, werden von dem Volumen von 3 Milliarden € bei Eichel rund 2,5 Milliarden € gekürzt, bei Koch/Steinbrück im Höchstfall auf 700 Millionen bis 800 Millionen €. Jeder kann das rechnen. Das sind eher 2 Milliarden €, von denen wir hier reden. Insofern kann ich verstehen, dass

der Druck auf Herrn Steinbrück, dieses Konzept in Gesetzesform zu gießen und wirklich nach vorne zu tragen, gar nicht beabsichtigt ist. Das war eine tolle Prosanummer - nicht mehr und nicht weniger.

Lassen Sie mich noch auf den Länderfinanzausgleich kommen. Da hat mich - das muss ich sagen - Ihre Ausführung heute schon erschreckt. Das werden wir sicherlich weiter behandeln müssen. Ich gucke auch den Kollegen Stahl und den Kollegen Palmen an, weil wir in einer besonderen Verantwortung hinsichtlich der Ausgaben sind.

Beim Länderfinanzausgleich habe ich mir noch einmal die Zahlen vergegenwärtigt, die das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 2000 geleistet hat. Im Jahre 2000 hat das Land Nordrhein-Westfalen über 2 Milliarden DM, also über 1 Milliarde €, in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Heute erklärt uns der Finanzminister zumindest zu meiner Überraschung, dass das Ausgabevolumen um 300 Millionen auf 150 Millionen € gekürzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was heißt das? Das heißt nichts anderes, lieber Kollege Stahl und lieber Kollege Palmen, als dass das Land Nordrhein-Westfalen nur noch 150 Millionen € in den Länderfinanzausgleich leistet. Das heißt, wir sind kurz vor der Schwelle, Nehmerland zu werden.

Herr Dieckmann, erklären Sie uns doch einmal, wieso das die Schuld von anderen ist! Das ist Ihre hausgemachte Politik, die dazu führt, dass Sie jetzt den Sprung vom Geber- zum Nehmerland hinnehmen. Und der Gipfel der Unverfrorenheit, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist, dass das noch als Erfolg verkauft wird.

Ich will es noch einmal deutlich sagen:

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Wenn die Einnahmeeinbußen bei allen Ländern gleich sind - ob es sich um 3 %, 4 % oder 5 % auf der Einnahmeseite handelt -, dann ist nicht zu erklären, wieso Nordrhein-Westfalen überproportional weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlt. Das ist das beste Beispiel dafür, dass Sie hier im Lande etwas völlig falsch machen, und das - wenn ich das hinzufügen darf - inzwischen seit über drei Jahren.

Meine Damen und Herren, viele Dinge, die uns hier beschäftigen, sind sicherlich auch Ausfluss der Bundesregierung und insbesondere von Spitzenpersonal wie Herrn Clement und dem "blanken Hans".

Ich möchte noch ein Wort zu der so genannten Wassersteuer verlieren. Herr Dieckmann, wie Ihre

bundespolitischen Aktivitäten und Ihre Politik hier zusammenpassen sollen, müssen Sie uns auch noch einmal erklären. Herr Steinbrück stellt sich hier hin und erklärt, dass es wichtig und richtig ist, die Steuern zu senken oder ganz abzuschaffen. Einverstanden! Dafür verlangen Sie auch unsere Zustimmung im Bundesrat. Das heißt, Sie schaffen Steuern ab oder reduzieren sie. Was machen Sie denn hier in diesem Lande? In diesem Lande hört man, dass Herr Moron die Vermögensteuer fordert. Sie wollen überdies die Erbschaftsteuer erhöhen. Und hier im Haushaltsplanentwurf kommt eine völlig neue Steuer vor, nämlich eine Schröpfsteuer, eine Wassersteuer. Meine Damen und Herren, wie soll das zusammenpassen? Sie in Nordrhein-Westfalen konterkarieren Ihre eigene Politik im Bund.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

- Das hat nichts mit "käuflich" zu tun. Sie behindern damit vielmehr den Aufschwung. Sie behindern die Innovation, die wir brauchen, die - Sie wüssten das, wenn Sie zugehört hätten - Herr Rüttgers auch angemahnt hat.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich auf die Frage antworten, die Sie, Herr Dieckmann, und auch Herr Steinbrück gestellt haben: Wie hätten Sie es denn gemacht? Das ist eine knifflige Frage. Ich weiche ihr aber nicht aus. Die CDU ist darum bemüht - Herr Rüttgers hat das auch erklärt -, all diesen eigenen Begründungen entsprechend auch Gesetzentwürfe beizubringen.

Mit Blick auf die heutige Haushaltseinbringung nehme ich die Frage auf: Wie hätten wir es denn gemacht? Mit welchen Daten hätten wir denn gearbeitet?

Herr Dieckmann, ich will es Ihnen sagen: Wir hätten genau mit den Daten gearbeitet, mit denen Roland Koch in Hessen gearbeitet hat. Ja, der entscheidende Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und Hessen ist, dass Nordrhein-Westfalen mit einem Wirtschaftswachstum von 2 % arbeitet, während Roland Koch und Herr Weimar nur 1 % einstellen.

Meine Damen und Herren, wenn die Lage so ist, wie Sie sie beschrieben haben - schwer überschaubar, schwer einschätzbar -, dann muss ich doch wie in der Wirtschaft als vorsichtiger Kaufmann auch eine umsichtige Zahl nehmen. Dann sehe ich zu, dass ich bei dem Wirtschaftswachstum eine Zahl nehme, die im Zweifel einen Puffer hat. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass ich eine Zahl wähle, die Wunschenken entspricht. Roland Koch hat 1 % genommen. Das Ergebnis

war: Nach der November-Steuerschätzung musste Herr Koch seinen Haushalt nicht korrigieren.

Sie müssen sämtliche Zahlen korrigieren und bringen hier sogar einen Haushalt ein, der nicht gedeckt ist. Deshalb, meine Damen und Herren, unsere Antwort, um es klipp und klar zu sagen: Wir weichen dem nicht aus. Lesen Sie sich unsere Vorstellungen durch! Wir haben sie in Gesetzesform vor einem halben Jahr eingebracht. Wir haben Ihnen einen Masterplan offeriert. Damit ist man regierungsfähig. Mit Ihrer Politik ist man am Ende. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Kollege Diegel. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Themenbereich Haushaltsgesetz 2004 und 2005 liegen mir nicht vor.

Wir kommen zum zweiten Beratungsblock, dem Gemeindefinanzierungsgesetz.

Ich erteile zunächst dem Kollegen Palmen von der CDU das Wort.

Manfred Palmen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist vielleicht etwas unüblich, ich habe aber zunächst eine Frage an den Finanzminister - Herr Finanzminister, wenn Sie bitte noch einen Augenblick bleiben würden - und an den Herrn Innenminister, die er vielleicht gleich in seinem Beitrag beantworten kann.

Sie hatten in Ihrer Einbringungsrede zum Haushalt ausgeführt:

"Wir haben bei der Aufstellung des Haushalts den Entwurf des Bundeshaushalts zugrunde gelegt. Das heißt, das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform und die Gesetzentwürfe zur Einnahmeverbesserung, die im Bundeshaushalt enthalten sind, sind auch in unserem Entwurf enthalten."

So weit war das früher auch schon einmal erklärt worden. - Vorher haben Sie gesagt:

"Die Landesregierung prüft jedoch zurzeit Möglichkeiten, die Auswirkungen der vorgezogenen dritten Stufe der Steuerreform auf die kommunale Beteiligung am Steuerverbund zu kreditieren. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen."

Eben habe ich den Herrn Ministerpräsidenten in seinem Redebeitrag so verstanden, dass er gesagt hat, wir werden 600 Millionen € bis 2005 kreditieren. Daraus habe ich geschlossen: Entweder

Dieser Ministerpräsident hat gestern auf dem Steinkohletag in Essen zur Sicherheit der Energieversorgung gesagt - ich teile die These dieses Ministerpräsidenten -:

"Nordrhein-Westfalen soll das Energieherz, das Kraftwerksherz Deutschlands bleiben."

Na prima! Das Erste, was wir machen, ist, die Wettbewerbssituation unserer Kraftwerke mit dem Wasserentnahmeentgelt zu verschlechtern. Das ist eine tolle Maßnahme angesichts des obersten Ziels, dass wir unsere Kraftwerkswirtschaft exportorientiert fördern, Referenzkraftwerke bauen und unsere Kraftwerke hier sichern und ausbauen wollen. Das ist eine tolle Maßnahme. Ich kann die Bundesländer, die an der Küste liegen, nur beglückwünschen: Die haben schöne Häfen. Importkohle lässt grüßen! Dort gibt es das Wasserentnahmeentgelt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, muss das nicht nachdenklich machen? Kann man hier nicht einfach fragen: Was machen wir? - Da kommt die Antwort: Macht doch eigene Sparvorschläge!

Ich nehme meine Kolleginnen und Kollegen, insbesondere den Kollegen Hans Peter Lindlar, mit ins Boot, wenn ich darauf hinweise: Im Umweltausschuss haben wir zuhauf Sparvorschläge unterbreitet, rot-grüne Spielwiesen einzusparen. Rot-Grün hat dies alles pauschal abgelehnt.

Meine Damen und Herren, dieser Entwurf des Wasserentnahmeentgeltgesetzes ist mit einer unverantwortlich heißen Nadel gestrickt worden. Die Beteiligten sollten innerhalb einer Woche - auch das gab es, glaube ich, nicht so oft - mal eben schnell ihre Stellungnahme dazu abgeben. Deutlicher kann man nicht ausdrücken, dass dies eine rein formale Aktion war mit dem Ziel, die Stellungnahmen in den Rundordner zu befördern. Inhaltlich hat man sich damit überhaupt nicht auseinandergesetzt.

Meine Damen und Herren, es wird klar: Dieses Wasserentnahmeentgeltgesetz ist eine kurzfristige Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung. Von strategischen Überlegungen - Kraftwerksherz Deutschland, Wettbewerbssituation der Industrie - ist überhaupt nicht mehr die Rede. Die Einnahmen werden in Gänze für die kurzfristige Haushaltskonsolidierung gebraucht. Auch Sie, Herr Dieckmann, sind dafür verantwortlich, wenn Sie sich für das Wasserentnahmeentgelt stark machen.

Meine Damen und Herren, diese kurzfristigen Maßnahmen sind letztendlich ein Anschlag auf die

Arbeitsplätze, sind ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm.

Leider muss man auf die Frage, wo zuerst gespart wird, antworten: An den Ausbildungsplätzen! Deshalb gilt: Wenn dieser Wirtschaftsminister mit dem Ministerpräsidenten in der Wirtschaft zu Recht für Arbeits- und Ausbildungsplätze wirbt, dann soll er den Gesetzentwurf für das Wasserentnahmeentgelt zurückziehen. Oder er muss erklären: Wir wollen die Ausbildungsplätze nicht, aber das Wasserentnahmeentgelt, weil sonst eine Gerechtigkeitslücke bleibt.

Unsere Auffassung ist: Gerecht ist, wenn die Leute Arbeit haben. Gerecht ist, wenn sie ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können, und nicht, wenn wir Arbeitsplätze vernichten. Die Bevölkerung nennt das "Management-by-Chaos". Ich sage: Dieser Gesetzentwurf zum Wasserentnahmeentgelt ist nichts anderes als ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Ziehen Sie ihn zurück! Stellen Sie sich der Realität und bleiben Sie ehrlich! - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Nach dieser sehr langen Debatte kommen wir jetzt zu mehreren Abstimmungen. Deshalb bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit.

Wir stimmen zunächst ab über die **Überweisung der Haushaltsgesetze 2004 und 2005 in der Drucksache 13/4500 - Neudruck - und des Haushaltsbegleitgesetzes in der Drucksache 13/4528 - Neudruck - in Verbindung mit der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2003 bis 2007 Vorlage 13/2360.** Der Ältestenrat empfiehlt hierzu die Überweisung an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend - und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so **beschlossen**.

Dann lasse ich zweitens abstimmen über das **Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und weiterer Verordnungen in Drucksache 13/4566.** Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform** - federführend -, an den **Ausschuss für Schule und Wei-**

terbildung, den **Ausschuss für Kommunalpolitik** und den **Rechtsausschuss** sowie den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so **beschlossen**.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die **Gemeindefinanzierungsgesetze 2004/2005**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs **Drucksachen 13/4502 und 13/4582** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend - und an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer stimmt dieser **Überweisung** zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das ist einstimmig so **beschlossen**.

Damit ist die erste Lesung der Haushaltsvorlagen beendet. Ich weise noch darauf hin, dass nach unserem Termin- und Arbeitsplan die zweite Lesung für den 21. und 22. Januar 2004 und die dritte Lesung für den 28. und 29. Januar 2004 vorgesehen ist. - Damit hätten wir den Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe auf:

2 Betreuungsvereine fördern - ehrenamtliche Betreuung stärken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4486

Für die antragstellende Fraktion erteile ich jetzt Herrn Henke das Wort. Bitte schön.

Rudolf Henke (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen haben über 237.000 Menschen einen Betreuer oder eine Betreuerin, weil sie wegen einer Krankheit oder einer Behinderung ihre rechtlichen Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbst regeln können.

Die Betreuung wird im ganz überwiegenden Teil der Fälle von ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern übernommen. Diese Ehrenamtlichen erhalten im Gegensatz zu den Berufsbetreuern keine Vergütung, sondern nur eine geringe Aufwandspauschale. Sie werden von den Betreuungsvereinen in Nordrhein-Westfalen im Wege von Beratung und Fortbildung unterstützt. Die Vereine bemühen sich außerdem darum, weitere Personen für diese ehrenamtliche Betreuung zu gewinnen.

Im Haushalt 2003 sind die bisher, also in den Jahren zuvor, für diese Unterstützungsleistungen vorgesehenen Mittel gestrichen worden. Statt dessen - so hat man gesagt - sollen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege diese Leistungen aus ihrer Globaldotations fördern, ohne aber dafür zusätzliche Landesmittel zu erhalten. Es handelt sich also um eine reale Kürzung.

Von verschiedenen Betreuungsvereinen hören wir, dass sich die Arbeit nicht mehr im bisherigen Umfang fortsetzen lässt. Es wird uns berichtet, dass es einen Schwund an ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern gibt und dass neue nicht mehr gewonnen werden können.

Gleichwohl: Die Zahl der zu betreuenden Menschen wird in den kommenden Jahren deutlich ansteigen, und damit steigt auch der Bedarf an Betreuern, nicht nur von Berufsbetreuern, sondern selbstverständlich auch von Ehrenamtlichen. Von daher stellt sich natürlich auch die Frage danach, wie man Menschen für die Aufgabe motivieren und dafür gewinnen kann, und es stellt sich die Frage nach der Finanzierung dieser wichtigen Aufgabe. Denn der Arbeit der Ehrenamtlichen und der Betreuungsvereine wird auch unter diesem Aspekt der Finanzierung größere Bedeutung zukommen, jedenfalls wenn wir klug entscheiden.

Dabei kann man insgesamt die Steigerung der Notwendigkeit der Leistungen nicht den Betreuungsvereinen zum Vorwurf machen. Die Zahl der Betreuungsfälle hat sich seit 1992 nach Auskunft der Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage, die Herr Biesenbach, Herr Arentz und ich gestellt hatten, so entwickelt, dass wir von 1992 mit damals 112.117 Betreuungsfällen im Jahre 2002 inzwischen bei 236.868 Betreuungsfällen angekommen sind, wobei der Anteil der ehrenamtlich geführten Betreuungen bei etwa 70 % liegt.

Wie gesagt: Der ehrenamtliche Betreuer bekommt keine Entlohnung, sondern erhält einen Aufwandsersatz nach § 835 BGB, etwa für Fahrtkosten, für Telefonate, für Fotokopien und für Porto.

Die Höhe des Ersatzes der Fahrtkosten richtet sich nach den Vorschriften über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen. Das heißt, im Augenblick ist das ein Kilometergeld in der steuerlich zulässigen Höhe.

Der Betreuer ist zudem in der gesetzlichen Berufsunfallversicherung beitragsfrei versichert, was wichtig für den Fall ist, dass er einen Personenschaden erleidet.